

Änderungsantrag der Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion und der FDP-Fraktion
im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen
(BT-Drucksache 17/5707)

Gesetzentwurf	Änderung
Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:	Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:
Artikel 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes	Artikel 1 Zweites Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes
Das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch ... [Artikel 3 des Entwurfes eines Gesetzes zur Neuordnung des Post- und Telekommunikationssicherstellungsrechts und zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Vorschriften, Bundestagsdrucksache 17/3306] geändert worden ist, wird wie folgt geändert:	Das Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), das zuletzt durch ... geändert worden ist, wird wie folgt geändert:
<p>1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Angabe zu § 2 wird wie folgt gefasst: „§ 2 Regulierung, Ziele und Grundsätze“.</p> <p>b) Die Angabe zu § 9a wird wie folgt gefasst: „§ 9a (weggefallen)“.</p> <p>c) Die Angabe zu § 14 wird wie folgt gefasst: „§ 14 Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung“.</p> <p>d) Nach der Angabe zu § 15 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 15a Regulierungskonzepte“.</p> <p>e) Die Angaben zu den §§ 32 bis 34 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 32 Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung § 33 Price-Cap-Verfahren § 34 Kostenunterlagen“.</p> <p>f) Die Angaben zu den §§ 40 und 41 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 40 Funktionelle Trennung § 41 Freiwillige Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen“.</p> <p>g) Nach der Angabe zu § 43a wird folgende Angabe eingefügt: „§ 43b Vertragslaufzeit“.</p> <p>h) Die Angaben zu den §§ 45n bis 46 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 45n Transparenz und Veröffentlichung von</p>	<p>1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) Nach der Angabe zu § 15 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 15a Regulierungskonzepte und Antrag auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze der nächsten Generation“.</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) u n v e r ä n d e r t</p> <p>g) Nach der Angabe zu § 41 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 41a Netzneutralität“.</p> <p>h) u n v e r ä n d e r t</p> <p>i) Die Angaben zu den §§ 45n und 46 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 45n Transparenz, Veröffentlichung von In-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Informationen</p> <p>§ 45o <i>Dienstqualität und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle</i></p> <p>§ 45p <i>Rufnummernmissbrauch</i></p> <p>§ 45q <i>Auskunftsanspruch über zusätzliche Leistungen</i></p> <p>§ 46 Anbieterwechsel und Umzug“.</p> <p>i) Die Angaben zu den §§ 53 und 54 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 53 Frequenzzuweisung § 54 Frequenznutzung“.</p> <p>j) Die Angaben zu den §§ 57 bis 59 werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 57 Frequenzzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen § 58 Gemeinsame Frequenznutzung, Erprobung innovativer Technologien, kurzfristig auftretender Frequenzbedarf § 59 (weggefallen)“.</p> <p>k) Die Angabe zu § 62 wird wie folgt gefasst: „§ 62 Flexibilisierung“.</p> <p>l) Die Angaben zu den §§ 66g bis 66l werden durch die folgenden Angaben ersetzt: „§ 66g Warteschleifen § 66h Wegfall des Entgeltanspruchs § 66i Auskunftsanspruch, Datenbank für (0)900er-Rufnummern § 66j R-Gespräche § 66k Rufnummernübermittlung § 66l Internationaler entgeltfreier Telefondienst § 66m Umgehungsverbot“.</p> <p>m) Nach der Angabe zu § 77 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen“.</p> <p>n) Die Angabe zu § 90 wird wie folgt gefasst: „§ 90 Missbrauch von Sende- oder sonstigen Telekommunikationsanlagen“.</p> <p>o) Die Angabe zu § 92 wird wie folgt gefasst: „§ 92 (weggefallen)“.</p> <p>p) Nach der Angabe zu § 109 wird folgende Angabe eingefügt:</p>	<p>formationen und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle</p> <p>entfällt</p> <p>entfällt</p> <p>entfällt</p> <p>u n v e r ä n d e r t</p> <p>j) u n v e r ä n d e r t</p> <p>k) u n v e r ä n d e r t</p> <p>l) u n v e r ä n d e r t</p> <p>m) u n v e r ä n d e r t</p> <p>n) Die Angabe zu § 76 wird wie folgt gefasst: „§ 76 Beeinträchtigung von Grundstücken und Gebäuden“.</p> <p>o) Nach der Angabe zu § 77 werden folgende Angaben eingefügt: „§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze § 77b Alternative Infrastrukturen § 77c Mitnutzung von Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes § 77d Mitnutzung von Bundeswasserstraßen § 77e Mitnutzung von Eisenbahninfrastruktur“.</p> <p>p) u n v e r ä n d e r t</p> <p>q) u n v e r ä n d e r t</p> <p>r) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„§ 109a Datensicherheit“.</p> <p>q) Die Angabe zu § 123 wird wie folgt gefasst: „§ 123 Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene“.</p> <p>r) Nach der Angabe zu § 123 werden folgende Angaben eingefügt: „§ 123a Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf der Ebene der Europäischen Union § 123b Bereitstellung von Informationen“.</p> <p>s) Nach der Angabe zu § 138 wird folgende Angabe eingefügt: „§ 138a Informationssystem zu eingelegten Rechtsbehelfen“.</p>	<p>s) un verändert</p> <p>t) un verändert</p> <p>u) un verändert</p>
<p>2. § 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst: „§ 2 Regulierung, Ziele und Grundsätze“.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 1 wird nach dem Wort „Fernmeldegeheimnisses“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und werden folgende Sätze angefügt: „Die Bundesnetzagentur fördert die Möglichkeit der Endnutzer, Informationen abzurufen und zu verbreiten oder Anwendungen und Dienste ihrer Wahl zu nutzen. Die Bundesnetzagentur berücksichtigt die Bedürfnisse bestimmter gesellschaftlicher Gruppen, insbesondere von behinderten Nutzern, älteren Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen,“.</p> <p>bb) In Nummer 2 wird nach dem Wort „Fläche“ das Komma durch einen Punkt ersetzt und werden folgende Sätze angefügt: „Die Bundesnetzagentur stellt insoweit auch sicher, dass für die Nutzer, einschließlich behinderter Nutzer, älterer Menschen und Personen mit besonderen sozialen Bedürfnissen, der größtmögliche Nutzen in Bezug auf Auswahl, Preise und Qualität erbracht wird. Sie gewährleistet, dass es im Bereich der Telekommunikation, einschließlich der Bereitstellung von Inhalten, keine Wettbewerbsverzerrungen oder -beschränkungen gibt,“.</p> <p>cc) Nummer 3 wird aufgehoben.</p> <p>dd) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 3.</p> <p>ee) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 4 und wie folgt gefasst: „die Sicherstellung einer flächende-</p>	<p>2. § 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) un verändert</p> <p>b) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>ckenden gleichartigen Grundversorgung in städtischen und ländlichen Räumen mit Telekommunikationsdiensten (Universaldienstleistungen) zu erschwinglichen Preisen,“.</p> <p>ff) Nach Nummer 4 wird folgende Nummer 5 eingefügt: „die Beschleunigung des Ausbaus von hochleistungsfähigen öffentlichen Telekommunikationsnetzen der nächsten Generation,“.</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Die Bundesnetzagentur wendet bei der Verfolgung der in Absatz 2 festgelegten Ziele objektive, transparente, nicht diskriminierende und verhältnismäßige Regulierungsgrundsätze an, indem sie unter anderem</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Vorhersehbarkeit der Regulierung dadurch fördert, dass sie über angemessene Überprüfungszeiträume ein einheitliches Regulierungskonzept beibehält, 2. gewährleistet, dass Betreiber von Telekommunikationsnetzen und Anbieter von Telekommunikationsdiensten unter vergleichbaren Umständen nicht diskriminiert werden, 3. den Wettbewerb zum Nutzen der Verbraucher schützt und, soweit sachgerecht, den infrastrukturbasierten Wettbewerb fördert, 4. effiziente Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen auch dadurch fördert, dass sie dafür sorgt, dass bei jeglicher Zugangsverpflichtung dem Risiko der investierenden Unternehmen gebührend Rechnung getragen wird, und dass sie verschiedene Kooperationsvereinbarungen zur Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden zulässt, während sie gleichzeitig gewährleistet, dass der Wettbewerb auf dem Markt und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gewahrt werden, 5. die vielfältigen Bedingungen im Zusammenhang mit Wettbewerb und Verbrauchern, die in den verschiedenen geografischen Gebieten innerhalb der Bundesrepublik Deutschland herrschen, gebührend berücksichtigt und 6. regulatorische Vorabverpflichtungen nur dann auferlegt, wenn es keinen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb gibt, und diese Verpflichtungen lockert oder aufhebt, sobald es einen solchen Wettbewerb gibt.“ <p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die</p>	<p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Absätze 4 und 5.</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6 <i>und Satz 1</i> wie folgt gefasst: <i>„(6) Die Belange des Rundfunks und vergleichbarer Telemedien sind, soweit möglich, zu wahren.“</i></p>	<p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 6.</p>
<p>3. § 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Nummer 1 werden das Wort „Telefondienst“ durch das Wort „Telekommunikationsdienst“ und das Wort „Echtzeitkommunikation“ durch das Wort „Sprachkommunikation“ ersetzt.</p> <p>b) Nummer 2 wird wie folgt gefasst: „2. „Anwendungs-Programmierschnittstelle“ die Software-Schnittstelle zwischen Anwendungen, die von Sendeanstalten oder Diensteanbietern zur Verfügung gestellt werden, und den Anschlüssen in den erweiterten digitalen Fernsehempfangsgeräten für digitale Fernseh- und Rundfunkdienste;“.</p> <p>c) In Nummer 2a wird Satz 2 wie folgt gefasst: „Die Weitervermittlung zu einem erfragten Teilnehmer oder Dienst kann Bestandteil des Auskunftsdienstes sein;“.</p> <p>d) In Nummer 4 werden die Wörter „§ 11 Abs. 1 Satz 3 bis 5“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 1 Satz 3 und 4“ ersetzt.</p> <p>e) Nach Nummer 4 werden die folgenden Nummern 4a und 4b eingefügt: „4a. „Betreiberauswahl“ der Zugang eines Teilnehmers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten im Einzelwahlverfahren durch Wählen einer Kennzahl; 4b. „Betreibervorauswahl“ der Zugang eines Teilnehmers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten durch festgelegte Vorauswahl, wobei der Teilnehmer unterschiedliche Voreinstellungen für Orts- und Fernverbindungen vornehmen kann und bei jedem Anruf die festgelegte Vorauswahl durch Wählen einer Betreiberkennzahl übergehen kann;“.</p> <p>f) Nach Nummer 7 wird folgende Nummer 7a eingefügt: „7a. „Einzelrichtlinien“ a) die Richtlinie 2002/20/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über die Genehmigung elektronischer Kommunikationsnetze und -dienste (Ge-</p>	<p>3. § 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nehmigungsrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 21), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/140/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37) geändert worden ist;</p> <p>b) die Richtlinie 2002/19/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Zugang zu elektronischen Kommunikationsnetzen und zugehörigen Einrichtungen sowie deren Zusammenschaltung (Zugangsrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 7), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/140/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37) geändert worden ist;</p> <p>c) die Richtlinie 2002/22/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienstrichtlinie) (ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 51), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/136/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11) geändert worden ist, und</p> <p>d) die Richtlinie 2002/58/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 12. Juli 2002 über die Verarbeitung personenbezogener Daten und den Schutz der Privatsphäre in der elektronischen Kommunikation (Datenschutzrichtlinie für elektronische Kommunikation) (ABl. L 201 vom 31.07.2002, S. 37), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/136/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 11) geändert worden ist;‘.</p> <p>g) Nummer 8 wird wie folgt gefasst: ,8. „Endnutzer“ ein Nutzer, der weder öffentliche Telekommunikationsnetze betreibt noch öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt;‘.</p> <p>h) Nummer 9 wird wie folgt geändert: aa) In Satz 1 wird der Punkt am Ende durch ein Semikolon ersetzt. bb) Satz 2 wird aufgehoben.</p> <p>i) Nach Nummer 9 werden die folgenden Nummern 9a bis 9c eingefügt: ,9a. „Frequenzzuweisung“ die Benennung eines bestimmten Frequenzbereichs für die Nutzung durch einen oder mehrere Funkdienste oder durch andere Anwendungen elektromagnetischer Wellen, falls</p>	<p>g) u n v e r ä n d e r t</p> <p>h) u n v e r ä n d e r t</p> <p>i) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>erforderlich mit weiteren Festlegungen;</p> <p>9b. „gemeinsamer Zugang zum Teilnehmeranschluss“ die Bereitstellung des Zugangs zum Teilnehmeranschluss oder zum Teilabschnitt in der Weise, dass die Nutzung eines bestimmten Teils der Kapazität der Netzinfrastruktur, wie etwa eines Teils der Frequenz oder Gleichwertiges, ermöglicht wird;</p> <p>9c. „GEREK“ das Gremium Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation;‘.</p> <p>j) Nach Nummer 12 wird folgende Nummer 12a eingefügt: ,12a. „Netzabschlusspunkt“ der physische Punkt, an dem einem Teilnehmer der Zugang zu einem Telekommunikationsnetz bereitgestellt wird; in Netzen, in denen eine Vermittlung oder Leitwegbestimmung erfolgt, wird der Netzabschlusspunkt anhand einer bestimmten Netzadresse bezeichnet, die mit der Nummer oder dem Namen eines Teilnehmers verknüpft sein kann;‘.</p> <p>k) Die bisherige Nummer 12a wird Nummer 12b.</p> <p>l) Nummer 14 wird wie folgt gefasst: ,14. „Nutzer“ jede natürliche oder juristische Person, die einen öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst für private oder geschäftliche Zwecke in Anspruch nimmt oder beantragt, ohne notwendigerweise Teilnehmer zu sein;‘.</p> <p>m) Nach Nummer 16 wird folgende Nummer 16a eingefügt: ,16a. „öffentliches Telekommunikationsnetz“ ein Telekommunikationsnetz, das ganz oder überwiegend der Bereitstellung öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste dient, die die Übertragung von Informationen zwischen Netzabschlusspunkten ermöglichen;‘.</p> <p>n) Nummer 17 wird wie folgt gefasst: ,17. „öffentlich zugänglicher Telefondienst“ ein der Öffentlichkeit zur Verfügung stehender Dienst, der direkt oder indirekt über eine oder mehrere Nummern eines nationalen oder internationalen Telefonnummernplans oder eines anderen Adressierungsschemas das Führen folgender Gespräche ermöglicht: a) aus- und eingehende Inlandsgespräche oder b) aus- und eingehende Inlands- und Auslandsgespräche.‘</p> <p>o) Nach Nummer 17 wird folgende Nummer 17a</p>	<p>j) u n v e r ä n d e r t</p> <p>k) u n v e r ä n d e r t</p> <p>l) u n v e r ä n d e r t</p> <p>m) u n v e r ä n d e r t</p> <p>n) u n v e r ä n d e r t</p> <p>o) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>eingefügt: ,17a. „öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste“ der Öffentlichkeit zur Verfügung stehende Telekommunikationsdienste;‘.</p> <p>p) Die bisherige Nummer 17a wird Nummer 17b.</p> <p>q) In Nummer 18 wird das Wort „öffentlichen“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen“ ersetzt.</p> <p>r) In Nummer 19 werden nach dem Wort „Telekommunikationsnetz“ die Wörter „oder von einem Telekommunikationsdienst“ eingefügt und die Wörter „Telekommunikationsdienstes für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ ersetzt.</p> <p>s) Nach Nummer 19 wird folgende Nummer 19a eingefügt: ,19a. „Teilabschnitt“ eine Teilkomponente des Teilnehmeranschlusses, die den Netzabschlusspunkt am Standort des Teilnehmers mit einem Konzentrationspunkt oder einem festgelegten zwischengeschalteten Zugangspunkt des öffentlichen Festnetzes verbindet;‘.</p> <p>t) In Nummer 20 werden vor dem Wort „Telekommunikationsdiensten“ die Wörter „öffentlich zugänglichen“ eingefügt.</p> <p>u) In Nummer 27 werden nach dem Wort „Ressourcen,“ die Wörter „einschließlich der nicht aktiven Netzbestandteile,“ eingefügt und die Wörter „festen und mobilen terrestrischen Netzen“ durch die Wörter „festen, leitungs- und paketvermittelten Netzen, einschließlich des Internets, und mobilen terrestrischen Netzen“ ersetzt.</p>	<p>p) u n v e r ä n d e r t</p> <p>q) u n v e r ä n d e r t</p> <p>r) u n v e r ä n d e r t</p> <p>s) u n v e r ä n d e r t</p> <p>t) u n v e r ä n d e r t</p> <p>u) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>v) Nach Nummer 30 werden die folgenden Nummern 30a bis 30c eingefügt: ,30a. „Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten“ eine Verletzung der Datensicherheit, die zum Verlust, zur unrechtmäßigen Löschung, Veränderung, Speicherung, Weitergabe oder sonstigen unrechtmäßigen Verwendung personenbezogener Daten führt, die übertragen, gespeichert oder auf andere Weise im Zusammenhang mit der Bereitstellung öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verarbeitet werden, sowie der unrechtmäßige Zugang zu diesen;</p> <p>30b. „vollständig entbundelter Zugang zum Teilnehmeranschluss“ die Bereitstellung des Zugangs zum Teilnehmeranschluss oder zum Teilabschnitt in der Weise, dass die Nutzung der gesamten</p>	<p>v) Nach Nummer 30 werden die folgenden Nummern 30a bis 30c eingefügt: ,30a. u n v e r ä n d e r t</p> <p>30b. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Kapazität der Netzinfrastruktur ermöglicht wird;</p> <p>30c. „Warteschleife“ jede vom Nutzer eines Telekommunikationsdienstes eingesetzte Vorrichtung oder Geschäftspraxis, über die Anrufe entgegengenommen oder aufrechterhalten werden, ohne dass das Anliegen des Anrufers bearbeitet wird. Dies umfasst die Zeitspanne <i>vom Zustandekommen der Verbindung mit dem Anschluss des Angerufenen</i> bis zu dem Zeitpunkt, an dem mit der Bearbeitung des Anliegens des Anrufers begonnen wird, gleichgültig, ob dies über einen automatisierten Dialog oder durch eine persönliche Bearbeitung erfolgt. Ein automatisierter Dialog beginnt, sobald automatisiert Informationen abgefragt werden, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Eine persönliche Bearbeitung des Anliegens beginnt, sobald eine natürliche Person den Anruf entgegennimmt und bearbeitet. Hierzu zählt auch die Abfrage von Informationen, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Als Warteschleife ist ferner die Zeitspanne anzusehen, die anlässlich einer <i>Weitervermittlung</i> zwischen Beendigung der vorhergehenden Bearbeitung des Anliegens und der weiteren Bearbeitung vergeht, ohne dass der Anruf technisch unterbrochen wird, <i>wenn diese Zeitspanne 30 Sekunden überschreitet</i>. Keine Warteschleife sind automatische Bandansagen, wenn die Dienstleistung für den Anrufer vor Herstellung der Verbindung erkennbar ausschließlich in einer Bandansage besteht;‘.</p>	<p>30c. „Warteschleife“ jede vom Nutzer eines Telekommunikationsdienstes eingesetzte Vorrichtung oder Geschäftspraxis, über die Anrufe entgegengenommen oder aufrechterhalten werden, ohne dass das Anliegen des Anrufers bearbeitet wird. Dies umfasst die Zeitspanne ab Rufaufbau vom Anschluss des Anrufers bis zu dem Zeitpunkt, an dem mit der Bearbeitung des Anliegens des Anrufers begonnen wird, gleichgültig ob dies über einen automatisierten Dialog oder durch eine persönliche Bearbeitung erfolgt. Ein automatisierter Dialog beginnt, sobald automatisiert Informationen abgefragt werden, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Eine persönliche Bearbeitung des Anliegens beginnt, sobald eine natürliche Person den Anruf entgegennimmt und bearbeitet. Hierzu zählt auch die Abfrage von Informationen, die für die Bearbeitung des Anliegens erforderlich sind. Als Warteschleife ist ferner die Zeitspanne anzusehen, die anlässlich einer Weiterleitung zwischen Beendigung der vorhergehenden Bearbeitung des Anliegens und der weiteren Bearbeitung vergeht, ohne dass der Anruf technisch unterbrochen wird. Keine Warteschleife sind automatische Bandansagen, wenn die Dienstleistung für den Anrufer vor Herstellung der Verbindung erkennbar ausschließlich in einer Bandansage besteht;‘.</p>
<p>w) In Nummer 31 werden die Wörter „§ 11 Abs. 1 Satz 3 bis 5“ durch die Wörter „§ 11 Absatz 1 Satz 3 und 4“ ersetzt.</p> <p>x) Nummer 32 wird wie folgt gefasst:</p> <p>32. „Zugang“ die Bereitstellung von Einrichtungen oder Diensten für ein anderes Unternehmen unter bestimmten Bedingungen zum Zwecke der Erbringung von Telekommunikationsdiensten, auch bei deren Verwendung zur Erbringung von Diensten der Informationsgesellschaft oder Rundfunkinhaltdiensten. Dies umfasst unter anderem Folgendes:</p> <p>a) Zugang zu Netzkomponenten, einschließlich nicht aktiver Netzkom-</p>	<p>w) u n v e r ä n d e r t</p> <p>x) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>ponenten, und zugehörigen Einrichtungen, wozu auch der feste oder nicht feste Anschluss von Geräten gehören kann. Dies beinhaltet insbesondere den Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie zu Einrichtungen und Diensten, die erforderlich sind, um Dienste über den Teilnehmeranschluss zu erbringen, einschließlich des Zugangs zur Anschaltung und Ermöglichung des Anbieterwechsels des Teilnehmers und zu hierfür notwendigen Informationen und Daten und zur Entstörung;</p> <p>b) Zugang zu physischen Infrastrukturen wie Gebäuden, Leitungsrohren und Masten;</p> <p>c) Zugang zu einschlägigen Softwaresystemen, einschließlich Systemen für die Betriebsunterstützung;</p> <p>d) Zugang zu informationstechnischen Systemen oder Datenbanken für Vorbestellung, Bereitstellung, Auftragserteilung, Anforderung von Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten sowie Abrechnung;</p> <p>e) Zugang zur Nummernumsetzung oder zu Systemen, die eine gleichwertige Funktion bieten;</p> <p>f) Zugang zu Fest- und Mobilfunknetzen, insbesondere, um Roaming zu ermöglichen;</p> <p>g) Zugang zu Zugangsberechtigungssystemen für Digitalfernsehdienste und</p> <p>h) Zugang zu Diensten für virtuelle Netze;‘.</p> <p>y) Nach Nummer 33 werden die folgenden Nummern 33a und 33b eingefügt:</p> <p>33a. „zugehörige Dienste“ diejenigen mit einem Telekommunikationsnetz oder einem Telekommunikationsdienst verbundenen Dienste, welche die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz oder diesen Dienst ermöglichen, unterstützen oder dazu in der Lage sind. Darunter fallen unter anderem Systeme zur Nummernumsetzung oder Systeme, die eine gleichwertige Funktion bieten, Zugangsberechtigungssysteme und elektronische Programmführer sowie andere Dienste wie Dienste im Zusammenhang mit Identität, Standort und Präsenz des Nutzers;</p> <p>33b. „zugehörige Einrichtungen“ diejenigen mit einem Telekommunikationsnetz</p>	<p>y) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>oder einem Telekommunikationsdienst verbundenen zugehörigen Dienste, physischen Infrastrukturen und sonstigen Einrichtungen und Komponenten, welche die Bereitstellung von Diensten über dieses Netz oder diesen Dienst ermöglichen, unterstützen oder dazu in der Lage sind. Darunter fallen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Masten, Einstiegsschächte und Verteilerkästen;‘.</p>	
<p>4. In § 4 werden die Wörter „Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“ ersetzt und wird das Wort „Europäischen“ gestrichen.</p>	<p>4. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>5. § 10 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 werden die Wörter „erstmalig unverzüglich nach Inkrafttreten des Gesetzes“ durch die Wörter „unter Berücksichtigung der Ziele des § 2“ ersetzt. b) In Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „(ABl. EG Nr. L 108 S. 33)“ durch die Wörter „(ABl. L 108 vom 24.04.2002, S. 33), die zuletzt durch die Richtlinie 2009/140/EG (ABl. L 337 vom 18.12.2009, S. 37) geändert worden ist, veröffentlicht, in ihrer jeweils geltenden Fassung sowie die Leitlinien zur Marktanalyse und zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie 2002/21/EG“ ersetzt.</p>	<p>5. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>6. § 11 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Bei den nach § 10 festgelegten, für eine Regulierung nach diesem Teil in Betracht kommenden Märkten prüft die Bundesnetzagentur, ob auf dem untersuchten Markt wirksamer Wettbewerb besteht.“ bb) Satz 4 wird wie folgt gefasst: „Verfügt ein Unternehmen auf einem relevanten Markt, dem ersten Markt, über beträchtliche Marktmacht, so kann es auch auf einem benachbarten, nach § 10 Absatz 2 bestimmten relevanten Markt, dem zweiten Markt, als Unternehmen mit beträchtlicher</p>	<p>6. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Marktmacht benannt werden, wenn die Verbindungen zwischen beiden Märkten es gestatten, die Marktmacht von dem ersten auf den zweiten Markt zu übertragen und damit die gesamte Marktmacht des Unternehmens zu verstärken.“</p> <p>b) In Absatz 2 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) (ABl. EG Nr. L 108 S. 33)“ gestrichen.</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Die Bundesnetzagentur berücksichtigt bei der Marktanalyse nach den Absätzen 1 und 2 weitestgehend die von der Kommission aufgestellten Kriterien, die niedergelegt sind in den Leitlinien der Kommission zur Marktanalyse und zur Bewertung beträchtlicher Marktmacht nach Artikel 15 Absatz 2 der Richtlinie 2002/21/EG in der jeweils geltenden Fassung. Die Bundesnetzagentur trägt im Rahmen der Marktanalyse nach Absatz 1 zudem den Märkten Rechnung, die die Kommission in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG festlegt.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.</p>	
<p>7. § 12 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 2 wird das Wort „Anhörungsverfahren“ durch das Wort „Konsultationsverfahren“ ersetzt.</p> <p>bb) In Satz 4 wird das Wort „Anhörungen“ durch das Wort „Konsultationen“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 11 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 11 Absatz 4“ ersetzt und werden nach dem Wort „vorsehen“ die Wörter „und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 7b der Richtlinie 2002/21/EG erlässt“ eingefügt.</p> <p>bb) Nummer 1 wird wie folgt gefasst: „1. Nach Durchführung des Verfahrens nach Absatz 1 stellt die Bundesnetzagentur den Entwurf der Ergebnisse nach den §§ 10 und 11 zusammen mit einer Begründung gleichzeitig der Kommission, dem</p>	<p>7. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten zur Verfügung und unterrichtet die Kommission, das GEREK und die übrigen nationalen Regulierungsbehörden hiervon. § 123b Absatz 3 und 4 gilt entsprechend. Vor Ablauf eines Monats darf die Bundesnetzagentur Ergebnisse nach den §§ 10 und 11 nicht festlegen.“</p> <p>cc) In Nummer 2 Satz 1 werden vor dem Wort „und“ die Wörter „ , des GEREK“ eingefügt.</p> <p>dd) Nummer 3 wird wie folgt gefasst: „3. Beinhaltet ein Entwurf nach den §§ 10 und 11</p> <p>a) die Festlegung eines relevanten Marktes, der sich von jenen Märkten unterscheidet, die definiert sind in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG veröffentlicht, oder</p> <p>b) die Festlegung, inwieweit ein oder mehrere Unternehmen auf diesem Markt über beträchtliche Marktmacht verfügen, und erklärt die Kommission innerhalb der Frist nach Nummer 1 Satz 3, der Entwurf schaffe ein Hemmnis für den Binnenmarkt oder sie habe ernsthafte Zweifel an der Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union und insbesondere den Zielen des Artikels 8 der Richtlinie 2002/21/EG, hat die Bundesnetzagentur die Festlegung der entsprechenden Ergebnisse um zwei weitere Monate aufzuschieben. Beschließt die Kommission innerhalb dieses Zeitraums die Bundesnetzagentur aufzufordern, den Entwurf zurückzuziehen, so ändert die Bundesnetzagentur den Entwurf innerhalb von sechs Monaten ab dem Datum des Erlasses der Entscheidung der Kommission oder zieht ihn zurück. Ändert die Bundesnetzagentur den Entwurf, so führt sie hierzu das Konsultationsverfahren nach Absatz 1 durch und legt der Kommission den geänderten Entwurf nach Nummer 1 vor. Zieht die Bundes-</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>netzagentur den Entwurf zurück, so unterrichtet sie das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie über die Entscheidung der Kommission.“</p> <p>ee) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt: „4. Die Bundesnetzagentur übermittelt der Kommission und dem GEREK alle angenommenen endgültigen Maßnahmen, die unter § 10 Absatz 3 und § 11 Absatz 4 fallen.“</p> <p>ff) Die bisherige Nummer 4 wird Absatz 3 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In Satz 1 werden die Wörter „Absatz 1 und den Nummern 1 bis 3“ durch die Wörter „den Absätzen 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>bbb) In Satz 2 wird nach dem Wort „Kommission“ die Angabe „, dem GEREK“ eingefügt.</p> <p>ccc) In Satz 3 werden die Wörter „des Absatzes 1 und der Nummern 1 bis 3“ durch die Wörter „der Absätze 1 und 2“ ersetzt.</p>	
<p>8. § 13 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt: „Soweit die Bundesnetzagentur auf Grund einer Marktanalyse nach § 11 Verpflichtungen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 oder § 42 Absatz 4 Satz 3 auferlegt, ändert, beibehält oder widerruft (Regulierungsverfügung), gilt das Verfahren nach § 12 Absatz 1 und 3 entsprechend, sofern die Maßnahme beträchtliche Auswirkungen auf den betreffenden Markt hat. Das Verfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 sowie Absatz 3 gilt entsprechend, sofern die Maßnahme Auswirkungen auf den Handel zwischen den Mitgliedstaaten hat und keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 7b der Richtlinie 2002/21/EG erlässt.“</p> <p>bb) In dem neuen Satz 4 wird die Angabe „Satz 1“ durch die Wörter „den Sätzen 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>cc) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „Sätze 1 und 2“ durch die Wörter „Sätze 1 bis 3“ ersetzt.</p> <p>b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:</p>	<p>8. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„(2) Im Falle des § 11 Absatz 1 Satz 4 können Abhilfemaßnahmen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 und 42 Absatz 4 Satz 3 auf dem zweiten Markt nur getroffen werden, um die Übertragung der Marktmacht zu unterbinden.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 2 wird die Angabe „§ 12 Abs. 1, 2 Nr. 1, 2 und 4“ durch die Wörter „§ 12 Absatz 1 und 3“ ersetzt.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt: „Das Verfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1, 2 und 4 sowie Absatz 3 gilt entsprechend, sofern keine Ausnahme nach einer Empfehlung oder Leitlinien vorliegt, die die Kommission nach Artikel 7b der Richtlinie 2002/21/EG erlässt.“</p> <p>d) Nach dem neuen Absatz 3 wird folgender Absatz 4 eingefügt: „(4) Teilt die Kommission innerhalb der Frist nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 Satz 3 der Bundesnetzagentur und dem GEREK mit, warum sie der Auffassung ist, dass der Entwurf einer Maßnahme nach den Absätzen 1 bis 3, der nicht lediglich die Beibehaltung einer Verpflichtung beinhaltet, ein Hemmnis für den Binnenmarkt darstelle, oder warum sie erhebliche Zweifel an dessen Vereinbarkeit mit dem Recht der Europäischen Union hat, so gilt folgendes Verfahren:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Vor Ablauf von drei weiteren Monaten nach der Mitteilung der Kommission darf die Bundesnetzagentur den Entwurf der Maßnahme nicht annehmen. Die Bundesnetzagentur kann den Entwurf jedoch in jeder Phase des Verfahrens nach diesem Absatz zurückziehen. 2. Innerhalb der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 arbeitet die Bundesnetzagentur eng mit der Kommission und dem GEREK zusammen, um die am besten geeignete und wirksamste Maßnahme im Hinblick auf die Ziele des § 2 zu ermitteln. Dabei berücksichtigt sie die Ansichten der Marktteilnehmer und die Notwendigkeit, eine einheitliche Regulierungspraxis zu entwickeln. 3. Gibt das GEREK innerhalb von sechs Wochen nach Beginn der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 eine von der Mehrheit der ihm angehörenden Mitglieder angenommene Stellungnahme zu der Mitteilung der Kommission ab, in der es die ernststen Bedenken der Kommission teilt, so kann die Bundesnetzagentur den Entwurf der Maß- 	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nahme vor Ablauf der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 unter Berücksichtigung der Mitteilung der Kommission und der Stellungnahme des GEREK ändern und dadurch den geänderten Maßnahmenentwurf zum Gegenstand der weiteren Prüfung durch die Kommission machen.</p> <p>4. Nach Ablauf der Dreimonatsfrist nach Nummer 1 gibt die Bundesnetzagentur der Kommission die Gelegenheit, innerhalb eines weiteren Monats eine Empfehlung abzugeben.</p> <p>5. Innerhalb eines Monats, nachdem die Kommission gegenüber der Bundesnetzagentur eine Empfehlung nach Nummer 4 ausgesprochen oder ihre Vorbehalte zurückgezogen hat, teilt die Bundesnetzagentur der Kommission und dem GEREK mit, mit welchem Inhalt sie die Maßnahme erlassen hat oder ob sie den Entwurf der Maßnahme zurückgezogen hat. Beschließt die Bundesnetzagentur, der Empfehlung der Kommission nicht zu folgen, so begründet sie dies. Ist nach den Absätzen 1 und 3 oder nach § 15 erneut ein Konsultationsverfahren nach § 12 Absatz 1 durchzuführen, so verlängert sich die Frist nach Satz 1 entsprechend.</p> <p>6. Ist die Einmonatsfrist nach Nummer 4 verstrichen, ohne dass die Kommission gegenüber der Bundesnetzagentur eine Empfehlung nach Nummer 4 ausgesprochen oder ihre Vorbehalte zurückgezogen hat, gilt das in Nummer 5 geregelte Verfahren entsprechend.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 5 und die Angabe „§§ 18, 19, 20, 21, 24, 30, 39, 40, 41 Abs. 1“ wird durch die Angabe „§§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39“ ersetzt.</p>	
<p>9. § 14 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:</p> <p style="padding-left: 40px;">„§ 14 Überprüfung von Marktdefinition, Marktanalyse und Regulierungsverfügung“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „oder hat sich die Empfehlung nach Artikel 15 Abs. 1 der Richtlinie 2002/21/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über einen gemeinsamen Rechtsrahmen für elektronische Kommunikationsnetze und -dienste (Rahmenrichtlinie) (ABl. EG Nr. L 108 S. 33) geändert“ gestrichen.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt:</p>	<p>9. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„Hat sich die Empfehlung nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG geändert, sind bei Märkten, zu denen die Kommission keine vorherige Vorlage nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 erhalten hat, die Entwürfe der Marktdefinition nach § 10, der Marktanalyse nach § 11 und der Regulierungsverfügung innerhalb von zwei Jahren nach Verabschiedung der Änderung der Empfehlung im Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 vorzulegen.“</p> <p>c) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Außer in den Fällen des Absatzes 1 legt die Bundesnetzagentur alle drei Jahre nach Erlass einer vorherigen Regulierungsverfügung im Zusammenhang mit diesem Markt die Entwürfe der Marktdefinition nach § 10, der Marktanalyse nach § 11 und der Regulierungsverfügung im Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 vor. Die Bundesnetzagentur kann diese Frist ausnahmsweise um bis zu drei weitere Jahre verlängern. Hierzu meldet sie der Kommission einen mit Gründen versehenen Vorschlag zur Verlängerung. Wenn die Kommission innerhalb eines Monats nach der Meldung des Verlängerungsvorschlags durch die Bundesnetzagentur keine Einwände erhoben hat, gilt die beantragte verlängerte Prüfungsfrist.“</p> <p>d) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 angefügt:</p> <p>„(3) Hat die Bundesnetzagentur die Marktanalyse im Hinblick auf einen relevanten Markt, der in der jeweils geltenden Fassung der Empfehlung in Bezug auf relevante Produkt- und Dienstmärkte, die die Kommission nach Artikel 15 Absatz 1 der Richtlinie 2002/21/EG veröffentlicht, festgelegt ist, nicht innerhalb der vorgeschriebenen Frist abgeschlossen, so kann die Bundesnetzagentur das GEREK um Unterstützung bei der Fertigstellung der Marktdefinition, der Marktanalyse und der Regulierungsverfügung ersuchen. Im Fall eines solchen Ersuchens legt die Bundesnetzagentur der Kommission die Entwürfe der Marktdefinition, der Marktanalyse und der Regulierungsverfügung im Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 2 Nummer 1 innerhalb von sechs Monaten vor, nachdem das GEREK mit seiner Unterstützung begonnen hat.“</p>	
<p>10. Dem § 15 wird folgender Satz angefügt: „§ 12 Absatz 3 gilt entsprechend.“</p>	<p>10. unverändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>11. Nach § 15 wird folgender § 15a eingefügt: „§ 15a Regulierungskonzepte</p> <p>(1) Zur Verfolgung einheitlicher Regulierungskonzepte im Sinne von § 2 Absatz 3 Nummer 1 kann die Bundesnetzagentur in Form von Verwaltungsvorschriften ihre grundsätzlichen Herangehensweisen und Methoden für die Marktdefinition nach § 10, die Marktanalyse nach § 11 und die Regulierungsverfügungen für einen bestimmten, mehrere Marktregulierungszyklen nach § 14 Absatz 2 umfassenden Zeitraum beschreiben.</p> <p>(2) Zur Förderung effizienter Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen im Sinne des § 2 Absatz 3 Nummer 4 kann die Bundesnetzagentur regelmäßig in Form von Verwaltungsvorschriften die grundsätzlichen regulatorischen Anforderungen an die Berücksichtigung von Investitionsrisiken sowie an Vereinbarungen zur Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren untereinander und zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden bei Projekten zur Errichtung von Netzen der nächsten Generation (Risikobeteiligungsmodelle) beschreiben. Dies umfasst insbesondere Anforderungen an die Methodik zur Bestimmung der Risiken und Anforderungen an die Ausgestaltung der Zugangs- und Entgeltkonditionen von Risikobeteiligungsmodellen sowie Beispiele für Risikobeteiligungsmodelle.</p> <p>(3) <i>Die Bundesnetzagentur gibt den interessierten Parteien vor Erlass der Verwaltungsvorschriften nach den Absätzen 1 und 2 Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb einer angemessenen Frist. In diesem Rahmen kann sie auch der Kommission, dem GEREK und den nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten Gelegenheit zur Stellungnahme geben. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht die Verwaltungsvorschriften.“</i></p>	<p>11. Nach § 15 wird folgender § 15a eingefügt: „§15a Regulierungskonzepte und Antrag auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze der nächsten Generation</p> <p>(1) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(2) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(3) Für den Erlass der Verwaltungsvorschriften nach den Absätzen 1 und 2 gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 1 und 2 entsprechend.</p> <p>(4) Auf Antrag eines Betreibers öffentlicher Telekommunikationsnetze erteilt die Bundesnetzagentur beim Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation für die in dem Antrag konkret bezeichnete Region des Bundesgebiets Auskunft über die zu erwartenden regulatorischen Rahmenbedingungen oder Maßnahmen nach diesem Teil. Für Festlegungen nach diesem Teil gilt das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren nach § 12 Absatz 1 und Absatz 2 entsprechend.“</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>12. In § 16 wird das Wort „gemeinschaftsweit“ durch die Wörter „im gesamten Gebiet der Europäischen Union“ ersetzt.</p>	<p>12. un verändert</p>
<p>13. In § 17 Satz 1 werden die Wörter „im Rahmen von Verhandlungen“ durch die Wörter „vor, bei oder nach Verhandlungen oder Vereinbarungen“ ersetzt.</p>	<p>13. un verändert</p>
<p>14. § 18 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 1 und 2 werden jeweils die Wörter „und die nicht über beträchtliche Marktmacht verfügen“ gestrichen. b) In Absatz 2 Satz 1 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt.</p>	<p>14. un verändert</p>
<p>15. § 20 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 werden nach dem Wort „Nutzungsbedingungen“ die Wörter „, einschließlich aller Bedingungen, die den Zugang zu und die Nutzung von Diensten und Anwendungen beschränken,“ eingefügt. b) Folgender Absatz 3 wird angefügt: „(3) Die Bundesnetzagentur kann den Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, insbesondere verpflichten, ihr Vereinbarungen über von ihm gewährte Zugangsleistungen ohne gesonderte Aufforderung in einer öffentlichen und einer vertraulichen Fassung vorzulegen. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht, wann und wo Nachfrager nach Zugangsleistungen eine öffentliche Vereinbarung nach Satz 1 einsehen können.“</p>	<p>15. un verändert</p>
<p>16. § 21 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Zugang“ die Wörter „nach Maßgabe dieser Vorschrift“ eingefügt. bb) Satz 2 wird wie folgt geändert: aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden die Wörter „eine Zugangsverpflichtung gerechtfertigt ist“ durch die Wörter „und welche Zugangsverpflichtungen gerechtfertigt sind“ und die Angabe „§ 2 Abs. 2 steht“ durch die Angabe „§ 2 stehen“ ersetzt. bbb) In Nummer 1 wird das Komma am Ende gestrichen und werden</p>	<p>16. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>die Wörter „einschließlich der Tragfähigkeit anderer vorgelagerter Zugangsprodukte, wie etwa der Zugang zu Leitungsrohren,“ angefügt.</p> <p>ccc) In Nummer 3 werden nach dem Wort „Berücksichtigung“ die Wörter „etwaiger getätigter öffentlicher Investitionen und“ eingefügt.</p> <p>ddd) Nummer 4 wird wie folgt gefasst: „4. die Notwendigkeit zur langfristigen Sicherung des Wettbewerbs, unter besonderer Berücksichtigung eines wirtschaftlich effizienten Wettbewerbs im Bereich der Infrastruktur, unter anderem durch Anreize zu effizienten Investitionen in Infrastruktureinrichtungen, die langfristig einen stärkeren Wettbewerb sichern,“.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nummer 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In Buchstabe a Satz 1 werden die Wörter „Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“ und die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4“ ersetzt.</p> <p>bbb) In dem Satzteil vor den Buchstaben a und c Satz 1 und in Buchstabe d Satz 1 werden jeweils die Wörter „Telekommunikationsdienstleistungen für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“ ersetzt.</p> <p>bb) Folgende Nummer 8 wird angefügt: „8. Zugang zu zugehörigen Diensten wie einem Identitäts-, Standort- und Präsenzdienst zu gewähren.“</p> <p>c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Die Nummern 1 und 2 werden wie folgt gefasst: „1. Zugang zu nicht aktiven Netzkomponenten zu gewähren, 2. vollständig entbündelten Zugang zum Teilnehmeranschluss sowie gemeinsamen Zugang zum Teilnehmeranschluss zu gewähren,“.</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<ul style="list-style-type: none"> bb) Die bisherigen Nummern 2, 3 und 4 werden die Nummern 3, 4 und 5. cc) In der neuen Nummer 5 wird das Komma am Ende durch einen Punkt ersetzt. dd) Folgende Nummer 6 wird angefügt: „6.Zugang zu bestimmten Netzkomponenten, -einrichtungen und Diensten zu gewähren, um unter anderem die Betreiber Auswahl oder die Betreiber vorauswahl zu ermöglichen.“ d) Folgender Absatz 5 wird angefügt: „(5) Wenn die Bundesnetzagentur einem Betreiber die Verpflichtung auferlegt, den Zugang bereitzustellen, kann sie technische oder betriebliche Bedingungen festlegen, die vom Betreiber oder von den Nutzern dieses Zugangs erfüllt werden müssen, soweit dies erforderlich ist, um den normalen Betrieb des Netzes sicherzustellen. Verpflichtungen, bestimmte technische Normen oder Spezifikationen zu Grunde zu legen, muss mit den nach Artikel 17 der Richtlinie 2002/21/EG festgelegten Normen und Spezifikationen übereinstimmen.“ 	
<p>17. In § 22 wird Absatz 3 aufgehoben.</p>	<p>17. un verändert</p>
<p>18. § 23 wird wie folgt geändert:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Absatz 1 Satz 2 wird aufgehoben. b) In Absatz 3 Satz 3 werden nach dem Wort „Bedingungen“ die Wörter „ , einschließlich Vertragsstrafen“ eingefügt. c) In Absatz 4 Satz 1 werden nach dem Wort „Bedingungen“ die Wörter „ , einschließlich Vertragsstrafen“ eingefügt. d) Nach Absatz 6 wird folgender Absatz 7 eingefügt: „(7) Hat die Bundesnetzagentur einem Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, Verpflichtungen nach § 21 hinsichtlich des Zugangs zur Netzinfrastruktur auf Vorleistungsebene auferlegt, so stellt sie sicher, dass der Betreiber ein Standardangebot veröffentlicht, das mindestens die in Anhang II der Richtlinie 2002/19/EG genannten Komponenten umfasst. § 20 bleibt unberührt.“ e) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8. 	<p>18. un verändert</p>
<p>19. In § 25 Absatz 5 Satz 2 werden nach dem Wort „Bedingungen“ die Wörter „ , einschließlich Vertragsstrafen,“ eingefügt.</p>	<p>19. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>20. In § 27 Absatz 3 Satz 1 wird die Angabe „§ 2 Abs. 5 Satz 1“ durch die Wörter „§ 2 Absatz 6 Satz 1“ ersetzt.</p>	<p>20. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>21. § 28 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 wird folgender Satz angefügt: „Die Differenzierung von Entgelten im Rahmen von Risikobeteiligungsmodellen bei Projekten zur Errichtung von Netzen der nächsten Generation stellt in der Regel keine Verhaltensweise im Sinne von Satz 2 Nummer 3 dar, wenn sie der Aufteilung des Investitionsrisikos zwischen Investoren sowie zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden dient, und alle tatsächlichen und potenziellen Nachfrager bei Berücksichtigung des Risikos gleich behandelt werden.“</p> <p>b) In Absatz 2 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „Absatz 1 Nr. 2“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 2 Nummer 2“ ersetzt.</p>	<p>21. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>22. § 30 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst: „(1) Einer Genehmigung durch die Bundesnetzagentur nach Maßgabe des § 31 unterliegen Entgelte für nach § 21 auferlegte Zugangsleistungen von Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze, die über beträchtliche Marktmacht verfügen. Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur solche Entgelte einer nachträglichen Regulierung nach § 38 oder nach § 38 Absatz 2 bis 4 unterwerfen, wenn dies ausreicht, um die Regulierungsziele nach § 2 zu erreichen. (2) Einer nachträglichen Regulierung nach § 38 Absatz 2 bis 4 unterliegen 1. Entgelte, die ein Betreiber im Rahmen von Verpflichtungen nach § 18 verlangt, sowie 2. Entgelte eines Betreibers, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, für andere als in Absatz 1 Satz 1 genannte Zugangsleistungen. Abweichend von Satz 1 kann die Bundesnetzagentur solche Entgelte einer nachträglichen Regulierung nach § 38 oder einer Genehmigung nach Maßgabe des § 31 unterwerfen, wenn dies erforderlich ist, um die Regulierungsziele nach § 2 zu erreichen oder im Fall von Satz 1 Nummer 1 den End-zu-End-Verbund von Diensten zu gewährleisten. (3) Die Bundesnetzagentur stellt bei der Regulierung von Entgelten sicher, dass alle Entgelte die wirtschaftliche Effizienz und einen</p>	<p>22. § 30 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Absätze 1 bis 3 werden wie folgt gefasst: „(1) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(2) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur stellt bei der Regulierung von Entgelten sicher, dass alle Entgelte die wirtschaftliche Effizienz und einen</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nachhaltigen Wettbewerb fördern und für die Verbraucher nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig möglichst vorteilhaft sind. Sie berücksichtigt bei der Regulierung von Entgelten die zu Grunde liegenden Investitionen und ermöglicht eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Bei Netzen der nächsten Generation trägt sie dabei den etwaigen spezifischen Investitionsrisiken <i>zum Investitionszeitpunkt</i> Rechnung. <i>Soweit sich weitere Unternehmen an den Investitionsrisiken beteiligen, sind die Entgelte so zu differenzieren, dass sie das unterschiedliche Ausmaß der Risikoübernahme korrekt abbilden. Vereinbarten Risikobeteiligungsmodellen ist dabei so weit wie möglich Rechnung zu tragen.</i>“</p> <p>b) Die Absätze 4 und 5 werden aufgehoben.</p>	<p>nachhaltigen Wettbewerb fördern und für die Verbraucher nicht nur kurzfristig, sondern auch mittel- und langfristig möglichst vorteilhaft sind. Sie berücksichtigt bei der Regulierung von Entgelten die zu Grunde liegenden Investitionen und ermöglicht eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals. Bei Netzen der nächsten Generation trägt sie dabei den etwaigen spezifischen Investitionsrisiken unter weitestgehender Beachtung vereinbarter Risikobeteiligungsmodelle Rechnung.“</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>23. Der bisherige § 32 wird § 31 und wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 31 Entgeltgenehmigung</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur genehmigt Entgelte nach § 30 Absatz 1 Satz 1 oder Absatz 2 Satz 2</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. auf der Grundlage der auf die einzelnen Dienste entfallenden Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung nach § 32 oder 2. auf der Grundlage der von ihr vorgegebenen Maßgrößen für die durchschnittlichen Änderungsraten der Entgelte für einen Korb zusammengefasster Dienste (Price-Cap-Verfahren) nach Maßgabe des § 33. <p>Genehmigte Entgelte dürfen die Summe der Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung und der Aufwendungen nach § 32 Absatz 2 nicht überschreiten.</p> <p>(2) Abweichend von Absatz 1 genehmigt die Bundesnetzagentur Entgelte</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. für Zugangsleistungen zu bestimmten, von einem Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, angebotenen Diensten zu Großhandelsbedingungen, die Dritten den Weitervertrieb im eigenen Namen und auf eigene Rechnung ermöglichen sollen, durch Gewährung eines Abschlags auf den Endnutzerpreis, der es einem effizienten Anbieter von Telekommunikationsdiensten ermöglicht, eine angemessene Verzinsung des eingesetzten Kapitals auf dem Endnutzermarkt zu erzielen; das Entgelt entspricht dabei mindestens den Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung; oder 2. auf der Grundlage anderer Vorgehenswei- 	<p>23. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>sen, sofern die Vorgehensweisen nach Nummer 1 oder 2 besser als die in Absatz 1 genannten Vorgehensweisen geeignet sind, die Regulierungsziele nach § 2 zu erreichen. Im Falle von Satz 1 Nummer 2 gilt bei der Anwendung kostenorientierter Vorgehensweisen § 32 Absatz 2 und 3 entsprechend. Ein Vorgehen nach Satz 1 Nummer 2 ist besonders zu begründen.</p> <p>(3) Genehmigungsbedürftige Entgelte für Zugangsleistungen des Betreibers eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes, der über beträchtliche Marktmacht verfügt, sind der Bundesnetzagentur einschließlich aller für die Genehmigungserteilung erforderlichen Unterlagen vor dem beabsichtigten Inkrafttreten vorzulegen. Bei befristet erteilten Genehmigungen hat die Vorlage mindestens zehn Wochen vor Fristablauf zu erfolgen.</p> <p>(4) Die Bundesnetzagentur kann dazu auffordern, Entgeltgenehmigungsanträge zu stellen. Wird der Aufforderung nicht innerhalb eines Monats nach Zugang Folge geleistet, leitet die Bundesnetzagentur ein Verfahren von Amts wegen ein. Die Bundesnetzagentur soll über Entgeltanträge in der Regel innerhalb von zehn Wochen nach Eingang der Entgeltvorlage oder nach Einleitung des Verfahrens von Amts wegen entscheiden. Abweichend von Satz 3 soll die Bundesnetzagentur über Entgeltanträge, die im Rahmen des Verfahrens nach § 33 vorgelegt worden sind, innerhalb von zwei Wochen entscheiden.“</p>	
<p>24. Der bisherige § 31 wird § 32 und wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst: „§ 32 Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung“.</p> <p>b) Absatz 1 wird aufgehoben.</p> <p>c) Die bisherigen Absätze 2 und 3 werden die Absätze 1 und 2.</p> <p>d) In dem neuen Absatz 2 wird Satz 1 wie folgt gefasst: „(2) Aufwendungen, die nicht in den Kosten der effizienten Leistungsbereitstellung enthalten sind, werden zusätzlich zu Absatz 1 nur berücksichtigt, soweit und solange hierfür eine rechtliche Verpflichtung besteht oder das die Genehmigung beantragende Unternehmen eine sonstige sachliche Rechtfertigung nachweist.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3.</p> <p>f) In dem neuen Absatz 3 wird Nummer 3 wie folgt gefasst: „3. die Erfordernisse hinsichtlich der Rendite für das eingesetzte Kapital, wobei auch die</p>	<p>24. un v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>leistungsspezifischen Risiken des eingesetzten Kapitals gewürdigt werden sollen. Das kann auch etwaige spezifische Risiken im Zusammenhang mit der Errichtung von Netzen der nächsten Generation im Sinne des § 30 Absatz 3 umfassen;“.</p> <p>g) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden aufgehoben.</p>	
<p>25. Der bisherige § 34 wird § 33 und wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 3 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 31 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 32 Absatz 1“ ersetzt.</p>	<p>25. un verändert</p>
<p>26. Der bisherige § 33 wird § 34 und wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In dem Satzteil vor Nummer 1 wird die Angabe „§ 31 Abs. 5 und 6“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 3 und 4“ ersetzt.</p> <p>bb) In Nummer 2 wird nach dem Wort „Geschäftsbedingungen“ das Wort „und“ gestrichen und werden die Wörter „sowie die Angabe, ob die Leistung Gegenstand einer Zugangsvereinbarung nach § 22, eines überprüften Standardangebots nach § 23 oder einer Zugangsanordnung nach § 25 ist,“ angefügt.</p> <p>cc) In Nummer 3 wird der Punkt am Ende durch das Wort „und“ ersetzt.</p> <p>dd) Nach Nummer 3 wird folgende Nummer 4 angefügt:</p> <p>„4. soweit für bestimmte Leistungen oder Leistungsbestandteile keine Pauschaltarife beantragt werden, eine Begründung dafür, weshalb eine solche Beantragung ausnahmsweise nicht möglich ist.“</p> <p>b) In Absatz 4 wird die Angabe „§ 31 Abs. 6“ durch die Angabe „§ 31 Absatz 4“ ersetzt.</p>	<p>26. un verändert</p>
<p>27. § 35 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 2 werden die Wörter „§ 32 Nr. 1 in Verbindung mit § 33“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 in Verbindung mit § 34“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 32 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ ersetzt und werden nach</p>	<p>27. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>der Angabe „§§ 28 und 31“ die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ eingefügt.</p> <p>bb) In Satz 2 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt und werden nach der Angabe „§ 31“ die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ eingefügt.</p> <p>c) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Die Genehmigung ist ganz oder teilweise zu erteilen, soweit die Entgelte den Anforderungen des § 28 und im Fall einer Genehmigung nach § 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 und 2 den Anforderungen der §§ 28 und 31 Absatz 1 Satz 2 nach Maßgabe des Absatzes 2 entsprechen und keine Versagungsgründe nach Satz 2 oder 3 vorliegen.“</p> <p>bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 33“ durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.</p> <p>d) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt: „(6) In dem Verfahren nach Absatz 5 in Verbindung mit § 123 der Verwaltungsgerichtsordnung kann das Gericht durch Beschluss anordnen, dass nur solche Personen beigeladen werden, die dies innerhalb einer bestimmten Frist beantragen. Der Beschluss ist unanfechtbar. Er ist im elektronischen Bundesanzeiger bekannt zu machen. Er muss außerdem auf der Internetseite der Bundesnetzagentur veröffentlicht werden. Die Bekanntmachung kann zusätzlich in einem von dem Gericht für Bekanntmachungen bestimmten Informations- und Kommunikationssystem erfolgen. Die Frist muss mindestens einen Monat ab der Veröffentlichung im elektronischen Bundesanzeiger betragen. In der Veröffentlichung auf der Internetseite der Bundesnetzagentur ist mitzuteilen, an welchem Tag die Frist abläuft. Für die Wiedereinsetzung in den vorigen Stand bei Versäumung der Frist gilt § 60 der Verwaltungsgerichtsordnung entsprechend. Das Gericht soll Personen, die von der Entscheidung erkennbar in besonderem Maße betroffen werden, auch ohne Antrag beiladen.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7.</p>	
<p>28. § 36 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2 und § 34“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2 und § 33“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 32 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 1“ und werden die Wörter „§ 31</p>	<p>28. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
Abs. 6 Satz 1 und 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 4 Satz 1 und 2“ ersetzt.	
29. In § 38 Absatz 2 Satz 3 wird die Angabe „§ 33“ durch die Angabe „§ 34“ ersetzt.	29. un verändert
<p>30. § 39 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „oder zur Betreiberauswahl und Betreibervorauswahl nach § 40“ und nach der Angabe „§ 2“ die Angabe „Abs. 2“ gestrichen.</p> <p>bb) In Satz 4 wird die Angabe „§ 32 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 31 Absatz 1 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt.</p> <p>c) In Absatz 3 Satz 4 werden dem Wort „Entgeltmaßnahmen“ die Wörter „Die Bundesnetzagentur kann Anbieter von Telekommunikationsdiensten, die über beträchtliche Marktmacht verfügen, verpflichten, ihr“ vorangestellt und werden die Wörter „sind der Bundesnetzagentur“ gestrichen.</p>	30. un verändert
<p>31. Die §§ 40 und 41 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 40 Funktionelle Trennung (1) Gelangt die Bundesnetzagentur zu dem Schluss, dass die nach den Abschnitten 2 und 3 auferlegten angemessenen Verpflichtungen nicht zu einem wirksamen Wettbewerb geführt haben und wichtige und andauernde Wettbewerbsprobleme oder Marktversagen auf den Märkten für bestimmte Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene bestehen, so kann sie als außerordentliche Maßnahme vertikal integrierten Unternehmen die Verpflichtung auferlegen, ihre Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Bereitstellung der betreffenden Zugangsprodukte auf Vorleistungsebene in einem unabhängig arbeitenden Geschäftsbereich unterzubringen. Dieser Geschäftsbereich stellt Zugangsprodukte und -dienste allen Unternehmen, einschließlich der anderen Geschäftsbereiche des eigenen Mutterunternehmens, mit den gleichen Fristen und zu den gleichen Bedingungen, auch im Hinblick auf Preise und Dienstumfang, sowie mittels der gleichen Systeme und Verfahren zur Verfügung. (2) Beabsichtigt die Bundesnetzagentur, eine Verpflichtung nach Absatz 1 aufzuerlegen, so unterbreitet sie der Kommission einen entsprechen-</p>	31. un verändert

Gesetzentwurf	Änderung
<p>den Antrag, der Folgendes umfasst:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Nachweis, dass die in Absatz 1 genannte Schlussfolgerung der Bundesnetzagentur begründet ist; 2. eine mit Gründen versehene Einschätzung, dass keine oder nur geringe Aussichten dafür bestehen, dass es innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens einen wirksamen und nachhaltigen Wettbewerb im Bereich Infrastruktur gibt; 3. eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf die Bundesnetzagentur, auf das Unternehmen, insbesondere auf das Personal des getrennten Unternehmens und auf den Telekommunikationssektor insgesamt, auf die Anreize, in den Sektor insgesamt zu investieren, insbesondere im Hinblick auf die notwendige Wahrung des sozialen und territorialen Zusammenhalts, sowie auf sonstige Interessengruppen, insbesondere auch eine Analyse der erwarteten Auswirkungen auf den Wettbewerb und möglicher Folgen für die Verbraucher; 4. eine Analyse der Gründe, die dafür sprechen, dass diese Verpflichtung das effizienteste Mittel zur Durchsetzung von Abhilfemaßnahmen wäre, mit denen auf festgestellte Wettbewerbsprobleme oder Fälle von Marktversagen reagiert werden soll. <p>(3) Der der Kommission mit dem Antrag nach Absatz 2 vorzulegende Maßnahmenentwurf umfasst Folgendes:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die genaue Angabe von Art und Ausmaß der Trennung, insbesondere die Angabe des rechtlichen Status des getrennten Geschäftsbereichs; 2. die Angabe der Vermögenswerte des getrennten Geschäftsbereichs sowie der von diesem bereitzustellenden Produkte und Dienstleistungen; 3. die organisatorischen Modalitäten zur Gewährleistung der Unabhängigkeit des Personals des getrennten Geschäftsbereichs sowie die entsprechenden Anreize; 4. die Vorschriften zur Gewährleistung der Einhaltung der Verpflichtungen; 5. die Vorschriften zur Gewährleistung der Transparenz der betrieblichen Verfahren, insbesondere gegenüber den anderen Interessengruppen; 6. ein Überwachungsprogramm, mit dem die Einhaltung der Verpflichtung sichergestellt wird und das unter anderem die Veröffentlichung eines jährlichen Berichts beinhaltet. <p>(4) Im Anschluss an die Entscheidung der Kommission über den Antrag führt die Bundesnetzagentur nach den §§ 10 und 11 eine koordi-</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Bewertung erlegt die Bundesnetzagentur nach § 13 Verpflichtungen auf, behält Verpflichtungen bei, ändert sie oder hebt sie auf.</p> <p>(5) Einem Unternehmen, dem die funktionelle Trennung auferlegt wurde, kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem es als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nach § 11 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 oder § 42 Absatz 4 Satz 3 auferlegt werden.</p> <p style="text-align: center;">§ 41</p> <p style="text-align: center;">Freiwillige Trennung durch ein vertikal integriertes Unternehmen</p> <p>(1) Unternehmen, die nach § 11 auf einem oder mehreren relevanten Märkten als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht eingestuft wurden, unterrichten die Bundesnetzagentur im Voraus und so rechtzeitig, dass sie die Wirkung der geplanten Transaktion einschätzen kann, von ihrer Absicht, die Anlagen ihres Ortsanschlussnetzes ganz oder zu einem großen Teil auf eine eigene Rechtsperson mit einem anderen Eigentümer zu übertragen oder einen getrennten Geschäftsbereich einzurichten, um allen Anbietern auf der Endkundenebene, einschließlich der eigenen, im Endkundenbereich tätigen Unternehmensbereiche, völlig gleichwertige Zugangsprodukte zu liefern. Die Unternehmen unterrichten die Bundesnetzagentur auch über alle Änderungen dieser Absicht sowie über das Ergebnis des Trennungsprozesses.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur prüft die möglichen Folgen der beabsichtigten Transaktion auf die bestehenden Verpflichtungen nach den Abschnitten 2 und 3. Hierzu führt sie entsprechend dem Verfahren des § 11 eine koordinierte Analyse der Märkte durch, bei denen eine Verbindung zum Anschlussnetz besteht. Auf der Grundlage ihrer Bewertung erlegt die Bundesnetzagentur nach § 13 Verpflichtungen auf, behält Verpflichtungen bei, ändert sie oder hebt sie auf.</p> <p>(3) Dem rechtlich oder betrieblich getrennten Geschäftsbereich kann auf jedem Einzelmarkt, auf dem er als Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht nach § 11 eingestuft wurde, jede der Verpflichtungen nach den §§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39 oder § 42 Absatz 4 Satz 3 auferlegt werden.“</p>	
	<p>32. Nach § 41 wird folgender § 41a eingefügt: „§ 41a Netzneutralität (1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, in einer Rechtsverordnung mit Zustimmung</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>des Bundestages und des Bundesrates gegenüber Unternehmen, die Telekommunikationsnetze betreiben, die grundsätzlichen Anforderungen an eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten und Anwendungen festzulegen, um eine willkürliche Verschlechterung von Diensten und eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern; sie berücksichtigt hierbei die europäischen Vorgaben sowie die Ziele und Grundsätze des § 2.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur kann in einer Technischen Richtlinie Einzelheiten über die Mindestanforderungen an die Dienstqualität durch Verfügung festlegen. Bevor die Mindestanforderungen festgelegt werden, sind die Gründe für ein Tätigwerden, die geplanten Anforderungen und die vorgeschlagene Vorgehensweise zusammenfassend darzustellen; diese Darstellung ist der Kommission und dem GEREK rechtzeitig zu übermitteln. Den Kommentaren oder Empfehlungen der Kommission ist bei der Festlegung der Anforderungen weitestgehend Rechnung zu tragen.“</p>
<p>32. In § 42 Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 3 und 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 4 und 5“ ersetzt.</p>	<p>33. un verändert</p>
<p>33. § 43a wird wie folgt gefasst: „§ 43a Verträge (1) Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten müssen dem Verbraucher und auf Verlangen anderen Endnutzern im Vertrag in klarer, umfassender und leicht zugänglicher Form folgende Informationen zur Verfügung stellen: 1. den Namen und die ladungsfähige Anschrift, ist der Anbieter eine juristische Person, auch die Rechtsform, den Sitz und das zuständige Registergericht, 2. die Art und die wichtigsten technischen Leistungsdaten der angebotenen Telekommunikationsdienste, insbesondere diejenigen gemäß Absatz 2 und 3 Satz 1, 3. die voraussichtliche Dauer bis zur Bereitstellung eines Anschlusses, 4. die angebotenen Wartungs- und Kundendienste sowie die Möglichkeiten zur Kontaktaufnahme mit diesen Diensten, 5. Einzelheiten zu den Preisen der angebotenen Telekommunikationsdienste, 6. die Fundstelle eines allgemein zugänglichen,</p>	<p>34. § 43a wird wie folgt gefasst: „§ 43a Verträge (1) un verändert</p> <p>1. un verändert</p> <p>2. un verändert</p> <p>3. un verändert</p> <p>4. un verändert</p> <p>5. un verändert</p> <p>6. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>vollständigen und gültigen Preisverzeichnis des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten,</p> <p>7. die Vertragslaufzeit, einschließlich des Mindestumfangs und der Mindestdauer der Nutzung, die gegebenenfalls erforderlich sind, um Angebote im Rahmen von Werbemaßnahmen nutzen zu können,</p> <p>8. die Voraussetzungen für die Verlängerung und Beendigung des Bezuges einzelner Dienste und des gesamten Vertragsverhältnisses, einschließlich der Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel nach § 46, die Entgelte für die Übertragung von Nummern und anderen Teilnehmerkennungen sowie die bei Beendigung des Vertragsverhältnisses fälligen Entgelte einschließlich einer Kostenanlastung für Endeinrichtungen,</p> <p>9. etwaige Entschädigungs- und Erstattungsregelungen für den Fall, dass der Anbieter die wichtigsten technischen Leistungsdaten der zu erbringenden Dienste nicht eingehalten hat,</p> <p>10. die erforderlichen Schritte zur Einleitung eines außergerichtlichen Streitbeilegungsverfahrens nach § 47a,</p> <p>11. den Anspruch des Teilnehmers auf Aufnahme seiner Daten in ein öffentliches Teilnehmerverzeichnis nach § 45m und</p> <p>12. die Arten von Maßnahmen, mit denen das Unternehmen auf Sicherheits- oder Integritätsverletzungen oder auf Bedrohungen und Schwachstellen reagieren kann.</p> <p>Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dazu verpflichtet, Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste die für die Sicherstellung der in Satz 1 genannten Informationspflichten benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen, wenn ausschließlich die Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen darüber verfügen.</p> <p>(2) Zu den Informationen nach Absatz 1 Nummer 2 gehören</p> <p>1. Informationen darüber, ob der Zugang zu Notdiensten mit Angaben zum Anruferstandort besteht oder nicht, und über alle Beschränkungen von Notdiensten,</p> <p>2. Informationen über alle Einschränkungen im Hinblick auf den Zugang zu und die Nutzung von Diensten und Anwendungen,</p>	<p>7. un verändert</p> <p>8. un verändert</p> <p>9. un verändert</p> <p>10. un verändert</p> <p>11. un verändert</p> <p>12. un verändert</p> <p>13. den Anspruch auf Sperrung bestimmter Rufnummernbereiche nach § 45d Absatz 2 Satz 1 und</p> <p>14. den Anspruch auf Sperrung der Inanspruchnahme und Abrechnung von neben der Verbindung erbrachten Leistungen über den Mobilfunkanschluss nach § 45d Absatz 3.</p> <p>Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze sind dazu verpflichtet, Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste die für die Sicherstellung der in Satz 1 genannten Informationspflichten benötigten Informationen zur Verfügung zu stellen, wenn ausschließlich die Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen darüber verfügen.</p> <p>(2) un verändert</p> <p>1. un verändert</p> <p>2. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>3. das angebotene Mindestniveau der Dienstqualität und gegebenenfalls anderer nach § 45o festgelegter Parameter für die Dienstqualität,</p> <p>4. Informationen über alle vom Unternehmen zur Messung und Kontrolle des Datenverkehrs eingerichteten Verfahren, um eine Kapazitätsauslastung oder Überlastung einer Netzverbindung zu vermeiden, und Information über die möglichen Auswirkungen dieser Verfahren auf die Dienstqualität und</p> <p>5. alle vom Anbieter auferlegten Beschränkungen für die Nutzung der von ihm zur Verfügung gestellten Endeinrichtungen.</p> <p>(3) Die Einzelheiten darüber, welche Angaben in der Regel mindestens nach Absatz 2 erforderlich sind, kann die Bundesnetzagentur nach Beteiligung der betroffenen Verbände und der Unternehmen durch Verfügung im Amtsblatt festlegen. Hierzu kann die Bundesnetzagentur die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste oder die Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichten, Erhebungen zum tatsächlichen Mindestniveau der Dienstqualität anzustellen, eigene Messungen anstellen oder Hilfsmittel entwickeln, die es dem Teilnehmer ermöglichen, eigenständige Messungen anzustellen. Ferner kann die Bundesnetzagentur das Format der Mitteilung über Vertragsänderungen und die anzugebende Information über das Widerrufsrecht festlegen, soweit nicht bereits vergleichbare Regelungen bestehen.“</p>	<p>3. das angebotene Mindestniveau der Dienstqualität und gegebenenfalls anderer nach § 41a festgelegter Parameter für die Dienstqualität,</p> <p>4. un v e r ä n d e r t</p> <p>5. un v e r ä n d e r t</p> <p>(3) un v e r ä n d e r t</p>
<p>34. Nach § 43a wird folgender § 43b eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 43b Vertragslaufzeit</p> <p>Die anfängliche Mindestlaufzeit eines Vertrages zwischen einem Verbraucher und einem Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten darf 24 Monate nicht überschreiten. Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten sind verpflichtet, einem Teilnehmer zu ermöglichen, einen Vertrag mit einer Höchstlaufzeit von zwölf Monaten abzuschließen.“</p>	<p>35. un v e r ä n d e r t</p>
<p>35. § 45 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Die Interessen behinderter Endnutzer sind von den Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste bei der Planung und Erbringung der Dienste zu berücksichtigen. Es ist ein Zugang zu ermöglichen, der dem Zugang gleichwertig ist, über den die Mehrheit der Endnutzer verfügt. Gleiches gilt für die Auswahl an Unternehmen und Diens-</p>	<p>36. un v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>ten.“</p> <p>b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt:</p> <p>„(2) Nach Anhörung der betroffenen Verbände und der Unternehmen kann die Bundesnetzagentur den allgemeinen Bedarf nach Absatz 1 feststellen, der sich aus den Bedürfnissen der behinderten Endnutzer ergibt. Zur Sicherstellung des Dienstes sowie der Dienstmerkmale ist die Bundesnetzagentur befugt, den Unternehmen Verpflichtungen aufzuerlegen. Die Bundesnetzagentur kann von solchen Verpflichtungen absehen, wenn eine Anhörung der betroffenen Kreise ergibt, dass diese Dienstmerkmale oder vergleichbare Dienste als weithin verfügbar erachtet werden.“</p> <p>c) Absatz 2 wird Absatz 3.</p>	
<p>36. § 45c Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten ist gegenüber dem Teilnehmer verpflichtet, die nach Artikel 17 Absatz 4 der Richtlinie 2002/21/EG verbindlich geltenden Normen für und technischen Anforderungen an die Bereitstellung von Telekommunikation für Endnutzer einzuhalten.“</p>	<p>37. un verändert</p>
<p>37. In § 45d Absatz 2 Satz 1 wird das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ ersetzt.</p>	<p>38. § 45d wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Der Teilnehmer kann von dem Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste und von dem Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Telekommunikationsnetz verlangen, dass die Nutzung seines Netzzugangs für bestimmte Rufnummernbereiche im Sinne von § 3 Nummer 18a unentgeltlich netzseitig gesperrt wird, soweit dies technisch möglich ist.“</p> <p>b) Folgender Absatz 3 wird angefügt:</p> <p>„(3) Der Teilnehmer kann von dem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste und von dem Anbieter des Anschlusses an das öffentliche Mobilfunknetz verlangen, dass die Identifizierung seines Mobilfunkanschlusses zur Inanspruchnahme und Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung unentgeltlich netzseitig gesperrt wird.“</p>
<p>38. In § 45f Absatz 1 Satz 1 wird das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ ersetzt.</p>	<p>39. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>39. § 45h Absatz 1 <i>bis</i> 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Soweit ein Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten dem Teilnehmer eine Rechnung stellt, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, muss die Rechnung des Anbieters in einer hervorgehobenen und deutlich gestalteten Form Folgendes enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Namen und ladungsfähigen Anschriften der verantwortlichen Anbieter einer neben der Verbindung erbrachten Leistung, 2. die konkrete Bezeichnung der in Rechnung gestellten Leistungen, 3. die Namen und ladungsfähigen Anschriften beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen (Verbindungsnetzbetreiber), 4. die kostenfreien Kundendiensttelefonnummern der Anbieter von Netzdienstleistungen, 5. die Gesamthöhe der auf jeden Anbieter entfallenden Entgelte. <p>§ 45e bleibt unberührt. Zahlt der Teilnehmer den Gesamtbetrag der Rechnung an den rechnungsstellenden Anbieter, so befreit ihn diese Zahlung von der Zahlungsverpflichtung auch gegenüber den anderen auf der Rechnung aufgeführten Anbietern.</p> <p>(2) Hat der Teilnehmer vor oder bei der Zahlung nichts anderes bestimmt, so sind Teilzahlungen des Teilnehmers an den rechnungsstellenden Anbieter zunächst mit den in der Rechnung ausgewiesenen Forderungen des rechnungsstellenden Anbieters zu verrechnen. Im Übrigen sind Teilzahlungen des Teilnehmers an den rechnungsstellenden Anbieter auf die in der Rechnung ausgewiesenen Forderungen nach ihrem Anteil an der Gesamtforderung der Rechnung zu verrechnen, soweit der Teilnehmer nichts anderes bestimmt hat.</p> <p>(3) Das rechnungsstellende Unternehmen muss den Rechnungsempfänger in der Rechnung klar und verständlich auf Folgendes hinweisen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Recht des Rechnungsempfängers, begründete Einwendungen gegen einzelne in der Rechnung gestellte Forderungen zu erheben, 2. die Notwendigkeit einer ausdrücklichen Tilgungsbestimmung des Rechnungsempfängers für den Fall, dass der Rechnungsempfänger bei Teilzahlung die Anwendung des Absatzes 2 ausschließen will.“ <p>(4) Leistungen anderer <i>Verbindungsnetzbetreiber</i> oder Diensteanbieter, die über den Anschluss</p>	<p>40. § 45h Absatz 1 und 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Soweit ein Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten dem Teilnehmer eine Rechnung stellt, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, muss die Rechnung des Anbieters in einer hervorgehobenen und deutlich gestalteten Form Folgendes enthalten:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die konkrete Bezeichnung der in Rechnung gestellten Leistungen, 2. die Namen und ladungsfähigen Anschriften beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen, 3. einen Hinweis auf den Informationsanspruch des Teilnehmers nach § 45p, 4. die kostenfreien Kundendiensttelefonnummern der beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen und des rechnungsstellenden Anbieters, unter denen der Teilnehmer die Informationen nach § 45p erlangen kann, 5. die Gesamthöhe der auf jeden Anbieter entfallenden Entgelte. <p>§ 45e bleibt unberührt. Zahlt der Teilnehmer den Gesamtbetrag der Rechnung an den rechnungsstellenden Anbieter, so befreit ihn diese Zahlung von der Zahlungsverpflichtung auch gegenüber den anderen auf der Rechnung aufgeführten Anbietern.“</p> <p>(2) entfällt</p> <p>(3) entfällt</p> <p>b) Absatz 4 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Leistungen anderer beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen oder</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>eines Teilnehmernetzbetreibers von einem Endnutzer in Anspruch genommen werden, gelten für Zwecke der Umsatzsteuer als vom Teilnehmernetzbetreiber in eigenem Namen und für Rechnung des <i>Verbindungsnetzbetreibers</i> oder Diensteanbieters an den Endnutzer erbracht; dies gilt entsprechend für Leistungen anderer <i>Verbindungsnetzbetreiber</i> oder Diensteanbieter gegenüber einem <i>Verbindungsnetzbetreiber</i>, der über diese Leistungen in eigenem Namen und für fremde Rechnung gegenüber dem Teilnehmernetzbetreiber oder einem weiteren <i>Verbindungsnetzbetreiber</i> abrechnet.</p>	<p>Diensteanbieter, die über den Anschluss eines Teilnehmernetzbetreibers von einem Endnutzer in Anspruch genommen werden, gelten für Zwecke der Umsatzsteuer als vom Teilnehmernetzbetreiber in eigenem Namen und für Rechnung des beteiligten Anbieters von Netzdienstleistungen oder Diensteanbieters an den Endnutzer erbracht; dies gilt entsprechend für Leistungen anderer beteiligter Anbieter von Netzdienstleistungen oder Diensteanbieter gegenüber einem beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen, der über diese Leistungen in eigenem Namen und für fremde Rechnung gegenüber dem Teilnehmernetzbetreiber oder einem weiteren beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen abrechnet.“</p> <p>c) Folgender Absatz 5 wird angefügt: „(5) Die Einzelheiten darüber, welche Angaben nach Absatz 1 Satz 1 Nummer 3 auf der Rechnung mindestens für einen transparenten und nachvollziehbaren Hinweis auf den Informationsanspruch des Teilnehmers nach § 45p erforderlich sind, kann die Bundesnetzagentur durch Verfügung im Amtsblatt festlegen.“</p>
<p>40. § 45k wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „an festen Standorten“ gestrichen <i>und wird die Angabe „§ 45o Satz 3“ durch die Angabe „§ 45p Satz 3“ ersetzt.</i></p> <p>b) In Absatz 2 werden die Sätze 2 und 3 durch folgende Sätze ersetzt: „Bei der Berechnung der Höhe des Betrags nach Satz 1 bleiben nicht titulierte Forderungen, die der Teilnehmer form- und fristgerecht und schlüssig begründet beanstandet hat, außer Betracht. Ebenso bleiben nicht titulierte bestrittene Forderungen Dritter im Sinne des § 45h Absatz 1 Satz 1 außer Betracht. Dies gilt auch dann, wenn diese Forderungen abgetreten worden sind. Die Bestimmungen der Sätze 2 bis 4 gelten nicht, wenn der Anbieter den Teilnehmer zuvor zur vorläufigen Zahlung eines Durchschnittsbetrags nach § 45j aufgefordert und der Teilnehmer diesen nicht binnen zwei Wochen gezahlt hat.“</p>	<p>41. § 45k wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „an festen Standorten“ gestrichen.</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>41. § 45n wird wie folgt gefasst: „§ 45n Transparenz <i>und</i> Veröffentlichung von Informationen</p> <p>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und</p>	<p>42. § 45n wird wie folgt gefasst: „§ 45n Transparenz, Veröffentlichung von Informationen und zusätzliche Dienstemerkmale zur Kostenkontrolle</p> <p>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Rahmenvorschriften zur Förderung der Transparenz <i>und</i> Veröffentlichung von Informationen auf dem Telekommunikationsmarkt zu erlassen.</p> <p>(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichtet werden, transparente, vergleichbare, ausreichende und aktuelle Informationen zu veröffentlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über geltende Preise und Tarife, 2. über die bei Vertragskündigung anfallenden Gebühren und 3. über Standardbedingungen für den Zugang zu den von ihnen für Endnutzer und Verbraucher bereitgestellten Diensten und deren Nutzung. <p>(3) Im Rahmen des Absatzes 2 Nummer 3 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichtet werden, Folgendes zu veröffentlichen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den Namen und die ladungsfähige Anschrift, bei juristischen Personen auch die Rechtsform, den Sitz und das zuständige Registergericht, 2. den Umfang der angebotenen Dienste, 3. Einzelheiten zu den Preisen der angebotenen Dienste, Dienstmerkmalen und Wartungsdiensten einschließlich etwaiger besonderer Preise für bestimmte Endnutzergruppen sowie Kosten für Endeinrichtungen, 4. Einzelheiten zu ihren Entschädigungs- und Erstattungsregelungen und deren Handhabung, 5. ihre allgemeinen Geschäftsbedingungen und die von ihnen angebotenen Mindestvertragslaufzeiten, die Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel nach § 46, Kündigungsbedingungen sowie Verfahren und direkte Entgelte im Zusammenhang mit der Übertragung von Rufnummern oder anderen Kennungen, 6. allgemeine und anbieterbezogene Informationen über die Verfahren zur Streitbeilegung und 7. Informationen über grundlegende Rechte der Endnutzer von Telekommunikationsdiensten, insbesondere 	<p>Technologie wird ermächtigt im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz und dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Rahmenvorschriften zur Förderung der Transparenz, Veröffentlichung von Informationen und zusätzlicher Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle auf dem Telekommunikationsmarkt zu erlassen.</p> <p>(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter von öffentlichen Telekommunikationsnetzen und Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste verpflichtet werden, transparente, vergleichbare, ausreichende und aktuelle Informationen zu veröffentlichen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. über geltende Preise und Tarife, 2. über die bei Vertragskündigung anfallenden Gebühren und 3. über Standardbedingungen für den Zugang zu den von ihnen für Endnutzer und Verbraucher bereitgestellten Diensten und deren Nutzung. <p>4. über die Dienstqualität sowie über die zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit beim Zugang für behinderte Endnutzer getroffenen Maßnahmen.</p> <p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>lichung weitere Anforderungen festlegt werden.</p> <p>(6) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung an die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundestag.</p> <p>(7) Die Bundesnetzagentur kann in ihrem Amtsblatt oder auf ihrer Internetseite jegliche In-</p>	<p>(6) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste und Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichtet werden,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer auf Antrag bei den Anbietern abgehende Verbindungen oder Kurzwahl-Datendienste oder andere Arten ähnlicher Anwendungen oder bestimmte Arten von Nummern kostenlos sperren lassen kann, 2. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer bei seinem Anbieter die Identifizierung seines Mobilfunkanschlusses zur Inanspruchnahme und Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung unentgeltlich netzseitig sperren lassen kann, 3. Verbrauchern einen Anschluss an das öffentliche Telekommunikationsnetz auf der Grundlage zeitlich gestreckter Zahlungen zu gewähren, 4. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer vom Anbieter Informationen über etwaige preisgünstigere alternative Tarife des jeweiligen Unternehmens anfordern kann, oder 5. eine geeignete Einrichtung anzubieten, um die Kosten öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zu kontrollieren, einschließlich unentgeltlicher Warnhinweise für die Verbraucher bei anormalem oder übermäßigem Verbraucherverhalten, die sich an Artikel 6a Absatz 1 bis 3 der Verordnung über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft (Verordnung (EG) Nr. 717/2007 vom 27. Juni 2007, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 544/2009) orientiert. <p>Eine Verpflichtung zum Angebot der zusätzlichen Dienstemerkmale nach Satz 1 kommt nach Berücksichtigung der Ansichten der Betroffenen nicht in Betracht, wenn bereits in ausreichendem Umfang Zugang zu diesen Dienstemerkmalen besteht.</p> <p>(7) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung an die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Bundestag.</p> <p>(8) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>formation veröffentlichen, die für Endnutzer Bedeutung haben kann. Sonstige Rechtsvorschriften, namentlich zum Schutz personenbezogener Daten und zum Presserecht, bleiben unberührt. Die Bundesnetzagentur kann zur Bereitstellung von vergleichbaren Informationen nach Absatz 1 interaktive Führer oder ähnliche Techniken selbst oder über Dritte bereitstellen, wenn diese auf dem Markt nicht kostenlos oder zu einem angemessenen Preis zur Verfügung stehen. Zur Bereitstellung nach Satz 3 ist die Nutzung der von Anbietern von Telekommunikationsnetzen und von Anbietern öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste veröffentlichten Informationen für die Bundesnetzagentur oder für Dritte kostenlos.“</p>	
<p>42. <i>Nach § 45n wird folgender § 45o eingefügt:</i> <i>„§ 45o</i> <i>Dienstqualität und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle</i> <i>(1) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz und dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundestages Rahmenvorschriften für die Dienstqualität und für zusätzliche Dienstmerkmale, die der Kostenkontrolle dienen, zu erlassen.</i> <i>(2) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste und Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze zur Veröffentlichung vergleichbarer, angemessener und aktueller Endnutzerinformationen über die Dienstqualität sowie über die zur Gewährleistung der Gleichwertigkeit beim Zugang für behinderte Endnutzer getroffenen Maßnahmen verpflichtet werden.</i> <i>(3) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können gegenüber den Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben, Mindestanforderungen an die Dienstqualität festgelegt werden, um eine Verschlechterung von Diensten und eine Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern. Bevor die Mindestanforderungen festgelegt werden, sind die Gründe für ein Tätigwerden, die geplanten Anforderungen und die vorgeschlagene Vorgehensweise zusammenfassend darzustellen, diese Darstellung ist der Kommission und dem GEREK rechtzeitig zu übermitteln. Den Kommentaren oder Empfehlungen der Kommission ist weitestgehend Rechnung zu tragen, wenn die Anforderungen festgelegt</i></p>	<p>entfällt</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>werden.</p> <p><i>(4) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können Anbieter öffentlich zugänglicher Telefondienste und Anbieter öffentlicher Telekommunikationsnetze verpflichtet werden,</i></p> <ol style="list-style-type: none"> <i>1. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer auf Antrag bei den Anbietern abgehende Verbindungen oder Kurzwahl-Datendienste oder andere Arten ähnlicher Anwendungen oder bestimmte Arten von Nummern kostenlos sperren lassen kann,</i> <i>2. Verbrauchern einen Anschluss an das öffentliche Telekommunikationsnetz auf der Grundlage zeitlich gestreckter Zahlungen zu gewähren,</i> <i>3. eine Einrichtung anzubieten, mit der der Teilnehmer vom Anbieter Informationen über etwaige preisgünstigere alternative Tarife des jeweiligen Unternehmens anfordern kann, oder</i> <i>4. eine geeignete Einrichtung anzubieten, um die Kosten öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste zu kontrollieren, einschließlich unentgeltlicher Warnhinweise für die Verbraucher bei anormalem oder übermäßigem Verbraucherverhalten.</i> <p><i>Eine Verpflichtung zum Angebot der zusätzlichen Dienstemerkmale nach Satz 1 kommt nach Berücksichtigung der Ansichten der Betroffenen nicht in Betracht, wenn bereits in ausreichendem Umfang Zugang zu diesen Dienstmerkmalen besteht.</i></p> <p><i>(5) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Absatz 1 durch Rechtsverordnung an die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur bedarf des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie, dem Bundesministerium des Innern, dem Bundesministerium der Justiz, dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, dem Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien und dem Bundestag.“</i></p>	
<p>43. Die bisherigen §§ 45o und 45p werden die §§ 45p und 45q.</p>	<p>entfällt</p>
	<p>43. Der bisherige § 45p wird wie folgt gefasst: „(1) Stellt der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten dem Teilnehmer eine Rechnung, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, so muss er dem Teilnehmer auf Verlangen unverzüglich kostenfrei folgende Informationen zur Verfü-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>gung stellen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Namen und ladungsfähigen Anschriften der Dritten, 2. bei Diensteanbietern mit Sitz im Ausland zusätzlich die ladungsfähige Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland. <p>Die gleiche Verpflichtung trifft auch den beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen.</p> <p>(2) Der verantwortliche Anbieter einer neben der Verbindung erbrachten Leistung muss auf Verlangen des Teilnehmers diesen über den Grund und Gegenstand des Entgeltanspruchs, der nicht ausschließlich Gegenleistung einer Verbindungsleistung ist, insbesondere über die Art der erbrachten Leistung, unterrichten.“</p>
<p>44. § 46 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 46</p> <p style="text-align: center;">Anbieterwechsel und Umzug</p> <p>(1) Die Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten und die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze müssen bei einem Anbieterwechsel sicherstellen, dass die Leistung des abgebenden Unternehmens gegenüber dem Teilnehmer nicht unterbrochen wird, bevor die vertraglichen und technischen Voraussetzungen für einen Anbieterwechsel vorliegen, es sei denn, der Teilnehmer verlangt dieses. Bei einem Anbieterwechsel darf der Dienst des Teilnehmers nicht länger als einen Kalendertag unterbrochen werden. Schlägt der Wechsel innerhalb dieser Frist fehl, gilt Satz 1 entsprechend.</p> <p>(2) Das abgebende Unternehmen hat ab Beendigung der vertraglich vereinbarten Leistung bis zum Ende der Leistungspflicht nach Absatz 1 Satz 1 gegenüber dem Teilnehmer einen Anspruch auf Entgeltzahlung. Die Höhe des Entgelts richtet sich nach den ursprünglich vereinbarten Vertragsbedingungen mit der Maßgabe, dass sich die vereinbarten Anschlussentgelte um 50 Prozent reduzieren, es sei denn, das abgebende Unternehmen weist nach, dass der Teilnehmer das Scheitern des Anbieterwechsels zu vertreten hat. Das abgebende Unternehmen hat im Falle des Absatzes 1 Satz 1 gegenüber dem Teilnehmer eine taggenaue Abrechnung vorzunehmen. Der Anspruch des aufnehmenden Unternehmens auf Entgeltzahlung gegenüber dem Teilnehmer entsteht nicht vor erfolgreichem Abschluss des Anbieterwechsels.</p> <p>(3) Um den Anbieterwechsel nach Absatz 1 zu gewährleisten, müssen Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze in ihren Netzen insbesondere sicherstellen, dass Teilnehmer ihre Ruf-</p>	<p>44. § 46 wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 46</p> <p style="text-align: center;">Anbieterwechsel und Umzug</p> <p>(1) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(2) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nummer unabhängig von dem Unternehmen, das den Telefondienst erbringt, wie folgt beibehalten können:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. im Fall geografisch gebundener Rufnummern an einem bestimmten Standort und 2. im Fall nicht geografisch gebundener Rufnummern an jedem Standort. <p>Die Regelung in Satz 1 gilt nur innerhalb der Nummernräume oder Nummerteilräume, die für einen Telefondienst festgelegt wurden. Insbesondere ist die Übertragung von Rufnummern für Telefondienste an festen Standorten zu solchen ohne festen Standort und umgekehrt unzulässig.</p> <p>(4) Um den Anbieterwechsel nach Absatz 1 zu gewährleisten, müssen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten insbesondere sicherstellen, dass ihre Endnutzer ihnen zugeteilte Rufnummern bei einem Wechsel des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten entsprechend Absatz 3 beibehalten können. Die technische Aktivierung der Rufnummer hat in jedem Fall innerhalb eines Kalendertages zu erfolgen. Für die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Endnutzer jederzeit die Übertragung der zugeteilten Rufnummer verlangen kann. Der bestehende Vertrag zwischen Endnutzer und abgebendem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste bleibt davon unberührt. Der abgebende Anbieter ist in diesem Fall verpflichtet, den Endnutzer zuvor über alle anfallenden Kosten zu informieren. Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endnutzer eine neue Rufnummer zuzuteilen.</p> <p>(5) Dem Teilnehmer können nur die Kosten in Rechnung gestellt werden, die einmalig beim Wechsel entstehen. Das Gleiche gilt für die Kosten, die ein Netzbetreiber einem Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten in Rechnung stellt. Etwaige Entgelte unterliegen einer nachträglichen Regulierung nach Maßgabe des § 38 Absatz 2 bis 4.</p> <p>(6) Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze haben in ihren Netzen sicherzustellen, dass alle Anrufe in den europäischen Telefonnummernraum ausgeführt werden.</p> <p>(7) Die Erklärung des Teilnehmers zur Einrichtung oder Änderung der Betreibervorauswahl oder die von ihm erteilte Vollmacht zur Abgabe dieser Erklärung bedarf der Textform.</p> <p>(8) Der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten, der mit einem Verbraucher einen Vertrag über öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste geschlossen hat, ist verpflichtet, wenn der Verbraucher</p>	<p>(4) Um den Anbieterwechsel nach Absatz 1 zu gewährleisten, müssen Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten insbesondere sicherstellen, dass ihre Endnutzer ihnen zugeteilte Rufnummern bei einem Wechsel des Anbieters von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten entsprechend Absatz 3 beibehalten können. Die technische Aktivierung der Rufnummer hat in jedem Fall innerhalb eines Kalendertages zu erfolgen. Für die Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste gilt Satz 1 mit der Maßgabe, dass der Endnutzer jederzeit die Übertragung der zugeteilten Rufnummer verlangen kann. Der bestehende Vertrag zwischen Endnutzer und abgebendem Anbieter öffentlich zugänglicher Mobilfunkdienste bleibt davon unberührt; hierauf hat der aufnehmende Anbieter den Endnutzer vor Vertragsschluss in Textform hinzuweisen. Der abgebende Anbieter ist in diesem Fall verpflichtet, den Endnutzer zuvor über alle anfallenden Kosten zu informieren. Auf Verlangen hat der abgebende Anbieter dem Endnutzer eine neue Rufnummer zuzuteilen.</p> <p>(5) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(6) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(7) u n v e r ä n d e r t</p> <p>(8) Der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten, der mit einem Verbraucher einen Vertrag über öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste geschlossen hat, ist verpflichtet, wenn der Verbraucher</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>seinen Wohnsitz wechselt, die vertraglich geschuldete Leistung an dem neuen Wohnsitz des Verbrauchers ohne Änderung der vereinbarten Vertragslaufzeit zu erbringen, soweit diese dort angeboten wird. Der Anbieter kann ein angemessenes Entgelt für den durch den Umzug entstandenen Aufwand verlangen. Wird die Leistung am neuen Wohnsitz nicht angeboten, ist der Verbraucher zur Kündigung des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats berechtigt. In jedem Fall ist der Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes verpflichtet, den Anbieter des öffentlichen Telekommunikationsnetzes über den Auszug des Verbrauchers unverzüglich zu informieren, wenn der Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes Kenntnis vom Umzug des Verbrauchers erlangt hat.</p> <p>(9) Die Bundesnetzagentur kann die Einzelheiten des Verfahrens für den Anbieterwechsel und die Informationsverpflichtung nach Absatz 8 Satz 4 festlegen. Dabei ist insbesondere Folgendes zu berücksichtigen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. das Vertragsrecht, 2. die technische Entwicklung, 3. die Notwendigkeit, dem Teilnehmer die Kontinuität der Dienstleistung zu gewährleisten, und 4. erforderlichenfalls Maßnahmen, die sicherstellen, dass Teilnehmer während des gesamten Übertragungsverfahrens geschützt sind und nicht gegen ihren Willen auf einen anderen Anbieter umgestellt werden. <p>Für Teilnehmer, die keine Verbraucher sind und mit denen der Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten eine Individualvereinbarung getroffen hat, kann die Bundesnetzagentur von den Absätzen 1 und 2 abweichende Regelungen treffen. Die Befugnisse nach Teil 2 dieses Gesetzes und nach § 77a Absatz 1 und 2 bleiben unberührt.“</p>	<p>seinen Wohnsitz wechselt, die vertraglich geschuldete Leistung an dem neuen Wohnsitz des Verbrauchers ohne Änderung der vereinbarten Vertragslaufzeit und der sonstigen Vertragsinhalte zu erbringen, soweit diese Leistung dort angeboten wird. Der Anbieter kann ein angemessenes Entgelt für den durch den Umzug entstandenen Aufwand verlangen, das jedoch nicht höher sein darf als das für die Schaltung eines Neuanschlusses vorgesehene Entgelt. Wird die Leistung am neuen Wohnsitz nicht angeboten, ist der Verbraucher zur Kündigung des Vertrages unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Ende eines Kalendermonats berechtigt. In jedem Fall ist der Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes verpflichtet, den Anbieter des öffentlichen Telekommunikationsnetzes über den Auszug des Verbrauchers unverzüglich zu informieren, wenn der Anbieter des öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes Kenntnis vom Umzug des Verbrauchers erlangt hat.</p> <p>(9) u n v e r ä n d e r t</p>
	<p>45. In § 47 Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „zugänglichen Auskunftsdiensten,“ die Wörter „Diensten zur Unterrichtung über einen individuellen Gesprächswunsch eines anderen Nutzers nach § 95 Absatz 2 Satz 1“ eingefügt.</p>
<p>45. § 47a wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p>	<p>46. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„(1) Kommt es zwischen dem Teilnehmer und einem Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder einem Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten zum Streit darüber, ob der Betreiber oder Anbieter dem Teilnehmer gegenüber eine Verpflichtung erfüllt hat, die sich auf die Bedingungen oder die Ausführung der Verträge über die Bereitstellung dieser Netze oder Dienste bezieht und mit folgenden Regelungen zusammenhängt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. den §§ 43a, 43b, 45 bis 46 oder den auf Grund dieser Regelungen erlassenen Rechtsverordnungen und § 84 oder 2. der Verordnung (EG) Nr. 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 32), die zuletzt durch die Verordnung (EG) Nr. 544/2009 (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 12) geändert worden ist, <p>kann der Teilnehmer bei der Bundesnetzagentur durch einen Antrag ein Schlichtungsverfahren einleiten.“</p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Das Schlichtungsverfahren endet, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Schlichtungsantrag zurückgenommen wird, 2. der Teilnehmer und der Anbieter sich einigt und dies der Bundesnetzagentur mitgeteilt haben, 3. der Teilnehmer und der Anbieter übereinstimmend erklären, dass sich der Streit erledigt hat, 4. die Bundesnetzagentur dem Teilnehmer und dem Anbieter schriftlich mitteilt, dass eine Einigung im Schlichtungsverfahren nicht erreicht werden konnte, oder 5. die Bundesnetzagentur feststellt, dass Belange nach Absatz 1 nicht mehr berührt sind.“ 	
<p>46. In § 47b werden nach dem Wort „Teils“ die Wörter „oder der auf Grund dieses Teils erlassenen Rechtsverordnungen“ eingefügt.</p>	<p>47. un verändert</p>
<p>47. § 48 Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Jedes zum Verkauf, zur Miete oder anderweitig angebotene digitale Fernsehempfangsgerät, das für den Empfang von konventionellen Fernsehsignalen und für eine Zugangsberechtigung vorgesehen ist, muss Signale darstellen können,</p>	<p>48. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>1. die einem einheitlichen europäischen Verschlüsselungsalgorithmus entsprechen, wie er von einer anerkannten europäischen Normenorganisation verwaltet wird,</p> <p>2. die keine Zugangsberechtigung erfordern; bei Mietgeräten gilt dies nur, sofern die mietvertraglichen Bestimmungen vom Mieter eingehalten werden.“</p>	
<p>48. § 52 Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Zur Sicherstellung einer effizienten und störungsfreien Nutzung von Frequenzen und unter Berücksichtigung der in § 2 genannten weiteren Regulierungsziele werden Frequenzbereiche zugewiesen und in Frequenznutzungen aufgeteilt, Frequenzen zugeteilt und Frequenznutzungen überwacht.“</p>	<p>49. un verändert</p>
<p>49. § 53 wird wie folgt gefasst: „§ 53 Frequenzzuweisung (1) Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf, die Frequenzzuweisungen für die Bundesrepublik Deutschland sowie darauf bezogene weitere Festlegungen in einer Frequenzverordnung vorzunehmen. Verordnungen, in denen Frequenzen dem Rundfunk zugewiesen werden, bedürfen der Zustimmung des Bundesrates. In die Vorbereitung sind die von Frequenzzuweisungen betroffenen Kreise einzubeziehen. (2) Bei der Frequenzzuweisung sind die einschlägigen internationalen Übereinkünfte, einschließlich der Vollzugsordnung für den Funkdienst (VO Funk), die europäische Harmonisierung und die technische Entwicklung zu berücksichtigen. Sind im Rahmen der Frequenzzuweisung auch Bestimmungen über Frequenznutzungen und darauf bezogene nähere Festlegungen betroffen, so sind Beschränkungen nur aus den in Artikel 9 Absatz 3 und 4 der Richtlinie 2002/21/EG genannten Gründen zulässig.“</p>	<p>50. un verändert</p>
<p>50. § 54 wird wie folgt gefasst: „§ 54 Frequenznutzung (1) Auf der Grundlage der Frequenzzuweisungen und Festlegungen in der Verordnung nach § 53 teilt die Bundesnetzagentur die Frequenzbereiche in Frequenznutzungen sowie darauf bezogene Nutzungsbestimmungen auf (Frequenzplan). Dabei beteiligt sie die betroffenen Bundes- und Landesbehörden, die betroffenen Kreise und die</p>	<p>51. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Öffentlichkeit und berücksichtigt die in § 2 genannten Regulierungsziele. Die Frequenznutzung und die Nutzungsbestimmungen werden durch technische, betriebliche oder regulatorische Parameter beschrieben. Zu diesen Parametern können auch Angaben zu Nutzungsbeschränkungen und zu geplanten Nutzungen gehören. Der Frequenzplan sowie dessen Änderungen sind zu veröffentlichen.</p> <p>(2) Frequenzen für den drahtlosen Netzzugang zu Telekommunikationsdiensten sind unbeschadet von Absatz 3 so auszuweisen, dass alle hierfür vorgesehenen Technologien verwendet werden dürfen und alle Arten von Telekommunikationsdiensten zulässig sind.</p> <p>(3) § 53 Absatz 2 gilt entsprechend.“</p>	
<p>51. § 55 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 3 wird das Wort „Frequenznutzungsplanes“ durch das Wort „Frequenzplanes“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 1 Satz 5 wird wie folgt gefasst: „Sofern für Behörden zur Ausübung gesetzlicher Befugnisse die Nutzung bereits anderen zugeteilter Frequenzen erforderlich ist und diese Nutzung keine wesentlichen zeitlichen und räumlichen Nutzungsbeeinträchtigungen erwarten lässt, ist die Nutzung unter Einhaltung der von der Bundesnetzagentur im Benehmen mit den Bedarfsträgern und Rechteinhabern festgelegten Rahmenbedingungen gestattet, ohne dass dies einer Frequenzzuteilung bedarf.“</p> <p>c) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Nutzung“ die Wörter „von bestimmten Frequenzen“ gestrichen.</p> <p>bb) In Satz 2 wird das Wort „Frequenzzuteilung“ durch das Wort „Allgemeinzuteilung“ ersetzt.</p> <p>d) Die Absätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst: „(3) Ist eine Allgemeinzuteilung nicht möglich, werden durch die Bundesnetzagentur Frequenzen für einzelne Frequenznutzungen natürlichen Personen, juristischen Personen oder Personenvereinigungen, soweit ihnen ein Recht zustehen kann, auf Antrag einzeln zugeteilt. Frequenzen werden insbesondere dann einzeln zugeteilt, wenn eine Gefahr von funkttechnischen Störungen nicht anders ausgeschlossen werden kann oder wenn dies zur Sicherstellung einer effizienten Frequenznutzung notwendig ist. Die Entscheidung über die Gewährung von Nutzungsrechten, die für das Angebot von Telekommunikationsdiensten bestimmt sind, wird veröffentlicht.“</p>	<p>52. § 55 wird wie folgt gefasst:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>(4) Der Antrag auf Einzelzuteilung nach Absatz 3 ist in Textform zu stellen. In dem Antrag ist das Gebiet zu bezeichnen, in dem die Frequenz genutzt werden soll. Die Erfüllung der subjektiven Voraussetzungen für die Frequenzzuteilung ist im Hinblick auf eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung und weitere Bedingungen nach Anhang B der Richtlinie 2002/20/EG darzulegen. Die Bundesnetzagentur entscheidet über vollständige Anträge innerhalb von sechs Wochen. Von dieser Frist unberührt bleiben geltende internationale Vereinbarungen über die Nutzung von Funkfrequenzen und Erdumlaufpositionen.“</p> <p>e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 Nummer 1 wird das Wort „Frequenznutzungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt.</p> <p>bb) Satz 2 wird <i>wie folgt gefasst</i>:</p> <p>„Eine Frequenzzuteilung kann ganz oder teilweise versagt werden, wenn die vom Antragsteller beabsichtigte Nutzung mit den Regulierungszielen nach § 2 nicht vereinbar ist. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.“</p> <p>f) Nach Absatz 5 wird folgender Absatz 6 eingefügt:</p> <p>„(6) Der Antragsteller hat keinen Anspruch auf eine bestimmte Einzelfrequenz.“</p> <p>g) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 7 und Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Bei der Bundesnetzagentur anzuzeigen sind Namensänderungen, Anschriftenänderungen, unmittelbare und mittelbare Änderungen in den Eigentumsverhältnissen, auch bei verbundenen Unternehmen, und identitätswahrende Umwandlungen.“</p> <p>h) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird das Wort „Schriftform“ durch das Wort „Textform“ ersetzt.</p> <p>bb) Die Sätze 3 und 4 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„Dem Änderungsantrag ist zuzustimmen, wenn die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach Absatz 5 vorliegen, eine Wettbewerbsverzerrung auf dem sachlich und räumlich relevanten Markt nicht zu besorgen ist und</p>	<p>e) Absatz 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) u n v e r ä n d e r t</p> <p>bb) Satz 2 wird durch folgende Sätze ersetzt: u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) u n v e r ä n d e r t</p> <p>g) u n v e r ä n d e r t</p> <p>h) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>eine effiziente und störungsfreie Frequenznutzung gewährleistet ist. Werden Frequenzzuteilungen nicht mehr genutzt, ist der Verzicht auf sie unverzüglich schriftlich zu erklären.“</p> <p>i) Der bisherige Absatz 8 wird Absatz 9 und wird wie folgt gefasst: „(9) Frequenzen werden in der Regel befristet zugeteilt. Die Befristung muss für die betreffende Nutzung angemessen sein und die Amortisation der dafür notwendigen Investitionen angemessen berücksichtigen. Eine befristete Zuteilung ist zu verlängern, wenn die Voraussetzungen für eine Frequenzzuteilung nach Absatz 5 vorliegen.“</p> <p>j) Der bisherige Absatz 9 wird Absatz 10 und in Satz 1 werden die Wörter „auf Grund der von der Bundesnetzagentur festzulegenden Bedingungen“ gestrichen.</p> <p>k) Der bisherige Absatz 10 wird aufgehoben.</p>	<p>i) un verändert</p> <p>j) un verändert</p> <p>k) un verändert</p>
<p>52. § 56 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt: „(1) Natürliche oder juristische Personen mit Wohnsitz beziehungsweise Sitz in der Bundesrepublik Deutschland, die Orbitpositionen und Frequenzen durch Satelliten nutzen, unterliegen den Verpflichtungen, die sich aus der Konstitution und Konvention der Internationalen Telekommunikationsunion ergeben.“</p> <p>b) Die bisherigen Absätze 1 bis 3 werden die Absätze 2 bis 4.</p> <p>c) In dem neuen Absatz 4 werden die Wörter „Absatzes 1 Satz 3“ durch die Wörter „Absatzes 2 Satz 3“ ersetzt.</p>	<p>53. un verändert</p>
<p>53. § 57 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst: „§ 57 Frequenzzuteilung für Rundfunk, Luftfahrt, Seeschifffahrt, Binnenschifffahrt und sicherheitsrelevante Funkanwendungen“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 5 wird das Wort „Frequenzbereichszuweisungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt und werden die Wörter „und im Frequenznutzungsplan ausgewiesenen“ gestrichen.</p> <p>bb) Folgende Sätze werden angefügt: „Hat die zuständige Landesbehörde die inhaltliche Belegung einer analogen oder digitalen Frequenznutzung zur Übertragung von Rundfunk im Zustän-</p>	<p>54. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>digkeitsbereich der Länder einem Inhaltenanbieter zur alleinigen Nutzung zugewiesen, so kann dieser einen Vertrag mit einem Sendernetzbetreiber seiner Wahl abschließen, soweit dabei gewährleistet ist, dass den rundfunkrechtlichen Festlegungen entsprochen wurde. Sofern der Sendernetzbetreiber die Zuteilungsvoraussetzungen erfüllt, teilt ihm die Bundesnetzagentur die Frequenz auf Antrag zu. Die Frequenzzuteilung ist auf die Dauer der rundfunkrechtlichen Zuweisung der zuständigen Landesbehörde zu befristen und kann bei Fortdauern dieser Zuweisung verlängert werden.“</p> <p>c) In Absatz 2 wird das Wort „Frequenznutzungsplan“ durch das Wort „Frequenzplan“ ersetzt.</p> <p>d) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „im Frequenznutzungsplan“ gestrichen und die Wörter „den Flugfunkdienst“ durch die Wörter „die Luftfahrt“ ersetzt.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt: „Dies gilt nur für Frequenzen, die auf Grund einer gültigen nationalen Erlaubnis des jeweiligen Landes, in dem das Fahrzeug registriert ist, genutzt werden.“</p> <p>e) In Absatz 4 werden die Wörter „im Frequenznutzungsplan“ gestrichen.</p> <p>f) Absatz 5 wird wie folgt gefasst: „(5) Die Bundesnetzagentur teilt Frequenzen für die Nutzung des Flugfunkdienstes zu, wenn die nach dem Luftverkehrsrecht erforderlichen Entscheidungen des Bundesaufsichtsamtes für Flugsicherung vorliegen. Die nach § 55 festgelegte Zuständigkeit der Bundesnetzagentur und deren Eingriffsmöglichkeiten bleiben unberührt.“</p>	
<p>54. § 58 wird wie folgt gefasst: „§ 58 Gemeinsame Frequenznutzung, Erprobung innovativer Technologien, kurzfristig auftretender Frequenzbedarf (1) Frequenzen, bei denen eine effiziente Nutzung durch einen Einzelnen allein nicht zu erwarten ist, können auch mehreren zur gemeinschaftlichen Nutzung zugeteilt werden. Die Inhaber dieser Frequenzzuteilungen haben Beeinträchtigungen hinzunehmen, die sich aus einer bestimmungsgemäßen gemeinsamen Nutzung der Frequenz ergeben. (2) In begründeten Einzelfällen, insbesondere</p>	<p>55. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>zur Erprobung innovativer Technologien in der Telekommunikation oder bei kurzfristig auftretendem Frequenzbedarf, kann von den im Frequenzplan enthaltenen Festlegungen bei der Zuteilung von Frequenzen befristet abgewichen werden. Voraussetzung hierfür ist, dass keine Frequenznutzung beeinträchtigt wird. Sind Belange der Länder bei der Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen, ist auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde herzustellen.“</p>	
<p>55. § 59 wird aufgehoben.</p>	<p>56. un verändert</p>
<p>56. § 60 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird das Wort „In“ durch die Wörter „Im Rahmen“ ersetzt.</p> <p>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt:</p> <p>„Bei der Festlegung von Art und Umfang der Frequenzzuteilung sind internationale Vereinbarungen zur Frequenzkoordinierung zu beachten.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Frequenzen“ die Wörter „sowie der weiteren in § 2 genannten Regulierungsziele“ eingefügt.</p> <p>bb) In Satz 2 wird das Wort „Technik“ durch das Wort „Technologien“ ersetzt.</p> <p>c) Absatz 3 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Die Frequenzzuteilung kann Hinweise darauf enthalten, welche Parameter die Bundesnetzagentur den Festlegungen zu Art und Umfang der Frequenznutzung bezüglich der Empfangsanlagen zu Grunde gelegt hat.“</p>	<p>57. un verändert</p>
<p>57. § 61 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 55 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 55 Absatz 10“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Grundsätzlich ist das in Absatz 4 geregelte Versteigerungsverfahren durchzuführen, es sei denn, dieses Verfahren ist nicht geeignet, die Regulierungsziele nach § 2 sicherzustellen. Dies kann insbesondere der Fall sein, wenn für die Frequenznutzung, für die die Funkfrequenzen unter Beachtung des Frequenzplanes verwendet werden dürfen, bereits Frequenzen ohne Versteigerungsverfahren</p>	<p>58. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>zugeteilt wurden oder wenn ein Antragsteller für die zuzuteilenden Frequenzen eine gesetzlich begründete Präferenz geltend machen kann. Für Frequenzen, die für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder vorgesehen sind, findet das in Absatz 4 geregelte Verfahren keine Anwendung.“</p> <p>c) Absatz 3 wird aufgehoben.</p> <p>d) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und Satz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 1 wird nach dem Wort „erfüllenden“ das Wort „subjektiven,“ eingefügt.</p> <p>bb) Nummer 2 wird wie folgt gefasst: „2. die Frequenznutzung, für die die zu vergebenden Frequenzen unter Beachtung des Frequenzplanes verwendet werden dürfen,“.</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und folgende Sätze werden angefügt: „Der Versteigerung geht ein Verfahren voraus, in dem die Zulassung zur Versteigerung schriftlich zu beantragen ist. Die Bundesnetzagentur entscheidet über die Zulassung durch schriftlichen Bescheid. Der Antrag auf Zulassung ist abzulehnen, wenn der Antragsteller nicht darlegt und nachweist, dass er die nach Absatz 3 Satz 2 festgelegten und die nach § 55 Absatz 5 bestehenden Voraussetzungen erfüllt.“</p> <p>f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5 und wird wie folgt gefasst: „(5) Im Fall der Ausschreibung bestimmt die Bundesnetzagentur vor Durchführung des Vergabeverfahrens die Kriterien, nach denen die Eignung der Bewerber bewertet wird. Kriterien sind die Zuverlässigkeit, Fachkunde und Leistungsfähigkeit der Bewerber, die Eignung von vorzulegenden Planungen für die Nutzung der ausgeschriebenen Frequenzen, die Förderung eines nachhaltig wettbewerbsorientierten Marktes und der räumliche Versorgungsgrad. Bei ansonsten gleicher Eignung ist derjenige Bewerber auszuwählen, der einen höheren räumlichen Versorgungsgrad mit den entsprechenden Telekommunikationsdiensten gewährleistet.“</p> <p>g) Die bisherigen Absätze 7 und 8 werden die Absätze 6 und 7.</p> <p>h) In dem neuen Absatz 7 Satz 1 werden die Angabe „Absatz 5“ durch die Angabe „Absatz 4“ und die Angabe „Absatz 6“ durch die Angabe „Absatz 5“ ersetzt.</p>	
<p>58. § 62 wird wie folgt geändert: a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:</p>	<p>59. unverändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p style="text-align: center;">„§ 62 Flexibilisierung“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Die Bundesnetzagentur kann nach Anhörung der betroffenen Kreise Frequenzbereiche zum Handel, zur Vermietung oder zur kooperativen, gemeinschaftlichen Nutzung (Frequenzpooling) freigeben, um flexible Frequenznutzungen zu ermöglichen. Sie legt die Rahmenbedingungen und das Verfahren fest.“</p> <p>c) Absatz 2 wird wie folgt geändert: aa) Satz 1 wird wie folgt geändert: aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1 werden nach dem Wort „Verfahren“ die Wörter „für den Handel“ gestrichen. bbb) In Nummer 2 werden die Wörter „nach Frequenzhandel“ gestrichen. ccc) In Nummer 3 werden die Wörter „auf dem sachlich und räumlich relevanten Markt“ gestrichen. bb) In Satz 2 werden die Wörter „für den Frequenzhandel“ gestrichen.</p> <p>d) Absatz 3 wird wie folgt gefasst: „(3) Erlöse, die aus Maßnahmen nach Absatz 1 erzielt werden, stehen abzüglich der Verwaltungskosten demjenigen zu, der seine Frequenznutzungsrechte Dritten überträgt oder zur Nutzung oder Mitbenutzung überlässt.“</p>	
<p>59. § 63 wird wie folgt geändert: a) Die bisherigen Absätze 1 und 2 werden durch folgenden Absatz 1 ersetzt: „(1) Eine Frequenzzuteilung kann widerrufen werden, wenn nicht innerhalb eines Jahres nach der Zuteilung mit der Nutzung der Frequenz im Sinne des mit der Zuteilung verfolgten Zwecks begonnen wurde oder wenn die Frequenz länger als ein Jahr nicht im Sinne des mit der Zuteilung verfolgten Zwecks genutzt worden ist. Die Frequenzzuteilung kann neben den Fällen des § 49 Absatz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes auch widerrufen werden, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. eine der Voraussetzungen nach § 55 Absatz 5 und § 57 Absatz 4 bis 6 nicht mehr gegeben ist, 2. einer Verpflichtung, die sich aus der Frequenzzuteilung ergibt, schwer oder wiederholt zuwidergehandelt oder trotz Aufforderung nicht nachgekommen wird, 3. nach der Frequenzzuteilung Wettbewerbsverzerrungen wahrscheinlich sind oder 	<p>60. § 63 wird wie folgt gefasst: a) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>4. durch eine Änderung der Eigentumsverhältnisse in der Person des Inhabers der Frequenzzuteilung eine Wettbewerbsverzerrung zu besorgen ist.</p> <p>Die Frist bis zum Wirksamwerden des Widerrufs muss angemessen sein. Sofern Frequenzen für die Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder betroffen sind, stellt die Bundesnetzagentur auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen das Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde her.“</p> <p>b) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 2 und Satz 2 wird wie folgt gefasst: „Wenn bei einer Frequenz nach Satz 1 eine oder alle rundfunkrechtlichen Festlegungen nach Satz 1 entfallen sind und innerhalb von sechs Monaten keine neue rundfunkrechtliche Festlegung erteilt wird, kann die Bundesnetzagentur im Benehmen mit der zuständigen Landesbehörde dem bisherigen Inhaber diese Frequenz zuteilen mit eingeschränkter Verpflichtung oder ohne Verpflichtung zur Übertragung von Rundfunk im Zuständigkeitsbereich der Länder nach Maßgabe des Frequenzplanes, auch wenn dies nicht dem vorherigen Vergabeverfahren entspricht.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 4 wird Absatz 3 und die Wörter „Absätzen 2 und 3“ werden durch die Wörter „Absätzen 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefasst: „(4) Die Bundesnetzagentur soll Frequenzzuteilungen für den analogen Hörfunk auf Ultrakurzwelle auf der Grundlage der rundfunkrechtlichen Festlegungen der zuständigen Landesbehörde nach Maßgabe des Frequenzplanes mit Ablauf des 31. Dezember 2015 widerrufen. Auf Antrag des bisherigen Zuteilungsinhabers kann die Bundesnetzagentur die Frequenzzuteilungen bis zu zehn Jahren verlängern. Die Verbreitung von digitalen Empfangsgeräten auf dem Markt ist hierbei zu berücksichtigen.“</p> <p>e) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 5.</p>	<p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefasst: „(4) Frequenzzuteilungen für den analogen Hörfunk auf Ultrakurzwelle, die zum 31. Dezember 2015 befristet sind, sollen entsprechend § 57 Absatz 1 Satz 8 von der Bundesnetzagentur bis zum Ende der Zuweisung von Übertragungskapazitäten nach Landesrecht, längstens jedoch um zehn Jahre verlängert werden, sofern der Inhalteanbieter dem zustimmt. Nicht zu diesem Zeitpunkt befristete Zuteilungen sollen widerrufen werden, wenn ein nach § 57 Absatz 1 Satz 8 vom Inhalteanbieter ausgewählter Sendernetzbetreiber auf Antrag die Zuteilung an ihn verlangen kann. Für die Widerrufsentscheidung gilt § 63 Absatz 1 Satz 4 entsprechend. Für das Wirksamwerden des Widerrufs ist eine angemessene Frist von mindestens drei Monaten, frühestens jedoch der 31. Dezember 2015 vorzusehen.“</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>60. Dem § 66 wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Ist im Vergabeverfahren für generische Domänen oberster Stufe für die Zuteilung oder</p>	<p>61. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Verwendung einer geografischen Bezeichnung, die mit dem Namen einer Gebietskörperschaft identisch ist, eine Einverständniserklärung oder Unbedenklichkeitsbescheinigung durch eine deutsche Regierungs- oder Verwaltungsstelle erforderlich, obliegt die Entscheidung über die Erteilung des Einverständnisses oder die Ausstellung einer Unbedenklichkeitsbescheinigung der nach dem jeweiligen Landesrecht zuständigen Stelle. Weisen mehrere Gebietskörperschaften identische Namen auf, liegt die Entscheidungsbezugnis bei der Gebietskörperschaft, die nach der Verkehrsauffassung die größte Bedeutung hat.“</p>	
	<p>62. § 66b wird wie folgt gefasst:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Absatz 1 wird wie folgt geändert: <ul style="list-style-type: none"> aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Premium-Dienste“ die Wörter „und für sprachgestützte Betreiberauswahl“ eingefügt. bb) Nach Satz 3 wird folgender Satz eingefügt: „Beim Einsatz von Warteschleifen nach § 66g Absatz 1 Nummer 5 stellt weder der Beginn noch das Ende der Warteschleife eine Änderung des Preises im Sinne des Satzes 3 dar, wenn der vom Endnutzer im Sinne des Satzes 1 zu zahlende Preis für den Tarifabschnitt nach der Warteschleife unverändert gegenüber dem Preis für den Tarifabschnitt vor der Warteschleife ist.“ cc) In den Sätzen 5 und 6 wird jeweils die Angabe „3“ durch die Angabe „4“ ersetzt. b) In Absatz 3 Satz 2 wird nach der Angabe „Satz 3“ die Angabe „und 4“ eingefügt. c) In Absatz 4 Satz 1 wird die Angabe „5“ durch die Angabe „6“ ersetzt.
<p>61. Dem § 66d wird folgender Absatz 5 angefügt: „(5) Der Preis für Anrufe in den und aus dem Europäischen Telefonnummerierungsraum (ETNS) muss mit dem jeweils geltenden Höchstpreis für Auslandsanrufe in andere oder aus anderen Mitgliedstaaten vergleichbar sein. Die Einzelheiten regelt die Bundesnetzagentur durch Verfügung im Amtsblatt.“</p>	<p>63. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>62. Nach § 66f wird folgender § 66g eingefügt: „§ 66g Warteschleifen (1) Warteschleifen dürfen nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist: 1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Ruf-</p>	<p>64. Nach § 66f wird folgender § 66g eingefügt: „§ 66g Warteschleifen (1) Warteschleifen dürfen nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen erfüllt ist: 1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Ruf-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>nummer,</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer, 3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017), 4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung oder 5. der <i>Angerufene</i> trägt die Kosten des Anrufs für die Dauer der Warteschleife, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen. <p>(2) Beim Einsatz einer Warteschleife, die nicht unter Absatz 1 Nummer 1 bis 3 fällt, hat der Angerufene sicherzustellen, dass der Anrufende mit Beginn der Warteschleife über ihre voraussichtliche Dauer und, unbeschadet der §§ 66a bis 66c, darüber informiert wird, ob für den Anruf ein Festpreis gilt oder der Angerufene gemäß Absatz 1 Nummer 5 die Kosten des Anrufs für die Dauer der Warteschleife trägt.“</p>	<p>nummer,</p> <ol style="list-style-type: none"> 2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer oder einer Rufnummer, die die Bundesnetzagentur den ortsgebundenen Rufnummern nach Absatz 3 gleichgestellt hat, 3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017), 4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung oder 5. der Anruf ist für die Dauer der Warteschleife für den Anrufer kostenfrei, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen. <p>(2) Beim ersten Einsatz einer Warteschleife im Rahmen des Anrufs, die nicht unter Absatz 1 Nummer 1 bis 3 fällt, hat der Angerufene sicherzustellen, dass der Anrufende mit Beginn der Warteschleife über ihre voraussichtliche Dauer und, unbeschadet der §§ 66a bis 66c, darüber informiert wird, ob für den Anruf ein Festpreis gilt oder der Anruf gemäß Absatz 1 Nummer 5 für die Dauer des Einsatzes dieser Warteschleife für den Anrufer kostenfrei ist. Die Ansage kann mit Beginn der Bearbeitung vorzeitig beendet werden.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur stellt auf Antrag des Zuteilungnehmers Rufnummern den ortsgebundenen Rufnummern nach Absatz 1 Nummer 2 in Bezug auf den Einsatz von Warteschleifen gleich, wenn</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Angerufene vom Anrufer weder unmittelbar noch mittelbar über den Anbieter von Telekommunikationsdiensten ein Entgelt für den Anruf zu dieser Nummer erhält und Anrufe zu dieser Nummer in der Regel von den am Markt verfügbaren Pauschaltarifen erfasst sind, und 2. die Tarifierung dieser Rufnummer auch im Übrigen keine abweichende Behandlung gegenüber den ortsgebundenen Rufnummern rechtfertigt.“
<p>63. Der bisherige § 66g wird § 66h und wird wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> a) In Nummer 1 werden nach dem Wort „informiert“ die Wörter „oder eine auf Grund des § 45n Absatz 4 Nummer 1 im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassene Regelung nicht erfüllt“ eingefügt. b) In Nummer 2 werden nach dem Wort „erfolgt“ die Wörter „oder eine auf Grund des § 45n Absatz 4 Nummer 1 im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassene Regelung nicht erfüllt wurde“ eingefügt. 	<p>65. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>c) In Nummer 6 wird das Wort „oder“ durch ein Komma ersetzt.</p> <p>d) In Nummer 7 wird der Punkt am Ende durch das Wort „oder“ ersetzt.</p> <p>e) Folgende Nummer 8 wird angefügt: „8. der Angerufene entgegen § 66g Absatz 1 während des Anrufs eine oder mehrere Warteschleifen einsetzt oder die Angaben nach § 66g Absatz 2 nicht, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig gemacht werden. In diesen Fällen entfällt die Entgeltzahlungspflicht des Anrufers für den gesamten Anruf.“</p>	
<p>64. Der bisherige § 66h wird § 66i und wird wie folgt gefasst:</p> <p style="text-align: center;">„§ 66i</p> <p>Auskunftsanspruch, Datenbank für (0)900er-Rufnummern</p> <p>(1) Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann in Textform von der Bundesnetzagentur Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen verlangen, der eine Nummer von der Bundesnetzagentur zugeteilt bekommen hat. Die Auskunft soll unverzüglich nach Eingang der Anfrage nach Satz 1 erteilt werden.</p> <p>(2) Alle zugeteilten (0)900er-Rufnummern werden in einer Datenbank bei der Bundesnetzagentur erfasst. Diese Datenbank ist mit Angabe des Namens und mit der ladungsfähigen Anschrift des Diensteanbieters, bei Diensteanbietern mit Sitz im Ausland zusätzlich der ladungsfähigen Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland, im Internet zu veröffentlichen. Jedermann kann in Textform von der Bundesnetzagentur Auskunft über die in der Datenbank gespeicherten Daten verlangen.</p> <p>(3) Jeder, der ein berechtigtes Interesse daran hat, kann von demjenigen, dem von der Bundesnetzagentur Rufnummern für Massenverkehrsdienste, Neuartige Dienste oder Kurzwahldienste zugeteilt sind, unentgeltlich Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen verlangen, der über eine dieser Rufnummern Dienstleistungen anbietet, oder die Mitteilung verlangen, an wen die Rufnummer gemäß § 46 des Telekommunikationsgesetzes übertragen wurde. Bei Kurzwahlnummern, die nicht von der Bundesnetzagentur zugeteilt wurden, besteht der Anspruch gegenüber demjenigen, in dessen Netz die Kurzwahlnummer geschaltet ist. Bei gemäß § 46 übertragenen Rufnummern besteht der Anspruch auf Auskunft über den Namen und die ladungsfähige Anschrift desjenigen, der über eine Rufnummer Dienstleistungen anbietet, gegenüber</p>	<p>66. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
dem Anbieter, zu dem die Rufnummer übertragen wurde. Die Auskünfte nach den Sätzen 1 bis 3 sollen innerhalb von zehn Werktagen nach Eingang der in Textform gestellten Anfrage erteilt werden. Die Auskunftspflichtigen haben die Angabe bei ihren Kunden zu erheben und aktuell zu halten.“	
65. Der bisherige § 66i wird § 66j.	67. un verändert
66. Der bisherige § 66j wird § 66k und in Absatz 2 Satz 1 und 2 wird jeweils das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ ersetzt.	68. un verändert
67. Der bisherige § 66k wird § 66l.	69. un verändert
68. Der bisherige § 66l wird § 66m und wird wie folgt gefasst: <p style="text-align: center;">„§ 66m Umgehungsverbot</p> Die Vorschriften der §§ 66a bis 66l oder die auf Grund des § 45n Absatz 4 Nummer 1 im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassenen Regelungen sind auch dann anzuwenden, wenn versucht wird, sie durch anderweitige Gestaltungen zu umgehen.“	70. un verändert
69. § 67 Absatz 2 wird wie folgt geändert: In Satz 1 werden nach der Angabe „§§ 66a und 66b“ die Wörter „oder der auf Grund des § 45n Absatz 4 Nummer 1 im Rahmen einer Rechtsverordnung erlassenen Regelungen“ eingefügt.	71. un verändert
	72. § 68 Absatz 2 wird wie folgt gefasst: „(2) Telekommunikationslinien sind so zu unterrichten und zu unterhalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügen. Beim Träger der Straßenbaulast kann beantragt werden, Glasfaserleitungen oder Leerrohrsysteme, die der Aufnahme von Glasfaserleitungen dienen, in Abweichung der Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien (ATB) im Wege des Micro- oder Minitrenching zu verlegen. Dem Antrag ist stattzugeben, wenn 1. die Verringerung der Verlegetiefe nicht zu einer wesentlichen Beeinträchtigung des Schutzniveaus und

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>2. nicht zu einer wesentlichen Erhöhung des Erhaltungsaufwandes führt, oder</p> <p>3. der Antragsteller die durch eine mögliche wesentliche Beeinträchtigung entstehenden Kosten beziehungsweise den höheren Verwaltungsaufwand übernimmt.</p> <p>Satz 2 und 3 finden keine Anwendung auf die Verlegung von Glasfaserleitungen oder Leerrohrsystemen in Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebauten Bundesfernstraßen.“</p>
	<p>73. In § 69 Absatz 1 werden nach dem Wort „Betreiber“ die Wörter „oder Eigentümer“ eingefügt.</p>
	<p>74. § 76 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In der Überschrift werden nach dem Wort „Grundstücken“ die Wörter „und Gebäuden“ angefügt.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Der Eigentümer eines Grundstücks, das kein Verkehrsweg im Sinne des § 68 Absatz 1 Satz 2 ist, kann die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung von Telekommunikationslinien auf seinem Grundstück sowie den Anschluss der auf dem Grundstück befindlichen Gebäude an öffentliche Telekommunikationsnetze der nächsten Generation insoweit nicht verbieten, als</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. auf dem Grundstück einschließlich der Gebäudeanschlüsse eine durch ein Recht gesicherte Leitung oder Anlage auch die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung einer Telekommunikationslinie genutzt und hierdurch die Nutzbarkeit des Grundstücks nicht dauerhaft zusätzlich eingeschränkt wird oder 2. das Grundstück einschließlich der Gebäude durch die Benutzung nicht unzumutbar beeinträchtigt wird.“
<p>70. Nach § 77 wird folgender § 77a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze (1) Die Bundesnetzagentur kann die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt, sofern dieser außerhalb des Gebäudes</p>	<p>75. Nach § 77 werden die folgenden §§ 77a, b, c, d und e eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze (1) Die Bundesnetzagentur kann die gemeinsame Nutzung von Verkabelungen oder Kabelkanälen in Gebäuden oder bis zum ersten Konzentrations- oder Verteilerpunkt, sofern dieser</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>liegt, durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze folgenden Personen gegenüber anordnen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Telekommunikationsnetzbetreibern, die über eine Nutzungsberechtigung nach § 69 Absatz 1 in Verbindung mit § 68 Absatz 1 oder über eine sonstige Berechtigung verfügen, Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichen oder privaten Grundstücken zu errichten oder zu installieren, oder 2. Telekommunikationsnetzbetreibern, die ein Verfahren zur Enteignung oder Nutzung von Grundstücken in Anspruch nehmen können, oder 3. den Eigentümern von Verkabelungen. <p>Die Anordnung kann getroffen werden, wenn eine Vervielfachung der Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre. Vor dem Erlass der Anordnung gibt die Bundesnetzagentur allen interessierten Kreisen die Gelegenheit, innerhalb angemessener Zeit Stellung zu nehmen.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur setzt im Rahmen der Anordnung nach Absatz 1 eine angemessene Umlegung der Kosten einschließlich einer angemessenen Risikoanpassung fest.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur kann von den Telekommunikationsnetzbetreibern <i>und</i> von Unternehmen, die über Einrichtungen verfügen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, diejenigen Informationen verlangen, die für die Erstellung eines detaillierten Verzeichnisses über Art, Verfügbarkeit und geografische Lage dieser Einrichtungen erforderlich sind. Zu den Einrichtungen nach Satz 1 zählen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte und Verteilerkästen. Betrifft eine nach Satz 1 zu erteilende Information eine Einrichtung, bei deren Ausfall die Versorgung der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt wird, ist von einer Aufnahme in das Verzeichnis abzusehen. Das Verzeichnis kann Interessenten zur Verfügung gestellt werden, falls die von der Bundesnetzagentur festgelegten Bedingungen für eine Einsichtnahme erfüllt sind. Dabei sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.</p> <p>(4) Die von der Bundesnetzagentur getroffenen Maßnahmen nach den Absätzen 1 bis 3 müssen objektiv, transparent und verhältnismäßig sein und dürfen nicht diskriminieren.“</p>	<p>außerhalb des Gebäudes liegt, durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze folgenden Personen gegenüber anordnen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Telekommunikationsnetzbetreibern, die über eine Nutzungsberechtigung nach § 69 Absatz 1 in Verbindung mit § 68 Absatz 1 oder über eine sonstige Berechtigung verfügen, Einrichtungen auf, über oder unter öffentlichen oder privaten Grundstücken zu errichten oder zu installieren, oder 2. Telekommunikationsnetzbetreibern, die ein Verfahren zur Enteignung oder Nutzung von Grundstücken in Anspruch nehmen können, oder 3. den Eigentümern von Verkabelungen oder Kabelkanälen. <p>Die Anordnung kann getroffen werden, wenn eine Vervielfachung der Infrastruktur wirtschaftlich ineffizient oder praktisch unmöglich wäre. Vor dem Erlass der Anordnung gibt die Bundesnetzagentur allen interessierten Kreisen die Gelegenheit, innerhalb angemessener Zeit Stellung zu nehmen.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur setzt im Rahmen der Anordnung nach Absatz 1 ein angemessenes Entgelt, das auch eine angemessene Risikoanpassung enthalten kann, fest.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur kann von den Telekommunikationsnetzbetreibern sowie von Unternehmen und von juristischen Personen des öffentlichen Rechts, die über Einrichtungen verfügen, die zu Telekommunikationszwecken genutzt werden können, diejenigen Informationen verlangen, die für die Erstellung eines detaillierten Verzeichnisses über Art, Verfügbarkeit und geografische Lage dieser Einrichtungen erforderlich sind. Zu den Einrichtungen nach Satz 1 zählen unter anderem Gebäude, Gebäudezugänge, Verkabelungen oder Kabelkanäle in Gebäuden, Masten, Antennen, Türme und andere Trägerstrukturen, Leitungsrohre, Leerrohre, Einstiegsschächte und Verteilerkästen. Betrifft eine nach Satz 1 zu erteilende Information eine Einrichtung, bei deren Ausfall die Versorgung der Bevölkerung erheblich beeinträchtigt wird, ist von einer Aufnahme in das Verzeichnis abzusehen. Interessenten kann Einsicht in das Verzeichnis gewährt werden, falls die von der Bundesnetzagentur festgelegten Voraussetzungen für eine Einsichtnahme erfüllt sind. Dabei sind Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse zu wahren.</p> <p>(4) u n v e r ä n d e r t</p>
	§ 77b

Gesetzentwurf	Änderung
	<p style="text-align: center;">Alternative Infrastrukturen</p> <p>(1) Unternehmen und juristische Personen des öffentlichen Rechts, die über Einrichtungen verfügen, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können, sind verpflichtet, Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze auf schriftliche Anfrage ein Angebot zur Mitnutzung dieser Einrichtungen gegen ein angemessenes Entgelt zu unterbreiten.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so kann jeder Beteiligte binnen einer Frist von vier Wochen ab Zugang der Anfrage bei der Bundesnetzagentur durch einen Antrag ein Schlichtungsverfahren einleiten.</p> <p>(3) Im Rahmen des Schlichtungsverfahrens ist der Antragsgegner verpflichtet, binnen einer von der Bundesnetzagentur zu bestimmenden Frist seine Einwendungen gegen das Mitnutzungsrecht oder das vorgeschlagene Entgelt darzulegen. Hierauf kann der Antragsteller innerhalb einer ebenfalls von der Bundesnetzagentur zu bestimmenden Frist antworten. Die Bundesnetzagentur kann die Beteiligten im Interesse einer gütlichen Einigung anhören. Ist eine Einigung nicht möglich, trifft die Bundesnetzagentur unter Abwägung der beiderseitigen Interessen eine Entscheidung (Schlichterspruch). Die Beteiligten sind zur Annahme des Schlichterspruchs nicht verpflichtet. Im Übrigen gilt für das Schlichtungsverfahren die Schlichtungsordnung der Bundesnetzagentur entsprechend.“</p>
	<p style="text-align: center;">§ 77c</p> <p style="text-align: center;">Mitnutzung von Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes</p> <p>(1) Der Bund als Träger der Straßenbaulast nach § 5 Bundesfernstraßengesetz hat auf schriftliche Anfrage den Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die Mitnutzung der Teile einer Bundesfernstraße zu gestatten, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt. Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Trägers der Straßenbaulast. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig ge-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>macht werden. Die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten regeln. § 8 Bundesfernstraßengesetz bleibt unberührt. Für die Mitnutzung kann ein kostendeckendes Entgelt verlangt werden.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so gilt das Verfahren nach § 133 Absatz 1 und 4 entsprechend.</p> <p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt der Bundesnetzagentur die für die Bearbeitung des Mitnutzungsantrags nach Absatz 1 zuständige Stelle mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Angaben im Amtsblatt und auf ihrer Internetseite.</p>
	<p style="text-align: center;">§ 77d Mitnutzung von Bundeswasserstraßen</p> <p>(1) Der Bund als Eigentümer der Bundeswasserstraßen hat auf schriftliche Anfrage den Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die Mitnutzung der Teile einer Bundeswasserstraße zu gestatten, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt. Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Eigentümers. Die Zustimmung kann mit Nebenbestimmungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Nebenbestimmungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten regeln. Für die Mitnutzung kann ein kostendeckendes Entgelt verlangt werden.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so gilt das Verfahren nach § 133 Absatz 1 und 4 entsprechend.</p> <p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt der Bundesnetzagentur die für die Bearbeitung des Mitnutzungsantrags nach Absatz 1 zuständige Stelle mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Angaben im Amtsblatt und auf ih-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	rer Internetseite.
	<p style="text-align: center;">§ 77e</p> <p>Mitnutzung von Eisenbahninfrastruktur</p> <p>(1) Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die sich überwiegend in der Hand des Bundes oder eines mehrheitlich dem Bund gehörenden Unternehmens befinden, haben auf schriftliche Anfrage Betreibern öffentlicher Telekommunikationsnetze die Mitnutzung der Teile der Eisenbahninfrastruktur zu gestatten, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Die Mitnutzung ist so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt. Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Eisenbahninfrastrukturunternehmens. Die Zustimmung kann mit Bedingungen versehen werden, die diskriminierungsfrei zu gestalten sind; die Zustimmung kann außerdem von der Leistung einer angemessenen Sicherheit abhängig gemacht werden. Die Bedingungen dürfen nur die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten regeln, um die Beeinträchtigung des Eisenbahnbetriebs weitestgehend zu reduzieren. Für die Mitnutzung kann ein kostendeckendes Entgelt verlangt werden.</p> <p>(2) Kommt zwischen den Beteiligten eine Einigung nicht zustande, so gilt das Verfahren nach § 133 Absatz 1 und 4 entsprechend. Die zuständige Eisenbahnaufsichtsbehörde ist Beteiligte im Verfahren.</p> <p>(3) Das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung teilt der Bundesnetzagentur die für Mitnutzungsanfragen nach Absatz 1 zuständige Stelle mit. Die Bundesnetzagentur veröffentlicht diese Angaben im Amtsblatt und auf ihrer Internetseite.“</p>
<p>71. § 78 Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Nummer 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„1. der Anschluss an ein öffentliches Telekommunikationsnetz an einem festen Standort, der Gespräche, Telefaxübertragungen und die Datenkommunikation mit Übertragungsraten ermöglicht, die für einen funktionalen Internetzugang ausreichen.“</p> <p>b) Nach Nummer 1 wird folgende Nummer 2 eingefügt:</p>	<p>76. § 78 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>„2. der Zugang zu öffentlich zugänglichen Telefondiensten über den in Nummer 1 genannten Netzanschluss.“</p> <p>c) Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden die Nummern 3 und 4.</p> <p>d) Die bisherige Nummer 4 wird Nummer 5 und nach dem Wort „Kartentelefonen“ werden die Wörter „oder anderer Zugangspunkte für den öffentlichen Sprachtelefondienst“ eingefügt.</p> <p>e) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6.</p>	<p>c) un verändert</p> <p>d) un verändert</p> <p>e) Die bisherige Nummer 5 wird Nummer 6 und wie folgt gefasst: „6. die Möglichkeit, von allen öffentlichen Münz- oder Kartentelefonen unentgeltlich und ohne Verwendung eines Zahlungsmittels Notrufe durch einfache Handhabung mit den Notrufnummern 110 und 112 durchzuführen.“</p>
<p>72. § 79 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 1 Satz 1 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 1 und 2“ ersetzt.</p> <p>b) In Absatz 2 wird die Angabe „§ 78 Abs. 2 Nr. 2 bis 4“ durch die Wörter „§ 78 Absatz 2 Nummer 3 bis 5“ ersetzt.</p>	<p>77. un verändert</p>
<p>73. In § 84 Absatz 3 Satz 2 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 7. März 2002 über den Universaldienst und Nutzerrechte bei elektronischen Kommunikationsnetzen und -diensten (Universaldienststrichtlinie) (ABl. EG Nr. L 108 S. 51)“ gestrichen.</p>	<p>78. un verändert</p>
	<p>79. In § 88 Absatz 4 werden die Wörter „Fahrzeugs für Seefahrt oder Luftfahrt“ durch die Wörter „Wasser- oder Luftfahrzeugs“ ersetzt.</p>
<p>74. § 90 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst: „§ 90 Missbrauch von Sende- oder sonstigen Telekommunikationsanlagen“.</p> <p>b) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach dem Wort „Sendeanlagen“ die Wörter „oder sonstige Telekommunikationsanlagen“, nach den Wörtern „dieser Umstände“ die Wörter „oder auf Grund ihrer Funktionsweise“ und nach dem Wort „geeignet“ die Wörter „und dazu bestimmt“ eingefügt.</p> <p>bb) Satz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aaa) In dem Satzteil vor Nummer 1</p>	<p>80. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>werden das Wort „Sendeanlagen“ durch das Wort „Anlagen“ und das Wort „Sendeanlage“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.</p> <p>bbb) In den Nummern 2 und 7 wird jeweils das Wort „Sendeanlage“ durch das Wort „Anlage“ ersetzt.</p> <p>c) In Absatz 2 Satz 2 werden nach dem Wort „Sendeanlagen“ die Wörter „oder sonstigen Telekommunikationsanlagen“ eingefügt.</p> <p>d) In Absatz 3 werden nach dem Wort „Sendeanlagen“ die Wörter „oder sonstige Telekommunikationsanlagen“ eingefügt und werden die Wörter „die Anlagen“ durch das Wort „sie“ ersetzt.</p>	
<p>75. § 91 wird wie folgt geändert: In Absatz 1 Satz 1 werden nach den Wörtern „geschäftsmäßig Telekommunikationsdienste“ die Wörter „in Telekommunikationsnetzen, einschließlich Telekommunikationsnetzen, die Datenerfassungs- und Identifizierungsgeräte unterstützen,“ eingefügt.</p>	<p>81. un verändert</p>
<p>76. § 92 wird aufgehoben.</p>	<p>82. un verändert</p>
<p>77. § 93 Absatz 3 wird wie folgt gefasst: „(3) Im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten haben die betroffenen Teilnehmer oder Personen die Rechte aus § 109a Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit Absatz 2.“</p>	<p>83. un verändert</p>
<p>78. In § 95 Absatz 2 Satz 1 werden die Wörter „zur Versendung von Informationen nach § 98 Abs. 1 Satz 3,“ gestrichen.</p>	<p>84. un verändert</p>
<p>79. In § 96 Absatz 3 Satz 1 werden die Wörter „Telekommunikationsdienstes für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienstes“ ersetzt und nach den Wörtern „von Diensten mit Zusatznutzen“ die Wörter „im dazu erforderlichen Maß und“ eingefügt.</p>	<p>85. un verändert</p>
<p>80. § 97 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 2 werden das Wort „Telefonnetz“ durch das Wort „Telekommunikationsnetz“ und das Wort „Telefonnetzes“ durch das Wort „Telekommunikationsnetzes“ er-</p>	<p>86. § 97 wird wie folgt gefasst: a) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>setzt.</p> <p>b) In Absatz 3 Satz 3 werden die Wörter „ , , soweit sie nicht nach § 113a zu speichern sind“ gestrichen.</p> <p>c) <i>In Absatz 4 wird folgender Satz 2 angefügt:</i> <i>„Diese Daten dürfen maximal drei Monate nach Versendung der Rechnung gespeichert werden.“</i></p>	<p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) e n t f ä l l t</p>
<p>81. § 98 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Standortdaten, die in Bezug auf die Nutzer von öffentlichen Telekommunikationsnetzen oder öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten verwendet werden, dürfen nur im zur Bereitstellung von Diensten mit Zusatznutzen erforderlichen Umfang und innerhalb des dafür erforderlichen Zeitraums verarbeitet werden, wenn sie anonymisiert wurden oder wenn der Teilnehmer dem Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen seine Einwilligung erteilt hat. In diesen Fällen hat der Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen bei jeder Feststellung des Standortes des Mobilfunkendgerätes den Nutzer durch eine Textmitteilung an das Endgerät, dessen Standortdaten ermittelt wurden, zu informieren. Dies gilt nicht, wenn der Standort nur auf dem Endgerät angezeigt wird, dessen Standortdaten ermittelt wurden. Werden die Standortdaten für einen Dienst mit Zusatznutzen verarbeitet, der die Übermittlung von Standortdaten eines Mobilfunkendgerätes an einen anderen Teilnehmer oder Dritte, die nicht Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen sind, zum Gegenstand hat, muss der Teilnehmer abweichend von § 94 seine Einwilligung ausdrücklich, gesondert und schriftlich gegenüber dem Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen erteilen. In diesem Fall gilt die Verpflichtung nach Satz 2 entsprechend für den Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen. Der Anbieter des Dienstes mit Zusatznutzen darf die erforderlichen Bestandsdaten zur Erfüllung seiner Verpflichtung aus Satz 2 nutzen. Der Teilnehmer muss Mitbenutzer über eine erteilte Einwilligung unterrichten. Eine Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden.“</p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Übermittlung von Standortdaten ausgeschlossen wird.“</p>	<p>87. § 98 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(3) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 oder 116 117 erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Übermittlung von Standortdaten ausgeschlossen wird.“</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>82. In § 100 werden die Absätze 2 und 3 wie folgt gefasst:</p> <p>„(2) Zur Durchführung von Umschaltungen sowie zum Erkennen und Eingrenzen von Störungen im Netz ist dem Betreiber der Telekommunikationsanlage oder seinem Beauftragten das Aufschalten auf bestehende Verbindungen erlaubt, soweit dies betrieblich erforderlich ist. Eventuelle, bei der Aufschaltung erstellte Aufzeichnungen sind unverzüglich zu löschen. Das Aufschalten muss den betroffenen Kommunikationsteilnehmern durch ein akustisches oder sonstiges Signal zeitgleich angezeigt und ausdrücklich mitgeteilt werden. Sofern dies technisch nicht möglich ist, muss der betriebliche Datenschutzbeauftragte unverzüglich detailliert über die Verfahren und Umstände jeder einzelnen Maßnahme informiert werden. Diese Informationen sind beim betrieblichen Datenschutzbeauftragten für zwei Jahre aufzubewahren.</p> <p>(3) Wenn tatsächliche Anhaltspunkte für die rechtswidrige Inanspruchnahme eines Telekommunikationsnetzes oder -dienstes vorliegen, muss der Diensteanbieter <i>diese dokumentieren</i>. Zur Sicherung seines Entgeltanspruchs darf er die Bestandsdaten und Verkehrsdaten verwenden, die erforderlich sind, um die rechtswidrige Inanspruchnahme des Telekommunikationsnetzes oder -dienstes aufzudecken und zu unterbinden. Der Diensteanbieter darf die nach § 96 erhobenen Verkehrsdaten in der Weise verwenden, dass aus dem Gesamtbestand aller Verkehrsdaten, die nicht älter als sechs Monate sind, die Daten derjenigen Verbindungen des Netzes ermittelt werden, für die tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Telekommunikationsnetzen und -diensten begründen. Der Diensteanbieter darf aus den <i>nach Satz 2 erhobenen</i> Verkehrsdaten und Bestandsdaten einen pseudonymisierten Gesamtdatenbestand bilden, der Aufschluss über die von einzelnen Teilnehmern erzielten Umsätze gibt und unter Zugrundelegung geeigneter <i>Missbrauchskriterien</i> das Auffinden solcher Verbindungen des Netzes ermöglicht, bei denen der Verdacht einer <i>missbräuchlichen</i> Inanspruchnahme besteht. Die Daten anderer Verbindungen sind unverzüglich zu löschen. Die Bundesnetzagentur und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz sind über die Einführung und Änderung eines Verfahrens nach Satz 2 unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“</p>	<p>88. In § 100 werden die Absätze 2 und 3 wie folgt gefasst:</p> <p>(2) u n v e r ä n d e r t</p> <p>„(3) Wenn zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte für die rechtswidrige Inanspruchnahme eines Telekommunikationsnetzes oder -dienstes vorliegen, insbesondere für eine Leistungerschleichung oder einen Betrug, darf der Diensteanbieter zur Sicherung seines Entgeltanspruchs die Bestandsdaten und Verkehrsdaten verwenden, die erforderlich sind, um die rechtswidrige Inanspruchnahme des Telekommunikationsnetzes oder -dienstes aufzudecken und zu unterbinden. Der Diensteanbieter darf die nach § 96 erhobenen Verkehrsdaten in der Weise verwenden, dass aus dem Gesamtbestand aller Verkehrsdaten, die nicht älter als sechs Monate sind, die Daten derjenigen Verbindungen des Netzes ermittelt werden, für die tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht der rechtswidrigen Inanspruchnahme von Telekommunikationsnetzen und -diensten begründen. Der Diensteanbieter darf aus den Verkehrsdaten und Bestandsdaten nach Satz 1 einen pseudonymisierten Gesamtdatenbestand bilden, der Aufschluss über die von einzelnen Teilnehmern erzielten Umsätze gibt und unter Zugrundelegung geeigneter Kriterien das Auffinden solcher Verbindungen des Netzes ermöglicht, bei denen der Verdacht einer rechtswidrigen Inanspruchnahme besteht. Die Daten anderer Verbindungen sind unverzüglich zu löschen. Die Bundesnetzagentur und der Bundesbeauftragte für den Datenschutz sind über die Einführung und Änderung eines Verfahrens nach Satz 1 unverzüglich in Kenntnis zu setzen.“</p>
	<p>89. § 102 Absatz 2 wird wie folgt gefasst:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
	<p>„(2) Abweichend von Absatz 1 Satz 1 dürfen Anrufende bei Werbung mit einem Telefonanruf ihre Rufnummernanzeige nicht unterdrücken oder bei dem Diensteanbieter veranlassen, dass diese unterdrückt wird; der Anrufer hat sicherzustellen, dass dem Angerufenen die dem Anrufer zugeteilte Rufnummer übermittelt wird.“</p>
<p>83. § 102 Absatz 8 wird wie folgt gefasst: „(8) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Anzeige von Nummern der Anrufenden ausgeschlossen wird.“</p>	<p>90. § 102 Absatz 8 wird wie folgt gefasst: „(8) Bei Verbindungen zu Anschlüssen, die unter der Notrufnummer 112 oder 110 oder der Rufnummer 124 124 oder 116 117 erreicht werden, hat der Diensteanbieter sicherzustellen, dass nicht im Einzelfall oder dauernd die Anzeige von Nummern der Anrufenden ausgeschlossen wird.“</p>
<p>84. § 108 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans bereitstellt, hat Vorkehrungen zu treffen, damit Endnutzern unentgeltliche Verbindungen möglich sind, die entweder durch die Wahl der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 oder der zusätzlichen nationalen Notrufnummer 110 oder durch das Aussenden entsprechender Signalisierungen eingeleitet werden (Notrufverbindungen). Wer derartige öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, den Zugang zu solchen Diensten ermöglicht oder Telekommunikationsnetze betreibt, die für diese Dienste einschließlich der Durchleitung von Anrufen genutzt werden, hat gemäß Satz 4 sicherzustellen oder im notwendigen Umfang daran mitzuwirken, dass Notrufverbindungen unverzüglich zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt werden, und er hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit Notrufverbindungen jederzeit möglich sind. Die Diensteanbieter nach den Sätzen 1 und 2 haben gemäß Satz 6 sicherzustellen, dass der Notrufabfragestelle</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Rufnummer des Anschlusses, von dem die Notrufverbindung ausgeht, <i>mit der Notrufverbindung übermittelt wird</i> und 2. die Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht, <i>mit der Notrufverbindung übermittelt oder zeitgleich auf andere Weise bereitgestellt werden.</i> 	<p>91. § 108 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans bereitstellt, hat Vorkehrungen zu treffen, damit Endnutzern unentgeltliche Verbindungen möglich sind, die entweder durch die Wahl der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 oder der zusätzlichen nationalen Notrufnummer 110 oder durch das Aussenden entsprechender Signalisierungen eingeleitet werden (Notrufverbindungen). Wer derartige öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, den Zugang zu solchen Diensten ermöglicht oder Telekommunikationsnetze betreibt, die für diese Dienste einschließlich der Durchleitung von Anrufen genutzt werden, hat gemäß Satz 4 sicherzustellen oder im notwendigen Umfang daran mitzuwirken, dass Notrufverbindungen unverzüglich zu der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle hergestellt werden, und er hat alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, damit Notrufverbindungen jederzeit möglich sind. Die Diensteanbieter nach den Sätzen 1 und 2 haben gemäß Satz 6 sicherzustellen, dass der Notrufabfragestelle auch Folgendes mit der Notrufverbindung übermittelt wird:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Rufnummer des Anschlusses, von dem die Notrufverbindung ausgeht, und 2. die Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Notrufverbindungen sind vorrangig vor anderen Verbindungen herzustellen, sie stehen vorrangigen Verbindungen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz gleich. Daten, die nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 3 zur Verfolgung von Missbrauch des Notrufs erforderlich sind, dürfen auch verzögert an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die Übermittlung <i>oder Bereitstellung</i> der Daten nach den Sätzen 3 und 5 erfolgt unentgeltlich. Die für Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Diensteanbieter selbst.“</p> <p>b) Nach Absatz 1 wird folgender Absatz 2 eingefügt: „(2) Im Hinblick auf Notrufverbindungen, die durch sprach- oder hörbehinderte Endnutzer unter Verwendung eines Telefaxgerätes eingeleitet werden, gilt Absatz 1 entsprechend.“</p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und Satz 1 wird wie folgt geändert: aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst: „1. zu den Grundsätzen der Festlegung von Einzugsgebieten von Notrufabfragestellen und deren Unterteilungen durch die für den Notruf zuständigen Landes- und Kommunalbehörden sowie zu den Grundsätzen des Abstimmungsverfahrens zwischen diesen Behörden und den betroffenen Teilnehmernetzbetreibern und Mobilfunknetzbetreibern, soweit diese Grundsätze für die Herstellung von Notrufverbindungen erforderlich sind, 2. zur Herstellung von Notrufverbindungen zur jeweils örtlich zuständigen Notrufabfragestelle oder Ersatznotrufabfragestelle, 3. zum Umfang der für Notrufverbindungen zu erbringenden Leistungsmerkmale, einschließlich a) der <i>Bereitstellung und</i> Übermittlung der Daten nach Absatz 1 Satz 3 und b) zulässiger Abweichungen hinsichtlich der nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 <i>bereitzustellenden</i> Daten in unausweichlichen technisch bedingten Sonderfällen,“.</p> <p>bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst: „6. zu den Aufgaben der Bundesnetzagentur auf den in den Nummern 1</p>	<p>Notrufverbindungen sind vorrangig vor anderen Verbindungen herzustellen, sie stehen vorrangigen Verbindungen nach dem Post- und Telekommunikationssicherstellungsgesetz gleich. Daten, die nach Maßgabe der Rechtsverordnung nach Absatz 3 zur Verfolgung von Missbrauch des Notrufs erforderlich sind, dürfen auch verzögert an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die Übermittlung der Daten nach den Sätzen 3 und 5 erfolgt unentgeltlich. Die für Notrufverbindungen entstehenden Kosten trägt jeder Diensteanbieter selbst; die Entgeltlichkeit von Vorleistungen bleibt unberührt.“</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) Der bisherige Absatz 2 wird Absatz 3 und Satz 1 wird wie folgt geändert: aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst: „1. zu den Grundsätzen der Festlegung von Einzugsgebieten von Notrufabfragestellen und deren Unterteilungen durch die für den Notruf zuständigen Landes- und Kommunalbehörden sowie zu den Grundsätzen des Abstimmungsverfahrens zwischen diesen Behörden und den betroffenen Teilnehmernetzbetreibern und Mobilfunknetzbetreibern, soweit diese Grundsätze für die Herstellung von Notrufverbindungen erforderlich sind, 2. zur Herstellung von Notrufverbindungen zur jeweils örtlich zuständigen Notrufabfragestelle oder Ersatznotrufabfragestelle, 3. zum Umfang der für Notrufverbindungen zu erbringenden Leistungsmerkmale, einschließlich a) der Übermittlung der Daten nach Absatz 1 Satz 3 und b) zulässiger Abweichungen hinsichtlich der nach Absatz 1 Satz 3 Nummer 1 zu übermittelnden Daten in unausweichlichen technisch bedingten Sonderfällen,“.</p> <p>bb) Nummer 6 wird wie folgt gefasst: „6. zu den Aufgaben der Bundesnetzagentur auf den in den Nummern 1 bis 5</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>bis 5 aufgeführten Gebieten, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung von Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Satz 1 wird durch die folgenden Sätze ersetzt:</p> <p>„Die technischen Einzelheiten zu den in Absatz 3 Satz 1 Nummer 1 bis 5 aufgeführten Gegenständen, insbesondere die Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Angaben zu dem Standort, von dem die Notrufverbindung ausgeht, legt die Bundesnetzagentur in einer Technischen Richtlinie fest; dabei berücksichtigt sie die Vorschriften der Verordnung nach Absatz 3. Die Bundesnetzagentur erstellt die Richtlinie unter Beteiligung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Verbände der durch Absatz 1 Satz 1 und 2 und Absatz 2 betroffenen Diensteanbieter und Betreiber von Telekommunikationsnetzen, 2. der vom Bundesministerium des Innern benannten Vertreter der Betreiber von Notrufabfragestellen und 3. der Hersteller der in den Telekommunikationsnetzen und Notrufabfragestellen eingesetzten technischen Einrichtungen.“ <p>bb) In dem neuen Satz 3 wird das Wort „Dabei“ durch die Wörter „Bei den Festlegungen in der Technischen Richtlinie“ ersetzt.</p> <p>cc) In dem neuen Satz 4 werden nach dem Wort „Bundesnetzagentur“ die Wörter „auf ihrer Internetseite zu veröffentlichen; die Veröffentlichung hat die Bundesnetzagentur“ eingefügt.</p> <p>dd) In dem neuen Satz 5 werden die Wörter „Absatz 1 Satz 2“ durch die Wörter „Absatz 1 Satz 1 bis 3 und Absatz 2“ ersetzt.</p>	<p>aufgeführten Gebieten, insbesondere im Hinblick auf die Festlegung von Kriterien für die Genauigkeit und Zuverlässigkeit der Daten, die zur Ermittlung des Standortes erforderlich sind, von dem die Notrufverbindung ausgeht.“</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p>
<p>85. § 109 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„(1) Jeder Diensteanbieter hat erforderliche technische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zu treffen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zum Schutz des Fernmeldegeheimnisses 	<p>92. u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>und</p> <p>2. gegen die Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten. Dabei ist der Stand der Technik zu berücksichtigen.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst: „(2) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat bei den hierfür betriebenen Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen angemessene technische Vorkehrungen und sonstige Maßnahmen zu treffen</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zum Schutz gegen Störungen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen von Telekommunikationsnetzen und -diensten führen, auch soweit sie durch äußere Angriffe und Einwirkungen von Katastrophen bedingt sein können, und 2. zur Beherrschung der Risiken für die Sicherheit von Telekommunikationsnetzen und -diensten. <p>Insbesondere sind Maßnahmen zu treffen, um Telekommunikations- und Datenverarbeitungssysteme gegen unerlaubte Zugriffe zu sichern und Auswirkungen von Sicherheitsverletzungen für Nutzer oder für zusammenschaltete Netze so gering wie möglich zu halten. Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt, hat Maßnahmen zu treffen, um den ordnungsgemäßen Betrieb seiner Netze zu gewährleisten und dadurch die fortlaufende Verfügbarkeit der über diese Netze erbrachten Dienste sicherzustellen. Technische Vorkehrungen und sonstige Schutzmaßnahmen sind angemessen, wenn der dafür erforderliche technische und wirtschaftliche Aufwand nicht außer Verhältnis zur Bedeutung der zu schützenden Telekommunikationsnetze oder -dienste steht. § 11 Absatz 1 des Bundesdatenschutzgesetzes gilt entsprechend.“</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Bei gemeinsamer Nutzung eines Standortes oder technischer Einrichtungen hat jeder Beteiligte die Verpflichtungen nach den Absätzen 1 und 2 zu erfüllen, soweit bestimmte Verpflichtungen nicht einem bestimmten Beteiligten zugeordnet werden können.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4 und wird wie folgt gefasst: „(4) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat einen Sicherheitsbeauftragten zu benennen und ein Sicherheitskonzept zu erstellen, aus dem hervorgeht,</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>1. welches öffentliche Telekommunikationsnetz betrieben und welche öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienste erbracht werden,</p> <p>2. von welchen Gefährdungen auszugehen ist und</p> <p>3. welche technischen Vorkehrungen oder sonstigen Schutzmaßnahmen zur Erfüllung der Verpflichtungen aus den Absätzen 1 und 2 getroffen oder geplant sind.</p> <p>Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt, hat der Bundesnetzagentur das Sicherheitskonzept unverzüglich nach der Aufnahme des Netzbetriebs vorzulegen. Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, kann nach der Bereitstellung des Telekommunikationsdienstes von der Bundesnetzagentur verpflichtet werden, das Sicherheitskonzept vorzulegen. Mit dem Sicherheitskonzept ist eine Erklärung vorzulegen, dass die darin aufgezeigten technischen Vorkehrungen und sonstigen Schutzmaßnahmen umgesetzt sind oder unverzüglich umgesetzt werden. Stellt die Bundesnetzagentur im Sicherheitskonzept oder bei dessen Umsetzung Sicherheitsmängel fest, so kann sie deren unverzügliche Beseitigung verlangen. Sofern sich die dem Sicherheitskonzept zu Grunde liegenden Gegebenheiten ändern, hat der nach Satz 2 oder 3 Verpflichtete das Konzept anzupassen und der Bundesnetzagentur unter Hinweis auf die Änderungen erneut vorzulegen. Die Bundesnetzagentur kann die Umsetzung des Sicherheitskonzeptes überprüfen.“</p> <p>e) Folgende Absätze 5 bis 7 werden angefügt: „(5) Wer ein öffentliches Telekommunikationsnetz betreibt oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat der Bundesnetzagentur eine Sicherheitsverletzung einschließlich Störungen von Telekommunikationsnetzen oder -diensten unverzüglich mitzuteilen, sofern hierdurch beträchtliche Auswirkungen auf den Betrieb der Telekommunikationsnetze oder das Erbringen von Telekommunikationsdiensten entstehen. Die Bundesnetzagentur kann von dem nach Satz 1 Verpflichteten einen detaillierten Bericht über die Sicherheitsverletzung und die ergriffenen Abhilfemaßnahmen verlangen. Erforderlichenfalls unterrichtet die Bundesnetzagentur das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik, die nationalen Regulierungsbehörden der anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und die Europäische Agentur für Netz- und Informationssicherheit über die Sicherheitsverletzungen. Die Bundesnetz-</p>	

Gesetzentwurf	Änderung
<p>agentur kann die Öffentlichkeit informieren oder die nach Satz 1 Verpflichteten zu dieser Unterrichtung auffordern, wenn sie zu dem Schluss gelangt, dass die Bekanntgabe der Sicherheitsverletzung im öffentlichen Interesse liegt. Die Bundesnetzagentur legt der Kommission, der Europäischen Agentur für Netz- und Informationssicherheit und dem Bundesamt für Sicherheit der Informationstechnik einmal pro Jahr einen zusammenfassenden Bericht über die eingegangenen Mitteilungen und die ergriffenen Abhilfemaßnahmen vor.</p> <p>(6) Die Bundesnetzagentur erstellt im Benehmen mit dem Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit einen Katalog von Sicherheitsanforderungen für das Betreiben von Telekommunikations- und Datenverarbeitungssystemen sowie für die Verarbeitung personenbezogener Daten als Grundlage für das Sicherheitskonzept nach Absatz 4 und für die zu treffenden technischen Vorkehrungen und sonstigen Maßnahmen nach den Absätzen 1 und 2. Sie gibt den Herstellern, den Verbänden der Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und den Verbänden der Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Katalog wird von der Bundesnetzagentur veröffentlicht.</p> <p>(7) Die Bundesnetzagentur kann anordnen, dass sich die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze oder die Anbieter öffentlich zugänglicher Telekommunikationsdienste einer Überprüfung durch eine qualifizierte unabhängige Stelle oder eine zuständige nationale Behörde unterziehen, in der festgestellt wird, ob die Anforderungen nach den Absätzen 1 bis 3 erfüllt sind. Der nach Satz 1 Verpflichtete hat eine Kopie des Überprüfungsberichts unverzüglich an die Bundesnetzagentur zu übermitteln. Er trägt die Kosten dieser Überprüfung.“</p>	
<p>86. Nach § 109 wird folgender § 109a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 109a Datensicherheit</p> <p>(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich die Bundesnetzagentur und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit von der Verletzung zu benachrichtigen. Ist anzunehmen, dass durch die Verlet-</p>	<p>93. Nach § 109 wird folgender § 109a eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 109a Datensicherheit</p> <p>(1) Wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringt, hat im Fall einer Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten unverzüglich die Bundesnetzagentur und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit von der Verletzung zu benachrichtigen. Ist anzunehmen, dass durch die Verlet-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>zung des Schutzes personenbezogener Daten Teilnehmer oder andere Personen schwerwiegend in ihren Rechten oder schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt werden, hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich die Betroffenen unverzüglich von dieser Verletzung zu benachrichtigen. In Fällen, in denen in dem Sicherheitskonzept nachgewiesen wurde, dass die von der Verletzung betroffenen personenbezogenen Daten durch geeignete technische Vorkehrungen gesichert, insbesondere unter Anwendung eines als sicher anerkannten Verschlüsselungsverfahrens gespeichert wurden, ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich. Unabhängig von Satz 3 kann die Bundesnetzagentur den Anbieter des Telekommunikationsdienstes unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen nachteiligen Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu einer Benachrichtigung der Betroffenen verpflichten.</p> <p>(2) Die Benachrichtigung an die Betroffenen muss mindestens enthalten</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Art der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten, 2. Angaben zu den Kontaktstellen, bei denen weitere Informationen erhältlich sind, und 3. Empfehlungen zu Maßnahmen, die mögliche nachteilige Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten begrenzen. <p>In der Benachrichtigung an die Bundesnetzagentur und den Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich zu den Angaben nach Satz 1 die Folgen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten und die beabsichtigten oder ergriffenen Maßnahmen darzulegen.</p> <p>(3) Die Anbieter der Telekommunikationsdienste haben ein Verzeichnis der Verletzungen des Schutzes personenbezogener Daten zu führen, das Angaben zu Folgendem enthält:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. zu den Umständen der Verletzungen, 2. zu den Auswirkungen der Verletzungen und 3. zu den ergriffenen Abhilfemaßnahmen. <p>Diese Angaben müssen ausreichend sein, um der Bundesnetzagentur und dem Bundesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit die Prüfung zu ermöglichen, ob die Bestimmungen der Absätze 1 und 2 eingehalten wurden. Das Verzeichnis enthält nur die zu diesem Zweck erforderlichen Informationen und muss nicht Verletzungen berücksichtigen, die mehr als fünf Jahre zurückliegen.</p> <p>(4) Vorbehaltlich technischer Durchfüh-</p>	<p>zung des Schutzes personenbezogener Daten Teilnehmer oder andere Personen schwerwiegend in ihren Rechten oder schutzwürdigen Interessen beeinträchtigt werden, hat der Anbieter des Telekommunikationsdienstes zusätzlich die Betroffenen unverzüglich von dieser Verletzung zu benachrichtigen. In Fällen, in denen in dem Sicherheitskonzept nachgewiesen wurde, dass die von der Verletzung betroffenen personenbezogenen Daten durch geeignete technische Vorkehrungen gesichert, insbesondere unter Anwendung eines als sicher anerkannten Verschlüsselungsverfahrens gespeichert wurden, ist eine Benachrichtigung nicht erforderlich. Unabhängig von Satz 3 kann die Bundesnetzagentur den Anbieter des Telekommunikationsdienstes unter Berücksichtigung der wahrscheinlichen nachteiligen Auswirkungen der Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten zu einer Benachrichtigung der Betroffenen verpflichten. Im Übrigen gilt § 42a Satz 6 des Bundesdatenschutzgesetzes entsprechend.</p> <p>(2) un verändert</p> <p>(3) un verändert</p> <p>(4) un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>rungsmaßnahmen der Europäischen Kommission nach Artikel 4 Absatz 5 der Richtlinie 2002/58/EG kann die Bundesnetzagentur Leitlinien vorgeben bezüglich des Formats, der Verfahrensweise und der Umstände, unter denen eine Benachrichtigung über eine Verletzung des Schutzes personenbezogener Daten erforderlich ist.“</p>	
<p>87. In § 112 Absatz 2 Nummer 3 werden die Wörter „§ 39 des Außenwirtschaftsgesetzes“ durch die Wörter „§ 23a des Zollfahndungsdienstgesetzes“ ersetzt.</p>	<p>94. un v e r ä n d e r t</p>
<p>88. § 115 Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt geändert: a) In Nummer 1 werden die Angabe „§ 113a,“ gestrichen, die Angabe „§ 108 Abs. 2“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 3“ und die Angabe „§ 108 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 4“ ersetzt. b) In Nummer 2 werden die Wörter „den §§ 109, 112 Abs. 1, 3 Satz 4, Abs. 5 Satz 1 und 2 oder § 114 Abs. 1“ durch die Wörter „§§ 109, 109a, 112 Absatz 1, 3 Satz 4, Absatz 5 Satz 1 und 2 oder § 114 Absatz 1“ ersetzt.</p>	<p>95. un v e r ä n d e r t</p>
<p>89. § 120 wird wie folgt geändert: a) In Nummer 2 wird die Angabe „§ 61 Abs. 4 Nr. 2 und 4“ durch die Wörter „§ 61 Absatz 3 Nummer 2 und 4“ ersetzt. b) In Nummer 6 wird das Wort „Frequenznutzungsplanes“ durch das Wort „Frequenzplanes“ ersetzt.</p>	<p>96. un v e r ä n d e r t</p>
<p>90. In § 122 Absatz 1 werden nach dem Wort „Marktdaten“ die Wörter „einschließlich der Entwicklung und Höhe der Endnutzertarife der Dienste nach § 78 Absatz 2, die entweder von nach den §§ 81 bis 87 verpflichteten Unternehmen oder auf dem Markt erbracht werden, und deren Verhältnis zu den nationalen Verbraucherpreisen und Einkommen,“ eingefügt.</p>	<p>97. un v e r ä n d e r t</p>
<p>91. § 123 wird wie folgt geändert: a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst: „§ 123 Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf nationaler Ebene“. b) Absatz 1 wird wie folgt geändert: aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst: „In den Fällen der §§ 10, 11, 40, 41 und 62 Absatz 2 Nummer 3 entscheidet</p>	<p>98. un v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>die Bundesnetzagentur im Einvernehmen mit dem Bundeskartellamt.“</p> <p>bb) In Satz 2 werden nach den Wörtern „Teil 2 Abschnitt 2 bis 5“ die Wörter „oder § 77a Absatz 1 und 2“ eingefügt.</p> <p>cc) In Satz 3 werden die Wörter „Artikel 82 des EG-Vertrages“ durch die Wörter „Artikel 102 des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union“ ersetzt.</p> <p>dd) In Satz 4 werden nach dem Wort „Gesetzes“ die Wörter „, auch beim Erlass von Verwaltungsvorschriften,“ eingefügt.</p>	
<p>92. Nach § 123 werden die folgenden §§ 123a und 123b eingefügt:</p> <p style="text-align: center;">„§ 123a</p> <p>Zusammenarbeit mit anderen Behörden auf der Ebene der Europäischen Union</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur arbeitet mit den nationalen Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, der Kommission und dem GEREK auf transparente Weise zusammen, um eine einheitliche Anwendung der Bestimmungen der Richtlinie 2002/21/EG und der Einzelrichtlinien zu gewährleisten. Sie arbeitet insbesondere mit der Kommission und dem GEREK bei der Ermittlung der Maßnahmen zusammen, die zur Bewältigung bestimmter Situationen auf dem Markt am besten geeignet sind.</p> <p>(2) Die Bundesnetzagentur unterstützt die Ziele des GEREK in Bezug auf bessere regulatorische Koordinierung und mehr Kohärenz.</p> <p>(3) Die Bundesnetzagentur trägt bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben weitestgehend den Empfehlungen Rechnung, die die Kommission nach Artikel 19 Absatz 1 und 2 der Richtlinie 2002/21/EG erlässt. Beschließt die Bundesnetzagentur, sich nicht an eine solche Empfehlung zu halten, so teilt sie dies der Kommission unter Angabe ihrer Gründe mit.</p> <p style="text-align: center;">§ 123b</p> <p>Bereitstellung von Informationen</p> <p>(1) Die Bundesnetzagentur stellt der Kommission auf deren begründeten Antrag nach Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie 2002/21/EG hin die Informationen zur Verfügung, die die Kommission benötigt, um ihre Aufgaben auf Grund des Vertrages über die Arbeitsweise der Europäischen Union wahrzunehmen. Beziehen sich die bereitgestellten Informationen auf Informationen, die zuvor von Unternehmen auf Anforderung der Bundesnetzagentur bereitgestellt wurden, so werden die Unternehmen hiervon unterrichtet.</p>	<p>99. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>(2) Die Bundesnetzagentur kann ihr übermittelte Informationen der nationalen Regulierungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats auf deren begründeten Antrag hin zur Verfügung stellen, soweit dies erforderlich ist, damit diese nationale Regulierungsbehörde ihre Verpflichtungen aus dem Recht der Europäischen Union erfüllen kann.</p> <p>(3) Im Rahmen des Informationsaustausches nach den Absätzen 1 und 2 stellt die Bundesnetzagentur eine vertrauliche Behandlung aller Informationen sicher, die von der nationalen Regulierungsbehörde eines anderen Mitgliedstaats oder von dem Unternehmen, das die Informationen an die Bundesnetzagentur übermittelt hat, nach den Vorschriften des Rechts der Europäischen Union und den einzelstaatlichen Vorschriften über das Geschäftsgeheimnis als vertraulich angesehen werden.</p> <p>(4) Die Bundesnetzagentur kennzeichnet im Rahmen der Bereitstellung von Informationen an die Kommission, an nationale Regulierungsbehörden anderer Mitgliedstaaten, an das GEREK und an das Büro des GEREK vertrauliche Informationen. Sie kann bei der Kommission beantragen, dass die Informationen, die sie der Kommission bereitstellt, Behörden anderer Mitgliedstaaten nicht zur Verfügung gestellt werden. Der Antrag ist zu begründen.“</p>	
<p>93. In § 126 Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABl. EG Nr. L 171 S. 32)“ gestrichen.</p>	<p>100. un verändert</p>
<p>94. Dem § 127 Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt: „Die Bundesnetzagentur kann von den nach Absatz 1 in der Telekommunikation tätigen Unternehmen insbesondere Auskünfte über künftige Netz- und Diensteentwicklungen verlangen, wenn diese Entwicklungen sich auf Dienste auf Vorleistungsebene auswirken können, die die Unternehmen Wettbewerbern zugänglich machen. Die Bundesnetzagentur kann ferner von Unternehmen mit beträchtlicher Marktmacht auf Vorleistungsmärkten verlangen, Rechnungslegungsdaten zu den mit diesen Vorleistungsmärkten verbundenen Endnutzermärkten vorzulegen.“</p>	<p>101. un verändert</p>
<p>95. § 132 wird wie folgt geändert: a) In Absatz 1 Satz 1 werden die Wörter „§ 55</p>	<p>102. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>Abs. 9, der §§ 61, 62 und 81“ durch die Wörter „§ 55 Absatz 10, der §§ 61, 62, 77a Absatz 1 und 2 und des § 81“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 3 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 wird die Angabe „§ 55 Abs. 9“ durch die Angabe „§ 55 Absatz 10“ ersetzt.</p> <p>bb) In Satz 3 wird die Angabe „§ 61 Abs. 4 Nr. 2 und 4“ durch die Wörter „§ 61 Absatz 3 Nummer 2 und 4“ ersetzt.</p> <p>c) In Absatz 4 Satz 2 wird die Angabe „§§ 18, 19, 20, 21, 24, 30, 39, 40, 41 Abs. 1“ durch die Angabe „§§ 19, 20, 21, 23, 24, 30, 39, 40, 41 Absatz 2“ ersetzt.</p>	
<p>96. § 133 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Ergeben sich im Zusammenhang mit Verpflichtungen aus diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes Streitigkeiten zwischen Unternehmen, die öffentliche Telekommunikationsnetze betreiben oder öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste anbieten, oder zwischen diesen und anderen Unternehmen, denen Zugangs- oder Zusammenschaltungsverpflichtungen aus diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes zugute kommen, trifft die Beschlusskammer, soweit dies gesetzlich nicht anders geregelt ist, auf Antrag einer Partei nach Anhörung der Beteiligten eine verbindliche Entscheidung.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden die Wörter „Regulierungsbehörde von mindestens zwei Mitgliedstaaten“ durch die Wörter „Regulierungsbehörden von mehr als einem Mitgliedstaat“ ersetzt.</p> <p>bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz eingefügt: „Fällt die Streitigkeit in den Zuständigkeitsbereich der Bundesnetzagentur, so koordiniert sie ihre Maßnahmen mit den zuständigen nationalen Regulierungsbehörden der anderen betroffenen Mitgliedstaaten.“</p> <p>c) Nach Absatz 2 wird folgender Absatz 3 eingefügt: „(3) Bei Streitigkeiten nach Absatz 2 kann die Bundesnetzagentur das GEREK beratend hinzuziehen, um die Streitigkeit im Einklang mit den in § 2 genannten Zielen dauerhaft beizulegen. Sie kann das GEREK um eine Stellungnahme zu der Frage ersuchen, welche Maßnahmen zur Streitbeilegung zu ergreifen sind. Hat die Bundesnetzagentur oder die zuständige nationale Regulierungsbehörde eines</p>	<p>103. unverändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>anderen betroffenen Mitgliedstaats das GEREK um eine Stellungnahme ersucht, so trifft die Beschlusskammer ihre Entscheidung nicht, bevor das GEREK seine Stellungnahme abgegeben hat. § 130 bleibt hiervon unberührt.“</p> <p>d) Der bisherige Absatz 3 wird Absatz 4.</p>	
<p>97. § 137 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) In Absatz 3 Satz 1 werden nach dem Wort „Beschwerde“ die Wörter „nach der Verwaltungsgerichtsordnung oder nach dem Gerichtsverfassungsgesetz“ eingefügt.</p> <p>b) In Absatz 3 Satz 2 wird die Angabe „§ 138 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 138 Absatz 4“ ersetzt.</p>	<p>104. un verändert</p>
<p>98. § 138 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„§ 138 Vorlage- und Auskunftspflicht der Bundesnetzagentur</p> <p>(1) Für die Vorlage von Urkunden oder Akten, die Übermittlung elektronischer Dokumente oder die Erteilung von Auskünften (Vorlage von Unterlagen) durch die Bundesnetzagentur ist § 99 Absatz 1 der Verwaltungsgerichtsordnung mit der Maßgabe anzuwenden, dass anstelle des Rechts der obersten Aufsichtsbehörde nach § 99 Absatz 1 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung, die Vorlage zu verweigern, das Recht der Bundesnetzagentur tritt, die Unterlagen als geheimhaltungsbedürftig zu kennzeichnen. Das Gericht der Hauptsache unterrichtet die Beteiligten, deren Geheimhaltungsinteresse durch die Offenlegung der Unterlagen im Hauptsacheverfahren berührt werden könnte, darüber, dass die Unterlagen vorgelegt worden sind.</p> <p>(2) Das Gericht der Hauptsache entscheidet auf Antrag eines Beteiligten, der ein Geheimhaltungsinteresse an den vorgelegten Unterlagen geltend macht, durch Beschluss, inwieweit die §§ 100 und 108 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung auf die Entscheidung in der Hauptsache anzuwenden sind. Die Beteiligtenrechte nach den §§ 100 und 108 Absatz 1 Satz 2 sowie Absatz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung sind auszuschließen, soweit nach Abwägung aller Umstände das Geheimhaltungsinteresse das Interesse der Beteiligten auf rechtliches Gehör auch unter Beachtung des Rechts auf effektiven Rechtsschutz überwiegt. Insoweit dürfen die Entscheidungsgründe im Hauptsacheverfahren die Art und den Inhalt der geheim gehaltenen Unterlagen nicht erkennen lassen. Die Mitglieder des Gerichts sind zur Geheimhaltung ver-</p>	<p>105. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>pflichtet.</p> <p>(3) Der Antrag nach Absatz 2 Satz 1 ist innerhalb eines Monats zu stellen, nachdem das Gericht die Beteiligten, deren Geheimhaltungsinteressen durch die Offenlegung der Unterlagen berührt werden könnten, über die Vorlage der Unterlagen durch die Bundesnetzagentur unterrichtet hat. In diesem Verfahren ist § 100 der Verwaltungsgerichtsordnung nicht anzuwenden. Absatz 2 Satz 3 und 4 gilt sinngemäß.</p> <p>(4) Gegen die Entscheidung nach Absatz 2 Satz 1 ist die Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht gegeben. Über die Beschwerde entscheidet der für die Hauptsache zuständige Revisionsssenat. Absatz 2 Satz 3 und 4 und Absatz 3 Satz 2 gelten sinngemäß.“</p>	
<p>99. Nach § 138 wird folgender § 138a eingefügt: „§ 138a Informationssystem zu eingelegten Rechtsbehelfen Die Bundesnetzagentur erhebt zu den gegen ihre Entscheidungen eingelegten Rechtsbehelfen die folgenden Informationen: 1. die Anzahl und den allgemeinen Inhalt der eingelegten Rechtsbehelfe, 2. die Dauer der Verfahren und 3. die Anzahl der Entscheidungen im vorläufigen Rechtsschutz. Sie stellt diese Informationen der Kommission und dem GEREK auf deren begründete Anfrage zur Verfügung.“</p>	<p>106. un verändert</p>
<p>100. § 140 wird wie folgt geändert: a) Der Wortlaut wird Absatz 1 und in Satz 2 werden die Wörter „Europäischen Gemeinschaften“ durch die Wörter „Europäischen Union“ ersetzt. b) Folgender Absatz 2 wird angefügt: „(2) Die Bundesnetzagentur unterrichtet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie vorab über die wesentlichen Inhalte geplanter Sitzungen in europäischen und internationalen Gremien. Sie fasst die wesentlichen Ergebnisse und Schlussfolgerungen der Sitzungen zusammen und übermittelt sie unverzüglich an das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Bei Aufgaben, die die Bundesnetzagentur nach Absatz 1 Satz 2 in eigener Zuständigkeit wahrnimmt, finden die Sätze 1 und 2 keine Anwendung, soweit zwingende Vorschriften die vertrauliche Behandlung von Informationen fordern.“</p>	<p>107. un verändert</p>
<p>101. § 142 wird wie folgt geändert:</p>	<p>108. § 142 wird wie folgt gefasst:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>a) Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Nummer 2 wird das Wort „Rufnummern“ durch das Wort „Nummern“ ersetzt.</p> <p>bb) In Nummer 8 werden die Wörter „über Zusammenschaltungsverpflichtungen und Zugangsanordnungen“ durch die Wörter „der Zugangsregulierung“ und wird die Angabe „§ 23 Abs. 1 und 6“ durch die Angabe „§ 23“ ersetzt.</p> <p>cc) Nummer 10 wird aufgehoben.</p> <p>dd) Die bisherige Nummer 11 wird Nummer 10 und der Punkt wird am Ende durch ein Komma ersetzt.</p> <p>ee) Nach Nummer 10 wird die folgende Nummer 11 eingefügt: „11. Entscheidungen über sonstige Streitigkeiten zwischen Unternehmen nach § 133.“</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst: „(2) Die Gebühren nach Absatz 1 werden, vorbehaltlich der Regelung in Absatz 4, zur Deckung des Verwaltungsaufwandes erhoben. Zur Ermittlung des Verwaltungsaufwandes sind die Kosten, die nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen als Einzel- und Gemeinkosten zurechenbar und ansatzfähig sind, insbesondere Personal- und Sachkosten sowie kalkulatorische Kosten zu Grunde zu legen.“</p> <p>c) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt: „(3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die gebührenpflichtigen Tatbestände nach Absatz 1 sowie die Höhe der hierfür zu erhebenden Gebühren näher zu bestimmen und dabei feste Sätze auch in Form von Gebühren nach Zeitaufwand oder Rahmensätze vorzusehen, 2. eine bestimmte Zahlungsweise der Gebühren anzuordnen, 3. <i>in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 8 bis 11 das Verfahren zur Ermittlung des Gegenstandswertes näher zu bestimmen und</i> 4. das Nähere zur Ermittlung des Verwaltungsaufwandes nach Absatz 2 Satz 2 zu bestimmen. <p>Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung unter Sicherstellung der Einvernehmensregelung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Än-</p>	<p>a) un v e r ä n d e r t</p> <p>b) un v e r ä n d e r t</p> <p>c) Nach Absatz 2 werden folgende Absätze 3 und 4 eingefügt: „(3) Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie wird ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen durch Rechtsverordnung, die nicht der Zustimmung des Bundesrates bedarf,</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. un v e r ä n d e r t 2. un v e r ä n d e r t <p>entfällt</p> <p>3. un v e r ä n d e r t</p> <p>Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann die Ermächtigung nach Satz 1 durch Rechtsverordnung unter Sicherstellung der Einvernehmensregelung auf die Bundesnetzagentur übertragen. Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Än-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>derung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und mit dem Bundesministerium der Finanzen.</p> <p>(4) Abweichend von Absatz 2 Satz 1 kann die Gebühr für Entscheidungen über die Zuteilungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 so festgesetzt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellt. Absatz 2 Satz 1 und 2 findet keine Anwendung, wenn Nummern oder Frequenzen von außerordentlichem wirtschaftlichem Wert durch wettbewerbsorientierte oder vergleichende Auswahlverfahren vergeben werden <i>sowie wenn einer der Fälle des Absatzes 1 Nummer 8 bis 11 vorliegt.</i>“</p> <p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 5 und 6.</p> <p>e) Der bisherige Absatz 5 wird Absatz 7 und die Angabe „§ 61 Abs. 5“ wird durch die Angabe „§ 61 Absatz 4“ ersetzt.</p> <p>f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8.</p>	<p>derung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und mit dem Bundesministerium der Finanzen.</p> <p>(4) Abweichend von Absatz 2 Satz 1 kann die Gebühr für Entscheidungen über die Zuteilungen nach Absatz 1 Nummer 1 und 2 so festgesetzt werden, dass sie als Lenkungszweck die optimale Nutzung und eine den Zielen dieses Gesetzes verpflichtete effiziente Verwendung dieser Güter sicherstellt. Absatz 2 Satz 1 und 2 findet keine Anwendung, wenn Nummern oder Frequenzen von außerordentlichem wirtschaftlichem Wert durch wettbewerbsorientierte oder vergleichende Auswahlverfahren vergeben werden.“</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) Der bisherige Absatz 6 wird Absatz 8.</p>
<p>102. § 143 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 2 Satz 3 wird aufgehoben.</p> <p>b) In Absatz 3 werden die Wörter „§ 10 oder § 11 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Geräten vom 18. September 1998 (BGBl. I S. 2882)“ durch die Wörter „§ 17 oder § 19 des Gesetzes über die elektromagnetische Verträglichkeit von Betriebsmitteln vom 26. Februar 2008 (BGBl. I S. 220)“ ersetzt.</p> <p>c) Absatz 4 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) In Satz 1 werden nach den Wörtern „die Beitragssätze“ die Wörter „ , die Beitragskalkulation“ eingefügt.</p> <p>bb) Folgender Satz wird angefügt: „Eine Rechtsverordnung der Bundesnetzagentur, ihre Änderung und ihre Aufhebung bedürfen des Einvernehmens mit dem Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie und mit dem Bundesministerium der Finanzen.“</p>	<p>109. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>103. In § 148 Absatz 1 Nummer 2 werden nach dem Wort „Sendeanlage“ die Wörter „oder eine sonstige Telekommunikationsanlage“ eingefügt.</p>	<p>110. u n v e r ä n d e r t</p>
<p>104. § 149 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nummer 4 wird wie folgt geändert:</p>	<p>111. § 149 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Nummer 4 wird wie folgt geändert:</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>aaa) In Buchstabe a werden nach der Angabe „§ 20“ die Wörter „Absatz 1, 2 oder Absatz 3 Satz 1“ eingefügt.</p> <p>bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst: „b) § 46 Absatz 9 Satz 1, § 67 Absatz 1 Satz 1, 2, 6 oder 7 oder § 109 Absatz 4 Satz 3 oder Satz 5,“.</p> <p>ccc) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 127 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 127 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 und 3“ ersetzt.</p> <p>bb) Nummer 5 wird aufgehoben.</p> <p>cc) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 30 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 30 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 2 zweiter Fall“ ersetzt.</p> <p>dd) Nach Nummer 7 werden die folgenden neuen Nummern 7a bis 7d eingefügt:</p> <p>„7a. entgegen § 43a Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,</p> <p>7b. entgegen § 45k Absatz 1 Satz 1 eine Leistung ganz oder teilweise verweigert,</p> <p>7c. einer Rechtsverordnung nach a) § 45n Absatz 1 oder § 45o Absatz 2 oder Absatz 4 oder b) § 45o Absatz 3 Satz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,</p> <p>7d. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 3, nicht sicherstellt, dass die Leistung beim Anbieterwechsel gegenüber dem Teilnehmer nicht unterbrochen wird,</p> <p>7e. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 2 den Telekommunikationsdienst unterbricht,“.</p>	<p>aaa) In Buchstabe a werden nach der Angabe „§ 20“ die Wörter „Absatz 1, 2 oder Absatz 3 Satz 1“ eingefügt.</p> <p>bbb) Buchstabe b wird wie folgt gefasst: „b) § 46 Absatz 9 Satz 1, § 67 Absatz 1 Satz 1, 2, 6 oder 7 oder § 109 Absatz 4 Satz 3 oder Satz 5,“.</p> <p>ccc) In Buchstabe c wird die Angabe „§ 127 Abs. 2 Nr. 1“ durch die Wörter „§ 127 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1, Satz 2 und 3“ ersetzt.</p> <p>bb) Nummer 5 wird aufgehoben.</p> <p>cc) In Nummer 6 wird die Angabe „§ 30 Abs. 1“ durch die Wörter „§ 30 Absatz 1 Satz 1, Absatz 2 Satz 2 zweiter Fall“ ersetzt.</p> <p>dd) Nach Nummer 7 werden die folgenden neuen Nummern 7a bis 7h eingefügt:</p> <p>„7a. einer Rechtsverordnung nach § 41a Absatz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,</p> <p>7b. entgegen § 43a Absatz 1 Satz 1 eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung stellt,</p> <p>7c. entgegen § 45k Absatz 1 Satz 1 eine Leistung ganz oder teilweise verweigert,</p> <p>7d. einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 oder einer vollziehbaren Anordnung auf Grund einer solchen Rechtsverordnung zuwiderhandelt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist,</p> <p>7e. entgegen § 45p Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 2, eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig zur Verfügung stellt,</p> <p>7f. entgegen § 45p Absatz 2 den Teilnehmer nicht, nicht richtig oder nicht vollständig unterrichtet,</p> <p>7g. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Satz 3, nicht sicherstellt, dass die Leistung beim Anbieterwechsel gegenüber dem Teilnehmer nicht unterbrochen wird,</p> <p>7h. entgegen § 46 Absatz 1 Satz 2 den Telekommunikationsdienst unterbricht,“.</p>

Gesetzentwurf	Änderung
ee) In Nummer 11 wird die Angabe „§ 56 Abs. 1 Satz 1“ durch die Wörter „§ 56 Absatz 2 Satz 1“ ersetzt.	ee) un verändert
ff) Nach Nummer 13h werden folgende neue Nummern 13i und 13j eingefügt: „13i. entgegen § 66g Absatz 1 eine Warteschleife einsetzt, 13j. entgegen § 66 g Absatz 2 nicht sicherstellt, dass der Anrufende informiert wird,“.	ff) un verändert
gg) Die bisherige Nummer 13i wird die neue Nummer 13k und die Angabe „§ 66i Abs. 1 Satz 2“ wird durch die Wörter „§ 66j Absatz 1 Satz 2“ ersetzt.	gg) un verändert
hh) Die bisherige Nummer 13j wird durch die folgenden neuen Nummern 13l bis 13o ersetzt: „13l. entgegen § 66k Absatz 1 Satz 1 nicht sicherstellt, dass eine vollständige Rufnummer übermittelt und gekennzeichnet wird, 13m. entgegen § 66k Absatz 1 Satz 3 eine Rufnummer oder eine Nummer für Kurzwahl-Sprachdienste übermittelt, 13n. entgegen § 66k Absatz 1 Satz 4 eine übermittelte Rufnummer verändert, 13o. entgegen § 66k Absatz 2 eine Rufnummer oder eine Nummer für Kurzwahl-Sprachdienste aufsetzt oder übermittelt,“.	hh) un verändert
ii) In Nummer 15 werden nach dem Wort „Sendeanlage“ die Wörter „oder eine sonstige Telekommunikationsanlage“ eingefügt.	ii) un verändert
jj) In Nummer 17b wird die Angabe „§ 98 Abs. 1 Satz 3“ durch die Wörter „§ 98 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit Satz 5,“ ersetzt.	jj) un verändert
kk) Nummer 19 wird wie folgt gefasst: „19. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 1, auch in Verbindung mit Absatz 2, nicht sicherstellt, dass eine unentgeltliche Notrufverbindung möglich ist,“.	kk) un verändert
ll) Nach Nummer 19 wird folgende neue Nummer 19a eingefügt: „19a. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 2, auch in Verbindung mit Absatz 2 oder einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 2, nicht sicherstellt, dass eine Notrufverbindung hergestellt wird,“.	ll) un verändert
mm) Nummer 20 wird wie folgt gefasst: „20. entgegen § 108 Absatz 1 Satz 3, auch in Verbindung mit Absatz 2	mm) un verändert

Gesetzentwurf	Änderung
<p>oder einer Rechtsverordnung nach Absatz 3 Satz 1 Nummer 3, nicht sicherstellt, dass die Rufnummer des Anschlusses übermittelt wird oder die dort genannten Daten übermittelt oder bereitgestellt werden,“.</p> <p>nn) In Nummer 21 werden die Wörter „§ 109 Abs. 3 Satz 2 oder 4“ durch die Wörter „§ 109 Absatz 4 Satz 2 oder Satz 6“ ersetzt.</p> <p>oo) Nach Nummer 21 werden die folgenden neuen Nummern 21a bis 21c eingefügt: „21a. entgegen § 109 Absatz 5 Satz 1 eine Mitteilung nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig macht, 21b. entgegen § 109a Absatz 1 Satz 1 oder Satz 2 die Bundesnetzagentur, den Beauftragten für den Datenschutz und die Informationssicherheit oder einen Betroffenen nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig benachrichtigt, 21c. entgegen § 109a Absatz 3 Satz 1 das dort genannte Verzeichnis nicht, nicht richtig oder nicht vollständig führt,“.</p> <p>pp) In Nummer 34 wird nach dem Wort „übermittelt“ das Komma durch das Wort „oder“ ersetzt.</p> <p>qq) In Nummer 35 werden die Wörter „ , auch in Verbindung mit § 113b Satz 2,“ gestrichen und wird nach dem Wort „wahr“ das Komma durch einen Punkt ersetzt.</p> <p>rr) Die Nummern 36 bis 39 werden aufgehoben.</p> <p>b) Absatz 1a wird wie folgt gefasst: „(1a) Ordnungswidrig handelt, wer gegen die Verordnung (EG) Nr. 717/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. Juni 2007 über das Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen in der Gemeinschaft und zur Änderung der Richtlinie 2002/21/EG (ABl. L 171 vom 29.6.2007, S. 32), die durch die Verordnung (EG) Nr. 544/2009 (ABl. L 167 vom 29.6.2009, S. 12) geändert worden ist, verstößt, indem er vorsätzlich oder fahrlässig 1. als Betreiber eines besuchten Netzes dem Betreiber des Heimatnetzes eines Roamingkunden ein höheres durchschnittliches Großkundenentgelt als das in Artikel 3 Absatz 2 Satz 2 genannte Entgelt berechnet, 2. als Heimatanbieter seinem Roamingkunden für die Abwicklung eines</p>	<p>nn) u n v e r ä n d e r t</p> <p>oo) u n v e r ä n d e r t</p> <p>pp) u n v e r ä n d e r t</p> <p>qq) u n v e r ä n d e r t</p> <p>rr) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>regulierten Roaminganrufs ein höheres Endkundenentgelt als das in Artikel 4 Absatz 2 Satz 3 genannte Entgelt berechnet,</p> <p>3. als Betreiber eines besuchten Netzes dem Betreiber des Heimatnetzes eines Roamingkunden für die Abwicklung einer aus dem betreffenden besuchten Netz abgehenden regulierten SMS-Roamingnachricht ein höheres als das in Artikel 4a Absatz 1 genannte Großkundenentgelt berechnet,</p> <p>4. als Heimatanbieter eines Roamingkunden für die Abwicklung einer vom Kunden versendeten SMS-Roamingnachricht ein höheres Endkundenentgelt als das in Artikel 4b Absatz 2 genannte Entgelt berechnet,</p> <p>5. als Betreiber eines besuchten Netzes dem Betreiber des Heimatnetzes eines Roamingkunden für die Abwicklung regulierter Datenroamingnetze über das betreffende besuchte Netz ein höheres durchschnittliches Großkundenentgelt als das in Artikel 6a Absatz 4 Buchstabe a Satz 1 genannte Entgelt berechnet oder</p> <p>6. entgegen Artikel 7 Absatz 4 Satz 2 eine Information nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig übermittelt.“</p> <p>c) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe a, Nummer 6, 10, 22, 27 und 31 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer <i>7b Buchstabe b</i>, Nummer 16, 17, 17a, 18, 26, 29, 30a und 34 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe b, Nummer <i>7a, 7b Buchstabe a</i>, Nummer <i>7c und 7d</i>, 12, 13 bis 13b, 13d bis 13o, 15, 17c, 19, 19a, 20, 21, 21b und 30 sowie des Absatzes 1a Nummer 1 bis 5 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 7, 8, 9, 11, 17b, 21a, 21c, 23 und 24 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.“</p>	<p>c) Absatz 2 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Die Ordnungswidrigkeit kann in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe a, Nummer 6, 10, 22, 27 und 31 mit einer Geldbuße bis zu fünfhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 7a, Nummer 16, 17, 17a, 18, 26, 29, 30a und 34 mit einer Geldbuße bis zu dreihunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 4 Buchstabe b, Nummer 7b bis 7d, 7g, 7h, 12, 13 bis 13b, 13d bis 13o, 15, 17c, 19, 19a, 20, 21, 21b und 30 sowie des Absatzes 1a Nummer 1 bis 5 mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro, in den Fällen des Absatzes 1 Nummer 7, 8, 9, 11, 17b, 21a, 21c, 23 und 24 mit einer Geldbuße bis zu fünfzigtausend Euro und in den übrigen Fällen des Absatzes 1 sowie im Fall des Absatzes 1a Nummer 6 mit einer Geldbuße bis zu zehntausend Euro geahndet werden.“</p>
<p>105. § 150 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 4a wird Absatz 5.</p> <p>b) Der bisherige Absatz 5 wird aufgehoben.</p> <p>c) Absatz 7 wird wie folgt gefasst: „(7) Warteschleifen dürfen bis zum Inkrafttreten von § 66g nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen</p>	<p>112. § 150 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) u n v e r ä n d e r t</p> <p>c) Absatz 7 wird wie folgt gefasst: „(7) Warteschleifen dürfen bis zum Inkrafttreten von § 66g nur eingesetzt werden, wenn eine der folgenden Voraussetzungen er-</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>erfüllt ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer, 2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer, 3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017), 4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung, 5. der <i>Angerufene trägt die Kosten des Anrufs</i> für die Dauer der Warteschleife, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen, oder 6. unabhängig von der vom Angerufenen verwendeten Rufnummer oder der grundsätzlichen Tarifierung des Anrufs sind mindestens zwei Minuten der Verbindung ab Rufaufbau für den Anrufer kostenfrei; wird die Warteschleife innerhalb dieser Zeit durch Bearbeitung beendet, endet die Kostenfreiheit ab dem Zeitpunkt der Bearbeitung. <p>Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Satz 1 Warteschleifen einsetzt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht der in Satz 4 genannte Betrag hierfür nicht aus, so kann er überschritten werden.</p> <p>d) Dem Absatz 8 werden folgende Sätze angefügt: „Die Bundesnetzagentur überprüft auf Antrag der Inhaber von Frequenznutzungsrechten, die vor dem 26. Mai 2011 zugeteilt wurden und für einen Zeitraum von mindestens fünf Jahren ab diesem Zeitpunkt ihre Gültigkeit behalten, ob Beschränkungen der Nutzungsrechte, die über die in § 53 Absatz 2 Satz 2 genannten Beschränkungen hinausgehen, aufrechterhalten oder aufgehoben werden. Dem Antragsteller ist vor der Entscheidung Gelegenheit zu geben, den Antrag zurückzuziehen.“</p> <p>e) In Absatz 9 werden die Wörter „diesem Gesetz“ durch die Wörter „dem Telekommunikationsgesetz vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190)“ ersetzt.</p> <p>f) Absatz 9a wird aufgehoben.</p> <p>g) Der bisherige Absatz 12 wird Absatz 10.</p>	<p>füllt ist:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. der Anruf erfolgt zu einer entgeltfreien Rufnummer, 2. der Anruf erfolgt zu einer ortsgebundenen Rufnummer oder einer Rufnummer, die die Bundesnetzagentur den ortsgebundenen Rufnummern nach § 66g Absatz 3 gleichgestellt hat, 3. der Anruf erfolgt zu einer Rufnummer für mobile Dienste (015, 016 oder 017), 4. für den Anruf gilt ein Festpreis pro Verbindung, 5. der Anruf ist für die Dauer der Warteschleife für den Anrufer kostenfrei, soweit es sich nicht um Kosten handelt, die bei Anrufen aus dem Ausland für die Herstellung der Verbindung im Ausland entstehen, oder 6. unabhängig von der vom Angerufenen verwendeten Rufnummer oder der grundsätzlichen Tarifierung des Anrufs sind mindestens zwei Minuten der Verbindung ab Rufaufbau für den Anrufer kostenfrei; wird die Warteschleife innerhalb dieser Zeit durch Bearbeitung beendet, endet die Kostenfreiheit ab dem Zeitpunkt der Bearbeitung. <p>Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen Satz 1 Warteschleifen einsetzt. Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu einhunderttausend Euro geahndet werden. Die Geldbuße soll den wirtschaftlichen Vorteil, den der Täter aus der Ordnungswidrigkeit gezogen hat, übersteigen. Reicht der in Satz 3 genannte Betrag hierfür nicht aus, so kann er überschritten werden.“</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) u n v e r ä n d e r t</p> <p>g) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
h) Absatz 12b wird aufgehoben. i) Die Absätze 13 und 14 werden die Absätze 11 und 12.	h) un verändert i) un verändert
106. In § 21 Absatz 1 Satz 2 Nummer 7, § 24 Absatz 2 Satz 2, § 25 Absatz 4, § 27 Absatz 2 Satz 2, § 29 Absatz 3 Satz 1, § 62 Absatz 2 Nummer 5 und § 69 Absatz 2 Satz 2 wird die Angabe „§ 2 Abs. 2“ jeweils durch die Angabe „§ 2“ ersetzt.	113. un verändert
107. Es werden ersetzt: a) in § 7 Nummer 1 und 2, § 44a Satz 1, § 45a Absatz 1, 2 und 3 Satz 1, §§ 45b, 45e Absatz 1 Satz 1, § 45g Absatz 1 Satzteil vor Nummer 1, 1 und 3, § 45i Absatz 3 Satz 1 und 2, § 45j Absatz 1 Satz 1, § 67 Absatz 1 Satz 2, § 86 Absatz 1 Satz 1, § 127 Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1, § 134 Absatz 2 Nummer 2 die Wörter „Telekommunikationsdiensten für die Öffentlichkeit“ jeweils durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten“, b) in § 6 Absatz 1 Satz 1, § 7 Satzteil vor Nummer 1, § 47 Absatz 1 Satz 1, § 110 Absatz 1 Satz 1 Satzteil vor Nummer 1 und Satz 2, § 112 Absatz 1 Satz 1, § 114 Absatz 1 Satz 1 die Wörter „Telekommunikationsdienste für die Öffentlichkeit“ jeweils durch die Wörter „öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste“ und c) in § 45i Absatz 1 Satz 1 die Wörter „Telekommunikationsdienst für die Öffentlichkeit“ durch die Wörter „öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst“.	114. un verändert
Artikel 2 Änderung der Verordnung über Notrufverbindungen	Artikel 2 Änderung der Verordnung über Notrufverbindungen
Auf Grund des § 108 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes vom 22. Juni 2004 (BGBl. I S. 1190), der zuletzt durch Artikel 1 Nummer 84 des Gesetzes zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen vom ... (BGBl. I S. ...) geändert worden ist, verordnet das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie im Einvernehmen mit dem Bundesministerium des Innern und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales:	un verändert
Die Verordnung über Notrufverbindungen vom 6. März 2009 (BGBl. I S. 481) wird wie folgt geändert:	un verändert
1. § 1 wird aufgehoben.	1. un verändert

Gesetzentwurf	Änderung
<p>2. § 2 wird wie folgt gefasst: ,§ 2 Begriffsbestimmungen Im Sinne dieser Verordnung ist</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. „Einzugsgebiet“ der aus einem oder mehreren Notrufursprungsbereichen bestehende örtliche Zuständigkeitsbereich einer Notrufabfragestelle; 2. „Notrufabfragestelle“ die nach Landesrecht zuständige Stelle zur Entgegennahme von Notrufen; 3. „Notrufanschluss“ der Anschluss einer Notrufabfragestelle an ein Telekommunikationsnetz, der je nach technischer Ausgestaltung ausschließlich genutzt wird für die Entgegennahme <ol style="list-style-type: none"> a) von Notrufverbindungen einschließlich der zugehörigen Daten oder b) der den Notruf begleitenden Daten; 4. „Notrufcodierung“ die Nummer mit mindestens einer von den Ziffern 0 bis 9 verschiedenen hexadezimalen Ziffer, mit der in öffentlichen Telefonnetzen ein Notrufanschluss adressiert wird; 5. „Notrufursprungsbereich“ das geografisch zusammenhängende Gebiet, aus dem alle unter der Notrufnummer 110 oder 112 eingeleiteten Notrufverbindungen aus einem Telekommunikationsnetz zum selben der jeweiligen Notrufnummer zugeordneten Notrufanschluss gelenkt werden; 6. „Notrufverbindung“ die Telefon- oder Telefaxverbindung, die zu einem Notrufanschluss über einen öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdienst für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans aufgebaut wird; die Telefon- oder Telefaxverbindung wird eingeleitet durch Wahl einer Notrufnummer oder durch Aussenden einer in den technischen Standards für die Gestaltung von Telekommunikationsnetzen ausschließlich für Notruf vorgesehenen Signalisierungsinformation, wobei das Endgerät zum Aussenden der Notrufnummer oder der entsprechenden Signalisierungsinformation veranlasst wird durch <ol style="list-style-type: none"> a) Eingabe einer Notrufnummer über die Zifferntasten, b) Betätigen einer ausschließlich für Notruf vorgesehenen Taste oder Tastenkombination oder c) einen entsprechenden Auslösemechanismus; 7. „Telefondienstanbieter“ wer öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans erbringt.‘ 	<p>2. un verändert</p>
<p>3. § 3 wird wie folgt geändert: a) Absatz 1 wird wie folgt geändert:</p>	<p>3. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>aa) Satz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Die nach Landesrecht zuständigen Behörden legen die Notrufabfragestellen mit ihren Einzugsgebieten und Notrufursprungsbereichen sowie die jeweiligen Ersatz-Notrufabfragestellen im Benehmen mit den betroffenen Netzbetreibern fest; dabei sollen die Grenzen der Notrufursprungsbereiche nach Möglichkeit so festgelegt werden, dass einerseits nicht unnötig feine Unterteilungen der gewachsenen Struktur der Teilnehmernetze erforderlich werden, andererseits aber die Standorte der Notrufenden so genau wie möglich den Notrufanschlüssen der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle zugeordnet werden.“</p> <p>bb) In Satz 2 werden das Wort „Einzugsgebiete“ durch das Wort „Notrufursprungsbereiche“ und die Angabe „§ 108 Abs. 3“ durch die Angabe „§ 108 Absatz 4“ ersetzt.</p> <p>cc) In den Sätzen 3, 5 und 6 wird jeweils das Wort „Einzugsgebiete“ durch das Wort „Notrufursprungsbereiche“ ersetzt.</p> <p>b) Absatz 2 wird wie folgt gefasst: „(2) Nach Eingang einer Mitteilung nach Absatz 1 Satz 6 ordnet die Bundesnetzagentur jedem Notrufursprungsbereich und jeder Notrufabfragestelle je eine eindeutige Kennzeichnung zu und legt für jeden Notrufanschluss eine Notrufcodierung fest. Sie stellt die ihr übermittelten Informationen sowie die von ihr vergebenen Kennzeichnungen und festgelegten Notrufcodierungen unverzüglich in einem Verzeichnis bereit, das von den betroffenen Netzbetreibern und Telefondiensteanbietern sowie von den nach Absatz 1 zuständigen Behörden und den von diesen benannten Notrufabfragestellen abgerufen werden kann, und veröffentlicht einen Hinweis auf die Abrufmöglichkeit in ihrem Amtsblatt. Das Verzeichnis ist gegen unberechtigte Zugriffe und unbefugte Veränderungen zu sichern.“</p> <p>c) In Absatz 3 wird das Wort „Telefondienste“ durch die Wörter „Telekommunikationsdienste für das Führen von ausgehenden Inlandsgesprächen zu einer oder mehreren Nummern des nationalen Telefonnummernplans“ ersetzt.</p>	
<p>4. § 4 wird wie folgt geändert: a) Dem Absatz 1 wird folgender Absatz 1 vorangestellt: „(1) Die Forderung aus § 108 Absatz 1 Satz 1 des Telekommunikationsgesetzes nach unentgeltlicher Bereitstellung von Notrufver-</p>	<p>4. § 4 wird wie folgt geändert: a) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5 und werden wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Der Telefondiensteanbieter, der den unter einer Notrufnummer geäußerten Verbindungswunsch eines Teilnehmers entgegennimmt, hat der Notrufabfragestelle als Teil der Notrufverbindung</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Rufnummer des Anschlusses <i>zu übermitteln</i>, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Anzeige der Rufnummer im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 102 Absatz 8 des Telekommunikationsgesetzes), 2. Angaben zum Standort des Endgerätes <i>zu übermitteln oder bereitzustellen</i>, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Übermittlung von Angaben zum Standort im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 98 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes), und 3. seine Anbieterkennung <i>zu übermitteln</i>. <p>Die übrigen an der Notrufverbindung beteiligten Diensteanbieter haben dafür zu sorgen, dass diese Daten an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die technischen Verfahren für die Übermittlung <i>oder Bereitstellung</i> dieser Daten werden in der Technischen Richtlinie nach § 6 festgelegt.</p> <p>(5) Der Telefondiensteanbieter, in dessen Bereich die Notrufverbindung ihren Ursprung hat, hat sicherzustellen, dass die Wahl der Ziffernfolge „110“ oder „112“, der andere Ziffern vorangehen, nicht zu einer Verbindung zu einer Notrufabfragestelle führt. Dies gilt nicht für das Voranstellen von Kennzahlen zur Betreiberauswahl. Eine Notrufverbindung ist ungeachtet der Notrufnummer folgender Ziffern unverzüglich zu der zuständigen Notrufabfragestelle herzustellen. Die an der Herstellung einer Notrufverbindung beteiligten Telefondiensteanbieter und Netzbetreiber haben sicherzustellen, dass Notrufverbindungen mit einem vom Netz festgestellten Ursprung im Ausland nicht zu Notrufanschlüssen im Inland hergestellt oder weitergeleitet werden.“</p> <p>e) Die bisherigen Absätze 5 und 6 werden die Absätze 6 und 7.</p> <p>f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und wird wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst: <ol style="list-style-type: none"> „1. Notrufverbindungen von Mobiltelefonen ohne Mobilfunkkarte sind nicht zulässig. 2. Jeder Mobilfunknetzbetreiber hat 	<p>d) Die bisherigen Absätze 3 und 4 werden die Absätze 4 und 5 und werden wie folgt gefasst:</p> <p>„(4) Der Telefondiensteanbieter, der den unter einer Notrufnummer geäußerten Verbindungswunsch eines Teilnehmers entgegennimmt, hat der Notrufabfragestelle als Teil der Notrufverbindung zu übermitteln</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. die Rufnummer des Anschlusses, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Anzeige der Rufnummer im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 102 Absatz 8 des Telekommunikationsgesetzes), 2. Angaben zum Standort des Endgerätes, von dem die Notrufverbindung ausgeht, auch wenn die Übermittlung von Angaben zum Standort im Einzelfall oder dauernd ausgeschlossen ist (§ 98 Absatz 3 des Telekommunikationsgesetzes), und 3. seine Anbieterkennung. <p>Die übrigen an der Notrufverbindung beteiligten Diensteanbieter haben dafür zu sorgen, dass diese Daten an die Notrufabfragestelle übermittelt werden. Die technischen Verfahren für die Übermittlung dieser Daten werden in der Technischen Richtlinie nach § 6 festgelegt.</p> <p>(5) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) u n v e r ä n d e r t</p> <p>f) Der bisherige Absatz 7 wird Absatz 8 und wird wie folgt geändert:</p> <ol style="list-style-type: none"> aa) Die Nummern 1 bis 3 werden wie folgt gefasst: <ol style="list-style-type: none"> „1. u n v e r ä n d e r t 2. u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf	Änderung
<p>im Rahmen von Nummer 1 sicherzustellen, dass auch für Teilnehmer anderer Mobilfunknetze Notrufverbindungen unter der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 von jedem in seinem Netz technisch verwendbaren Mobiltelefon möglich sind. Dies gilt nicht, wenn die Mobilfunkkarte beim Einbuchungsversuch als ungültig bewertet wird. Die Verpflichtung nach Absatz 4 Satz 1 Nummer 1 besteht für einen Mobilfunknetzbetreiber nur, wenn die Mobilfunkkarte in seinem Netz eingebucht ist.</p> <p>3. Für die Bestimmung der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 ist der vom Mobilfunknetz festgestellte Ursprung der Notrufverbindung bei Verbindungsbeginn maßgebend. Der Ursprung der Notrufverbindung ist mit mindestens der Genauigkeit zu ermitteln, die dem Stand der Technik kommerziell genutzter Lokalisierungsdienste entspricht. Solange es dem Stand der Technik entspricht, hat der Mobilfunknetzbetreiber zumindest die Funkzelle zu Grunde zu legen. In den Fällen des Satzes 3 hat der Mobilfunknetzbetreiber als Standortangabe die Bezeichnung der Funkzelle <i>anzugeben. Er hat darüber hinaus entweder die geografischen Koordinaten des Standortes des die Funkzelle versorgenden Mobilfunksenders und dessen Hauptabstrahlrichtung oder die geografischen Koordinaten des Zellschwerpunktes</i> anzugeben. Zu den Angaben nach Satz 4 hat der Mobilfunknetzbetreiber den Notrufabfragestellen aktuelle Informationen bereitzustellen, die für die Umsetzung von Funkzellenbezeichnungen in geografische Angaben erforderlich sind; <i>zu den Informationen nach Satz 5 sollen ergänzende Angaben zur Zellengröße und Zellenform bereitgestellt werden.</i>“</p> <p>bb) Nummer 4 wird aufgehoben. cc) Die bisherigen Nummern 5 und 6 werden die Nummern 4 und 5. dd) In der neuen Nummer 4 werden die Wörter „(Absatz 4 Satz 3)“ durch die Wörter „(Absatz 5 Satz 3)“ ersetzt.</p>	<p>3. Für die Bestimmung der örtlich zuständigen Notrufabfragestelle im Sinne des Absatzes 2 Satz 3 ist der vom Mobilfunknetz festgestellte Ursprung der Notrufverbindung bei Verbindungsbeginn maßgebend. Der Ursprung der Notrufverbindung ist mit mindestens der Genauigkeit zu ermitteln, die dem Stand der Technik kommerziell genutzter Lokalisierungsdienste entspricht. Solange es dem Stand der Technik entspricht, hat der Mobilfunknetzbetreiber zumindest die Funkzelle zu Grunde zu legen. In den Fällen des Satzes 3 hat der Mobilfunknetzbetreiber als Standortangabe die Bezeichnung der Funkzelle und die geografischen Koordinaten des Standortes des die Funkzelle versorgenden Mobilfunksenders einschließlich dessen Hauptabstrahlrichtung anzugeben. Zu den Angaben nach Satz 4 hat der Mobilfunknetzbetreiber den Notrufabfragestellen unabhängig von einer Notrufverbindung aktuelle Informationen bereitzustellen, die für die Umsetzung von Funkzellenbezeichnungen und Angaben zu den Standorten der Mobilfunksender in geografische Angaben über die Lage, Größe und Form der Funkzellen erforderlich sind.“</p> <p>bb) u n v e r ä n d e r t cc) u n v e r ä n d e r t dd) u n v e r ä n d e r t</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>ee) Die neue Nummer 5 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„5. Abweichend von Absatz 6 ist das automatische Herstellen einer Notrufverbindung unter der Notrufnummer 112 auch ohne unmittelbares Tätigwerden eines Menschen mittels dafür vorgesehener, in Kraftfahrzeugen installierter Einrichtungen (E-Call) zulässig.“</p>	<p>ee) Die neue Nummer 5 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„5. Abweichend von Absatz 6 ist das automatische Herstellen einer Notrufverbindung unter der Notrufnummer 112 auch ohne unmittelbares Tätigwerden eines Menschen mittels dafür vorgesehener, in Kraftfahrzeugen installierter Einrichtungen (pan-europäischer E-Call) zulässig.“</p>
<p>5. § 5 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Satz 1 wird wie folgt geändert:</p> <p>aa) Die Nummern 1 und 2 werden wie folgt gefasst:</p> <p>„1. die Betriebsbereitschaft dieser Anschlüsse ständig zu überwachen und sicherzustellen sowie diese Anschlüsse so zu gestalten, dass der Notrufabfragestelle neben den zu übertragenden Telefon- oder Telefaxsignalen auch die Daten nach § 4 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 8 Nummer 3 Satz 2 oder 4 übermittelt werden;</p> <p>2. diese Anschlüsse unter den von der Bundesnetzagentur nach § 3 Absatz 2 Satz 1 vorgegebenen Notrufcodierungen erreichbar zu machen;“</p> <p>bb) Nummer 7 wird aufgehoben.</p> <p>cc) Die bisherige Nummer 8 wird Nummer 7.</p> <p>b) Satz 2 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Bei der Umleitung von Notrufverbindungen nach Satz 1 Nummer 5 und 6 sind der Ersatznotrufabfragestelle auch die zugehörigen Daten nach § 4 Absatz 4 Satz 1 und Absatz 8 Nummer 3 Satz 2 oder 4 zu übermitteln.“</p>	<p>5. un verändert</p>
<p>6. § 6 Satz 1 wird wie folgt gefasst:</p> <p>„Die technischen Einzelheiten zu § 3 Absatz 1 Satz 2 Halbsatz 1 und Absatz 2, zu § 4 Absatz 2, 4, 5, 7 und 8 Nummer 3 sowie zu § 5 Satz 1 Nummer 1, 5 und 6 und Satz 2 legt die Bundesnetzagentur in der Technischen Richtlinie nach § 108 Absatz 4 des Telekommunikationsgesetzes unter Berücksichtigung der dort genannten Vorgaben fest.“</p>	<p>6. un verändert</p>

Gesetzentwurf	Änderung
<p>7. § 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) Absatz 1 wird wie folgt gefasst: „(1) Bis zum 30. April 2009 in Betrieb genommene öffentliche Münz- oder Kartentelefone nach § 78 Absatz 2 Nummer 5 des Telekommunikationsgesetzes, die Notrufverbindungen mit der Notrufnummer 112 oder 110 aufbauen können, dürfen bis zum 31. Dezember 2013 betrieben werden.“</p> <p>b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Einzugsgebiete“ die Wörter „und Notrufursprungsbereiche“ eingefügt.</p> <p>c) Absatz 5 wird aufgehoben.</p> <p>d) In Absatz 6 wird die Angabe „§ 4 Abs. 3 Nr. 2“ durch die Wörter „§ 4 Absatz 4 Satz 1 Nummer 2“ ersetzt.</p> <p>e) Absatz 7 wird aufgehoben.</p>	<p>7. § 7 wird wie folgt geändert:</p> <p>a) u n v e r ä n d e r t</p> <p>b) In Absatz 4 werden nach dem Wort „Einzugsgebiete“ die Wörter „und Notrufursprungsbereiche“ eingefügt und werden die Wörter „§ 3 Abs. 1 Satz 2 Halbsatz 1“ durch die Wörter „§ 3 Absatz 1 Satz 2 erster Halbsatz“ ersetzt.</p> <p>c) u n v e r ä n d e r t</p> <p>d) u n v e r ä n d e r t</p> <p>e) Absatz 7 wird wie folgt gefasst. „(7) Abweichend von § 4 Absatz 8 Nummer 3 Satz 4 ist es bis zum 31. Dezember 2014 ausreichend, wenn die geografischen Koordinaten des Standortes des die Funkzelle versorgenden Mobilfunksenders einschließlich dessen Hauptstrahlrichtung nach Maßgabe der Technischen Richtlinie gemäß § 108 Absatz 4 des Telekommunikationsgesetzes übermittelt werden.“</p>
Artikel 3 Bekanntmachungserlaubnis	Artikel 3 Bekanntmachungserlaubnis
Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann den Wortlaut des Telekommunikationsgesetzes in der am 1. <i>Januar</i> 2012 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.	Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie kann den Wortlaut des Telekommunikationsgesetzes in der am 1. März 2012 geltenden Fassung im Bundesgesetzblatt bekannt machen.
	Artikel 4 Die Betriebskostenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346, 2347) wird wie folgt geändert: § 2 Nummer 15 Buchstabe b wird wie folgt gefasst: „b) des Betriebs des mit einem Breitbandnetz verbundenen privaten Verteilanlage, hierzu gehören die Kosten entsprechend Buchstabe a, ferner die laufenden monatlichen Grundgebühren für Breitbandanschlüsse;“.
Artikel 4 Inkrafttreten	Artikel 5 Inkrafttreten
(1) Dieses Gesetz tritt vorbehaltlich der Absätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft.	(1) u n v e r ä n d e r t

Gesetzentwurf	Änderung
<p>(2) Artikel 1 tritt vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die §§ 66a, 66b und 66c sind mit dem Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1 und § 45d Absatz 2 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45o Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1 nicht mehr anzuwenden. § 150 Absatz 7 tritt am ersten Tag des vierten, § 46 Absatz 1 Satz 3 tritt am ersten Tag des siebten, die §§ 66g, 66 h Nummer 8 und § 149 Absatz 1 Nummer 13i und 13j treten am ersten Tag des dreizehnten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats in Kraft.</p>	<p>(2) Artikel 1 tritt vorbehaltlich der Sätze 2 und 3 am Tag nach der Verkündung in Kraft. Die §§ 66a, 66b und 66c sind mit dem Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 4 Nummer 1, § 45d Absatz 2 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 1 und § 45d Absatz 3 ist mit Inkrafttreten einer Rechtsverordnung nach § 45n Absatz 1 in Verbindung mit Absatz 6 Nummer 2 nicht mehr anzuwenden. § 150 Absatz 7 tritt am ersten Tag des vierten, § 46 Absatz 1 Satz 3 tritt am ersten Tag des siebten, § 66b Absatz 1 Satz 4, die §§ 66g, 66h Nummer 8 und § 149 Absatz 1 Nummer 13i und 13j treten am ersten Tag des dreizehnten auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendermonats in Kraft.</p>
<p>(3) Artikel 2 tritt am ... [einsetzen: Datum des zweiten Tages des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Kalendertages] in Kraft.</p>	<p>(3) u n v e r ä n d e r t</p>

Änderungsbegründungen
zum Entwurf eines Gesetzes
zur Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen
(BT-Drucksache 17/5707)

Artikel 1 (Zweites Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes)

Zu Artikel 1 Nummer 1 (Inhaltsübersicht)

Die Inhaltsübersicht wird an die inhaltlichen Änderungen des Telekommunikationsgesetzes angepasst.

Zu Artikel 1 Nummer 2 (Ziele und Grundsätze)

Mit der Beibehaltung der geltenden Rechtslage (§ 2 Abs. 5), wonach die Belange von Rundfunk und vergleichbaren Telemedien zu berücksichtigen sind, wird eine Empfehlung des Bundesrates umgesetzt. Die im Gesetzentwurf der Bundesregierung (BT-Drs. 17, 5707, S. 18) vorgesehene Änderung des § 2 Abs. 5 wird gestrichen.

Zu Artikel 1 Nummer 3 (§ 3 Begriffsbestimmungen)

Zu Nummer 30c:

Die Ersetzung des zeitlichen Bezugspunktes im Rahmen der Definition des Anfangs einer Warteschleife in § 3 Nr. 30c Satz 1 dient sowohl der Vereinheitlichung der Warteschleifenregelung in §§ 66b, 66g Nr. 5, 150 Abs. 7 Nr. 5 als auch der Beseitigung technischer Fragen bei Umsetzung der auf der Definition beruhenden Warteschleifenregelung. Der Zeitrahmen „...im Rahmen der Anrufzustellung“ wird insoweit weiter gefasst. Mit der Anpassung greift die Warteschleifenregelung ab Rufaufbau. Hierdurch wird die Rechtsanwendung erleichtert.

Der im Regierungsentwurf normierte Begriff der „Weitervermittlung“ wird im Kontext mit Auskunftsdienstleistungen verwendet. Zur Klarstellung, dass die „Weitervermittlung“ im Rahmen von Auskunftsdienstleistungen nicht der Warteschleifenregelung unterliegen, weil die „Weitervermittlung“ Teil der „Bearbeitung“ der Dienstleistung Auskunft darstellt, wird der Begriff „Weitervermittlung“ durch den Begriff „Weiterleitung“ ersetzt

Die Streichung der Bagatellregelung in Satz 5 erfolgt schließlich zur Vereinfachung der Warteschleifenregelung. Durch Wegfall dieser Ausnahmeregelung steht von vornherein und nicht erst nach Ablauf von 30 Sekunden zweifelsfrei fest, dass die Warteschleifenregelung gilt.

Zu Artikel 1 Nummer 11 (§ 15a Regulierungskonzepte und Antrag auf Auskunft über den Regulierungsrahmen für Netze der nächsten Generation)

Mit der Änderung in § 15a Absatz 3 wird sichergestellt, dass beim Erlass von Regulierungskonzepten das nach § 12 Abs. 1 und Abs. 2 TKG vorgesehene Konsultations- und Konsolidierungsverfahren durchgeführt wird, um so die nationalen Beteiligungsrechte zu wahren und die europarechtlich vorgesehene Einbeziehung der Europäischen Kommission und des GEREK sicherzustellen.

Mit § 15a Absatz 4 Satz 1 erhalten Betreiber eines öffentlichen Telekommunikationsnetzes im Falle des Auf- und Ausbaus von Netzen der nächsten Generation gegenüber der BNetzA einen gesonderten, anlassbezogenen Auskunftsanspruch. Auf Antrag können sie Auskunft über die zu erwartenden regulatorischen Rahmenbedingungen oder Maßnahmen nach Teil 2 des TKG in einer konkret bezeichneten Region des Bundesgebietes verlangen.

Ziel der Regelung ist es – aufbauend auf den ebenfalls neu eingeführten Regulierungsgrundsätzen (§ 2 Abs. 3 bzw. Art. 8 Abs. 5 RRL) und den Regulierungskonzepten (§ 15a Abs. 1 bis 3) –, den Unternehmen, die zu weitergehenden Investitionen in Netzen der nächsten Generation bereit sind, ein gesteigertes Maß an Planungssicherheit zu gewähren. Es sollen mit der vorgesehenen Regelung konkrete und verbindliche Festlegungen für bestimmte, auch regional begrenzte, den Aus- und Aufbau von Netzen der nächsten Generation betreffende Projekte ermöglicht werden. Auch die Festlegung auf einen bestimmten Risikozinssatz, der bei einer späteren Entgeltregulierung zugrunde gelegt werden soll, kann Gegenstand der Auskunft sein.

Soweit die Auskunft verbindliche Festlegungen nach Teil 2 enthält, d.h. die Auskunft Auswirkungen auf das Ergebnis der Marktdefinition und der Marktanalyse bzw. die dazugehörigen Verpflichtungen hat, ist gemäß § 15a Absatz 4 Satz 2 zwingend das Konsultations- und Konsolidierungsverfahren durchzuführen. Damit wird der Fall adressiert, dass die BNetzA bereits im Rahmen der Prüfung des Auskunftsantrags nach § 15a Absatz 4 Satz 1 die Sach- und Rechtslage soweit zukunftsicher beurteilen kann, dass eine Festlegung nach Teil 2 des TKG möglich ist. Hierzu ist – neben der Prüfung der materiellen Vorgaben nach Teil 2 des TKG – in jedem Fall das nach § 12 Abs. 1 und Abs. 2 TKG vorgesehene Konsultations- und Konsolidierungsverfahren durchzuführen, um die nationalen Beteiligungsrechte zu wahren und die europarechtlich vorgesehene Einbeziehung der Europäischen Kommission und des GEREK sicherzustellen.

Der Antrag des Betreibers von öffentlichen Telekommunikationsnetzen nach § 15a Absatz 4 Satz 1 muss eine weitestgehend konkrete Ausgestaltung des geplanten Auf- und Ausbaus des Netzes der nächsten Generation enthalten, so dass die BNetzA die Auskunftserteilung auf eine fundierte Sachverhaltskenntnis stützen und damit die gewünschte Planungssicherheit erhöhen kann. Aufgrund des in Teilen prognostischen Charakters der beantragten Auskunftserteilung muss die Antragsbegründung des Betreibers von öffentlichen Tele-

kommunikationsnetzen u. a. auch eine detaillierte Prognose der erwarteten Marktentwicklung enthalten. An den Detaillierungsgrad sind mit Blick auf den anzustrebenden Verbindlichkeitsgrad entsprechend hohe Anforderungen zu stellen, da es sich beim Antragsgegenstand zum Zeitpunkt der Antragsstellung um geplante Aus- und Aufbauprojekte von Netzen der nächsten Generation handelt.

Der Begriff der Netze der nächsten Generation orientiert sich an der Empfehlung der Europäischen Kommission vom 20. September 2010 (2010/572/EU) über den regulierten Zugang zu Zugangsnetzen der nächsten Generation (NGA), die gesetzliche Regelung ist damit entwicklungs offen angelegt.

Zu Artikel 1 Nummer 22 (§ 30 Entgeltregulierung)

Im Zuge der Neufassung des § 15a dient die Kürzung des § 30 Abs. 3 der Vereinfachung der Regelung durch Verallgemeinerung der gesetzlichen Abwägungserfordernisse, ohne Veränderung der zugrunde liegenden gesetzlichen Zielsetzung. Hierdurch soll dem Ermessensspielraum der Bundesnetzagentur Rechnung getragen werden. Zudem wird etwaigen Kollisionen mit europäischen Konkretisierungen zum Prüfungsumfang vorgebeugt.

Im Rahmen der Entgeltgenehmigung soll, soweit beim Aufbau von Netzen der nächsten Generation Risikobeteiligungsmodelle vereinbart wurden, diesen weitestgehend Rechnung getragen werden.

Effiziente Investitionen und Innovationen im Bereich neuer und verbesserter Infrastrukturen sollen dadurch gefördert werden, dass bei jeglicher Zugangsverpflichtung dem eingegangenen Risiko der investierenden Unternehmen gebührend Rechnung getragen wird. Verschiedene Vereinbarungen zur Diversifizierung des Investitionsrisikos zwischen Investoren und Zugangsbegehrenden sollen berücksichtigt werden. Gleichzeitig ist zu gewährleisten, dass der Wettbewerb auf dem Markt und der Grundsatz der Nichtdiskriminierung gewahrt werden.

Zu Artikel 1 Nummer 32 (§ 41a Netzneutralität)

Mit § 41a TKG wird neben den Regelungen im Kundenschutzteil des TKG (Teil 3) eine Rahmenregelung zur Netzneutralität geschaffen.

Durch Absatz 1 können bei Bedarf im Wege einer Rechtsverordnung grundsätzliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, durch die ungerechtfertigte netz- oder diensteseitige Diskriminierungen verhindert oder erschwert werden, die die Datenübermittlung oder die Qualität von Diensten willkürlich beeinträchtigen und somit den Zugang zu Inhalten und Anwendungen erschweren.

Hierzu wird die Bundesregierung ermächtigt, im Wege einer Rechtsverordnung, die der Zustimmung des Bundestages und des Bundesrates bedarf, gegenüber den Unternehmen, die Telekommunikationsnetze betreiben, die grundsätzlichen Anforderungen im Bereich der Netzneutralität festzulegen. Ziel der Festlegung dieser Grundsätze ist es, eine ungerechtfertigte Verschlechterung von Diensten und eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern und somit eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten und Anwendungen sicherzustellen. Bei der Festlegung dieser Grundsätze sind die europäischen Vorgaben sowie die Ziele und Grundsätze des § 2 zu berücksichtigen.

Absatz 2 ermöglicht der BNetzA – im Einklang mit europäischen Vorgaben – die Vorgabe technischer Mindestanforderungen. Sie kann hierzu im Wege einer Allgemeinverfügung die Einzelheiten über Mindestanforderungen an die Dienstqualität festlegen und somit die Grundlagen für eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und einen diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten absichern, soweit dies erforderlich ist. Ziel dieser Festlegungen ist es ebenfalls, eine ungerechtfertigte Verschlechterung von Diensten und eine ungerechtfertigte Behinderung oder Verlangsamung des Datenverkehrs in den Netzen zu verhindern und somit eine diskriminierungsfreie Datenübermittlung und den diskriminierungsfreien Zugang zu Inhalten und Anwendungen sicherzustellen. Mit Absatz 2 wird Art. 22 Abs. 3 URL umgesetzt.

Zu Artikel 1 Nummer 34 (§ 43a Verträge)

Mit dem neu eingefügten § 43a Abs. 1 Nr. 13 und Nr. 14 wird sichergestellt, dass der Verbraucher bereits im Rahmen des Vertrages über die erweiterten Sperrmöglichkeiten in § 45d Abs. 2 und Abs. 3 informiert wird.

Die redaktionelle Änderung in § 43a Abs. 2 Nr. 3 folgt aus der neu eingefügten Rahmenregelung zur Netzneutralität in § 41a und der Streichung der noch im Gesetzentwurfes der Bundesregierung enthaltenen Verordnungsermächtigung in § 45o.

Zu Artikel 1 Nummer 38 (§ 45d Netzzugang)

Die Möglichkeit einer netzseitigen Sperre nach § 45d Abs. 2 Satz 1 wird auch Mobilfunkangebote ausgeweitet. Außerdem werden redaktionelle Anpassungen vorgenommen.

Mit der verstärkten Nutzung von mobilen Datendiensten in Verbindung mit höherwertigen Endgeräten wird ebenfalls die Abrechnung von im Internet angebotenen Diensten über die Mobilfunkrechnung angeboten. Mit der Ergänzung von § 45d Abs. 3 wird diesem neuen Geschäftsmodell die nötige Flexibilität zur Ausgestaltung gegeben und gleichzeitig dem Teilnehmer das weitestgehende Maß an Transparenz und Kontrolle eingeräumt. Der Teilnehmer wird in die Lage versetzt, die in der Regel automatisch durch spezielle Abrech-

nungsschnittstellen durchgeführte Identifizierung seines Mobilfunkanschlusses zur Abrechnung einer neben der Verbindung erbrachten Leistung sperren zu lassen. Die Regelung schließt nicht aus, dass Anbieter und Teilnehmer eine differenzierte Sperre (z. B. nach Dienstgruppen) vereinbaren.

Zu Artikel 1 Nummer 40 (§ 45h Rechnungsinhalt, Teilzahlungen)

Die Telekommunikationsrechnung muss es dem Teilnehmer ermöglichen, die von ihm in Anspruch genommenen Leistungen auf eine transparente und übersichtliche Form nachzuvollziehen. Hierzu gehören auch die Leistungen, die von Dritten erbracht und dann über die Rechnung des Anbieters von öffentlichen Telekommunikationsdiensten abgerechnet wurden. Um bei der Vielzahl an unterschiedlichen möglichen Dienstleistungen Dritter weiterhin die Übersichtlichkeit der Rechnung zu gewährleisten, wird der Katalog der in der Rechnung auszuweisenden Daten auf das zwingend notwendige Maß begrenzt. Hierzu gehört nach § 45h Abs. 1 S. 1 Nr. 1 die konkrete Bezeichnung der in Rechnung gestellten Leistung (bspw. durch Gattungsbezeichnungen). Nicht ausreichend ist bspw. die Ausweisung von Produktnummern. Um dem Teilnehmer im Einzelfall darüber hinaus die detaillierte Kontrolle jedes Rechnungsposten und den Kontakt zum verantwortlichen Anbieter der Leistung zu ermöglichen, wird gleichzeitig der Informationsanspruch gemäß § 45p deutlich erweitert und das rechnungsstellende Unternehmen zum Hinweis auf diesen Informationsanspruch verpflichtet (§ 45h Abs. 1 S. 1 Nr. 3). In Anlehnung an die bisherige Regelung in § 45h Abs. 1 S. 1 wird sichergestellt, dass der Teilnehmer die Informationen nach § 45p ohne weitere Aufwendungen erlangen kann, indem sowohl der beteiligte Anbieter von Netzdienstleistungen als auch der rechnungsstellende Anbieter hierfür eine kostenfreie Kundendiensttelefonnummern zur Verfügung stellen muss (§ 45h Abs. 1 S. 1 Nr. 4).

In § 45h Abs. 4 erfolgen redaktionelle Anpassungen.

Nach Vorbild der vergleichbaren Ermächtigungsgrundlage in § 45e Abs. 2 zum Einzelverbindungs nachweis ermächtigt der neu eingefügte § 45h Abs. 5 die BNetzA, die Mindestangaben nach § 45h Abs. 1 S. 1 Nr. 3 festzulegen. Dies betrifft die Einzelheiten, die auf der Rechnung mindestens für einen transparenten und nachvollziehbaren Hinweis auf den Informationsanspruch des Teilnehmers nach § 45p erforderlich sind.

Zu Artikel 1 Nummer 41 (§ 45k Sperre)

Aufgrund der neuen Nummerierung von § 45p bzw. § 45q i. d. F. des Gesetzentwurfes der Bundesregierung kann die Verweisänderung entfallen.

Zu Artikel 1 Nummer 42 (§ 45n Transparenz, Veröffentlichung von Informationen und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle)

Da mit § 41a eine Rahmenregelung zur Netzneutralität geschaffen wird, kann die noch im Gesetzentwurfes der Bundesregierung vorgesehen Verordnungsermächtigung in § 45o (Dienstqualität und zusätzliche Dienstmerkmale zur Kostenkontrolle) entfallen (vgl. Nr. 42 des Gesetzentwurfes der Bundesregierung).

Der bisherige § 45o Abs. 3 des Gesetzentwurfes der Bundesregierung ist nunmehr in § 41a Abs. 2 und der bisherige § 45o Abs. 2 bzw. Abs. 4 des Gesetzentwurfes Bundesregierung in § 45n Abs. 2 Nr. 4 bzw. Abs. 6 integriert.

Mit § 45n Abs. 2 Nr. 4 können zur praktischen Umsetzung im Einzelnen unter anderem die zu erfassenden Parameter für die Dienstqualität und Inhalt, Form und Art der zu veröffentlichenden Angaben einschließlich etwaiger Qualitätszertifizierungsmechanismen vorgeschrieben werden, um sicherzustellen, dass die Endnutzer einschließlich behinderter Endnutzer Zugang zu umfassenden, vergleichbaren, zuverlässigen und benutzerfreundlichen Informationen haben. Gegebenenfalls können die in Anhang III URL aufgeführten Parameter, Definitionen und Messverfahren verwendet werden. Damit wird Art. 22 Abs. 2 URL umgesetzt (vgl. bisher § 45o Abs. 2 des Gesetzentwurfes der Bundesregierung).

Ebenso wie bei § 45d Abs. 2 kann im Falle des Erlasses einer Rechtsverordnung, die sich auf § 45n Abs. 6 S. 1 Nr. 2 stützt, auch die Regelung nach § 45d Abs. 3 in diese Rechtsverordnung übernommen werden (vgl. bereits Art. 4 i. d. F. des Gesetzentwurfes der Bundesregierung. Sollten die Anbieter von Mobilfunkdienstleistungen auf freiwilliger Basis Maßnahmen mit gleicher Wirkung für den Teilnehmer anbieten, kann von einer zusätzlichen Regelung auf Basis einer Rechtsverordnung abgesehen werden (vgl. § 45n Abs. 6 S. 2).

Die Ergänzung in § 45n Abs. 6 Nr. 5 dient der Klarstellung, die ihre Basis bereits in der Begründung zum Gesetzentwurfes der Bundesregierung findet. Mit der Verordnungsermächtigung wird die Möglichkeit geschaffen, die Maßnahmen zum Datenroaming, die durch die Verordnung zum Roaming in öffentlichen Mobilfunknetzen auf europäischer Ebene eingeführt wurden, auch auf das nationale mobile Datendienste zu übertragen. Wie bereits in der Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates geschehen ist jedoch darauf hinzuweisen, dass nach Art. 29 Abs. 1 a. E. Universaldienstrichtlinie (i. V. m. Anhang 1 Teil A Buchstabe g Universaldienstrichtlinie) vorgesehen ist, dass die Mitgliedstaaten sicherstellen, dass die Entscheidungskompetenz auf Ebene der nationalen Regulierungsbehörde angesiedelt wird (vgl. BT-Drs. 17/5704). Durch § 45n Abs. 6 Nr. 5 kann zu diese Entscheidungskompetenz u. a. die Festlegung eines pauschalen Höchstbetrags an ausstehenden Entgelten pro monatlichem Abrechnungszeitraum bzw. die Festlegung einer pauschalen Obergrenze für das Datenvolumen an ausstehenden Entgelten pro monatlichem Abrechnungszeitraum gehören. Zur Steigerung der Transparenz beim Endkunden kann des Weiteren auch die Verpflichtung zu einer geeignete Meldung, beispielsweise durch eine SMS-Nachricht oder ein E-Mail oder in Form eines Pop-up-Fensters auf den Computer, vor-

gesehen werden, sobald der Umfang der Datendienste einen bestimmten Prozentsatz des vereinbarten Höchstbetrags oder der vereinbarten Obergrenze für das Datenvolumen erreicht hat. Es kann vorgesehen werden, dass der Kunde das Recht hat, den Betreiber anzuweisen, solche Mitteilungen nicht mehr zu senden bzw. diesen Dienst kostenlos wieder bereitzustellen. Es kann außerdem vorgesehen werden, dass für den Fall, dass der Höchstbetrag oder diese Obergrenze für das Datenvolumen andernfalls überschritten werden, eine Meldung an das Mobiltelefon oder andere Gerät des Endnutzers zu senden ist. In der Meldung kann der Endnutzer darüber informiert werden, wie er die weitere Erbringung der Datendienste veranlassen kann, falls er dies wünscht, und welche Kosten für jede weitere Nutzungseinheit anfallen. Wenn der Endnutzer auf die eingegangene Meldung nicht entsprechend reagiert, kann vorgesehen werden, dass der Anbieter unverzüglich die Erbringung und Inrechnungstellung der Datendienste für diesen Endnutzer einstellt, es sei denn, der Endnutzer verlangt die weitere oder erneute Erbringung dieser Dienste.

Zu Artikel 1 Nummer 43 (§ 45p Auskunftsanspruch über zusätzliche Leistungen)

Mit § 45p Abs. 1 wird der bisherige Informationsanspruch des Teilnehmers erweitert und damit auf die aktuellen Marktgegebenheiten angepasst. Die Neuregelung korrespondiert mit den erweiterten Informationen, die dem Teilnehmer in der Rechnung zur Verfügung gestellt werden (vgl. § 45h). Die Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten, die dem Teilnehmer eine Rechnung stellen, die auch Entgelte für Leistungen Dritter ausweist, müssen dem Teilnehmer auf Verlangen unverzüglich die Namen und ladungsfähigen Anschriften der Dritten zur Verfügung stellen (§ 45p Abs. 1 Nr. 1). Werden Leistungen von Diensteanbietern mit Sitz im Ausland in Rechnung gestellt, muss dem Teilnehmer zusätzlich die ladungsfähige Anschrift eines allgemeinen Zustellungsbevollmächtigten im Inland zur Verfügung gestellt werden (§ 45p Abs. 1 Nr. 2). Die gleichen Verpflichtungen treffen auch den beteiligten Anbieter von Netzdienstleistungen (§ 45p Abs. 1 S. 2). Mit § 45p Abs. 2 wird die bisherige Informationsverpflichtung des verantwortliche Anbieters einer neben der Verbindung erbrachten Leistung nach § 45p im Wesentlichen fortgeführt.

Zu Artikel 1 Nummer 44 (§ 46 Anbieterwechsel und Umzug)

Entsprechend der Prüfbitte des Bundesrates (vgl. BT-Drs. 17/5707) dient die Ergänzung in § 46 Abs. 4 S. 4 dazu, dass auch der aufnehmende Anbieter gegenüber dem Endnutzer darüber informieren muss, dass der bestehende Vertrag zwischen Endnutzer und abgebendem Anbieter unberührt bleibt.

Entsprechend der Forderung des Bundesrates (vgl. BT-Drs. 17/5707) dient die Ergänzung in § 46 Abs. 8 S. 1 der Klarstellung, dass der bisherige Vertrag nicht nur ohne Änderung der vereinbarten Vertragslaufzeit, sondern auch unter Beibehaltung der sonstigen Vertragsinhalte fortzuführen ist.

Die in § 46 Abs. 8 S. 2 vorgesehene Änderung findet ihre Basis bereits in der Begründung zum Gesetzentwurfes der Bundesregierung. Entsprechend der Forderung des Bundesrates (vgl. BT-Drs. 17/5707) wird die

betragsmäßige Deckelung des Entgelts für den Umzugsaufwand nunmehr zur Klarstellung auf Gesetzesebene verankert.

Zu Artikel 1 Nummer 45 (§ 47 Bereitstellen von Teilnehmerdaten)

Die Ergänzung des § 47 Abs. 1 vervollständigt die bereits 2009 mit dem ersten Gesetz zur Änderung des Telekommunikationsgesetzes in § 95 Abs. 2 S. 1 aufgenommene Befugnis zur Nutzung von Teilnehmerbestandsdaten für die Unterrichtung von Teilnehmern über einen individuellen Gesprächswunsch eines anderen Nutzers.

Hierdurch wurde der steigenden Anzahl von Mobilfunkanschlüssen Rechnung getragen, die im Gegensatz zu Festnetzanschlüssen nur in geringem Umfang in öffentlichen Teilnehmerverzeichnissen enthalten sind. Damit war auch der Beauskunftung durch Auskunftsdienste Grenzen gesetzt, auch wenn die Nichteintragung nicht in der Absicht erfolgt sein sollte, alle individuellen Gesprächswünsche Dritter zu blockieren.

Die im Jahre 2009 in § 95 Abs. 2 S. 1 eingefügte Regelung ermöglicht die Herstellung individueller Gesprächswünsche, ohne dass die Rufnummer veröffentlicht oder dem Anrufer bekannt gemacht wird. Die Nutzungsbefugnisse an Bestandsdaten wurden hierfür um die Übermittlung eines individuellen Gesprächswunsches ergänzt.

Ein Anspruch der hierauf spezialisierten Dienste auf Übermittlung der Bestandsdaten gegenüber Unternehmen, die öffentlich zugängliche Telekommunikationsdienste erbringen und Rufnummern an Endnutzer vergeben, bestand bislang nicht. Ebenso wie klassischen Auskunftsdiensten soll ihnen nunmehr ein solcher Übermittlungsanspruch zustehen.

Zu Artikel 1 Nummer 52 (§ 55 Frequenzzuteilung)

Der Änderungsbefehl wird rechtsförmlich angepasst.

Zu Artikel 1 Nummer 60 (§ 63 Widerruf der Frequenzzuteilung, Verzicht)

Nach dem geltendem § 63 Abs. 5 sollten alle Frequenzzuteilungen für den analogen UKW-Hörfunk bis Ende 2015 widerrufen werden. Die ursprünglich im Zusammenhang mit der Digitalisierung des Fernsehens abgeleitete Annahme, dass Hörfunk dann ganz überwiegend digital verbreitet werde, ist nicht eingetreten.

Gleichwohl ist Digitalradio (DAB+) mit dem ersten bundesweiten Multiplex und ergänzenden regionalen Angeboten seit dem 1. August 2011 in Deutschland neu gestartet. Die Bundesregierung hat zugesagt, im europäischen Rahmen für die rasche Verbreitung hybrider Endgeräte einzutreten, die sowohl Digitalradio als auch UKW sowie andere Standards wie Webradio empfangen können. Die zur Zeit zunehmend nachgefragten Geräte enthalten alle mehrere dieser Standards – sowohl UKW als auch DAB+.

Der neue § 63 Abs. 4 bezieht sich auf bestehende Frequenzzuteilungen für analogen UKW-Hörfunk. Sofern diese von der Bundesnetzagentur im Vorgriff auf den Widerruf nach dem bisherigen Recht bis 2015 befristet sind, werden sie bis zum Ende der medienrechtlichen Zuweisung nach Landesrecht verlängert. Fehlt es dort an einer Befristung, wird die Zuteilung um zehn Jahre, also bis Ende 2025 verlängert. Voraussetzung ist, dass der jew. Inhaltenanbieter dies wünscht.

§ 57 Abs. 1 des Gesetzentwurfes der Bundesregierung sieht nun erstmals vor, dass der Inhaltenanbieter bei der Auswahl des Sendernetzbetreibers beteiligt wird. Für bestehende UKW-Zuteilungen sieht § 63 Abs. 4 daher die Möglichkeit vor, die Zuteilung zu widerrufen und einem anderen Sendernetzbetreiber zu erteilen, soweit er die allgemeinen Voraussetzungen erfüllt. Dies ist erstmals ab 2016 möglich, da dann ein Vertrauensschutz des Zuteilungsnehmers gemäß dem bisherigen Recht nicht besteht. Die angemessene Frist wird sich auch nach den üblichen Kündigungsfristen der Verträge zwischen Sendernetzbetreiber und Inhaltenanbieter bestimmen.

Spätere Verlängerungen oder Neuzuteilungen nach §§ 55 ff bleiben unberührt.

Die Entwicklung des analogen UKW-Hörfunks folgt den medienrechtlichen Überlegungen der Länder, die entscheiden, ob und wann an dieser Art der Programmverbreitung teilweise oder in Gänze kein Bedarf mehr besteht. Mittelbar wird dies von der Marktentwicklung digitaler Programmverbreitung/-rezeption abhängen. Eine Frequenzzuteilung durch die Bundesnetzagentur ohne einen fortbestehenden Bedarf an analogem UKW-Hörfunk erfolgt nicht.

Zu Artikel 1 Nummer 62 (§ 66b Preisansage)

Mit § 66b Abs. 1 S. 1 wird die bereits in vorhergehenden Gesetzgebungsverfahren erwogene Stärkung der Preistransparenz im Bereich der Betreiberauswahl im Einzelwahlverfahren nach § 3 Nr. 4a (sog. Call-by-Call, wieder aufgegriffen, vgl. BT-Drs. 16/2581, S. 30). Beim Zugang eines Teilnehmers zu den Diensten aller unmittelbar zusammengeschalteten Anbieter von öffentlich zugänglichen Telekommunikationsdiensten im Einzelwahlverfahren durch Wählen einer Kennzahl, der dem Teilnehmer am Teilnehmeranschluss (§ 3 Nr. 21) zur Verfügung gestellt wird, ist es in unregelmäßigen Abständen zu vereinzelt Missbrauchsfällen in Form von kurzfristigen Preisanhebungen einzelner Anbieter der sprachgestützten Betreiberauswahl gekommen. Diesen Missbräuchen kann mit einer Preisansage am wirkungsvollsten begegnet werden. Bereits jetzt existiert eine große Anzahl an Anbietern, die auf freiwilliger Basis Preisansagen schalten. Somit ist zum einen nur eine begrenzte Anzahl an verbleibenden Unternehmen von etwaigen Umstellungsmaßnahmen betroffen und zum anderen ist die technische Realisierbarkeit sichergestellt. Demzufolge ist diese Maßnahme zur Herstellung eines bundesweit einheitlichen Transparenzniveaus vertretbar. Gleiches gilt für mögliche zukünftige Festlegungen aufgrund Teil 2 des Gesetzes, die nicht nur den Teilnehmeranschluss an festen Standorten, sondern den Zugang zu Mobilfunknetzen betreffen.

Warteschleifen nach § 66g Abs. 1 Nr. 5 sind für die Dauer der Warteschleife für den Anrufer kostenfrei. Diese Kostenfreiheit ist gemäß § 66g Abs. 2 ansagepflichtig und ergänzt bei sprachgestützten Premium-Diensten und sprachgestützten Betreiberauswahlen die Preisansageverpflichtung nach § 66b Abs. 1.

Mit dem neu eingefügten § 66b S. 4 wird klargestellt, dass die Ansagepflicht des § 66g Abs. 2 für die zwischenzeitliche Kostenfreiheit keine zusätzliche Verpflichtung zur Ansage von Preisänderungen nach § 66b Abs. 1 S. 3 verursacht. Hierdurch wird eine für den Verbraucher verwirrende Vielzahl von aneinander gereihten Preis- und Preisänderungsansagen im Falle von Warteschleifen vermieden.

Zu Artikel 1 Nummer 64 (§ 66g Warteschleifen)

In § 66g Abs. 1 Nr. 2 wird ein Verweis auf den ebenfalls neuen dritten Absatz eingefügt. Mit diesem dritten Absatz wird der Bundesnetzagentur die Befugnis eingeräumt, Rufnummern den ortsgebundenen Rufnummern in Bezug auf den Einsatz von Warteschleifen gemäß Absatz 1 Nr. 2 gleichzustellen und auch für diesen Einsatz von Warteschleifen zuzulassen.

Voraussetzung hierfür ist gemäß Absatz 3, dass es sich nicht um Diensterufnummern handelt, für die der Angerufene Ausschüttungen erhält und dass für Anrufe zu diesen Rufnummern im Rahmen von Pauschalтарifen (z.B. Flatrate-Tarife) regelmäßig kein zusätzliches Entgelt erhoben wird. Auch im Übrigen, d.h. außer-

halb von Pauschaltarifen, soll die Tarifierung der Rufnummern – z.B. im Hinblick auf Tarifhöhe und -taktung – keine abweichende Behandlung gegenüber ortsgebundenen Rufnummern rechtfertigen.

Soweit die Vergleichbarkeit der Rufnummern insbesondere im Hinblick auf Ausschüttungen und Kosten für den Anrufer gegeben ist, ist eine Ungleichbehandlung nicht gerechtfertigt. Die Auffangregelung war insoweit erforderlich, da die vergleichbaren Fälle angesichts der fortwährendem Wandel und Innovationen unterliegenden Telekommunikationsmärkten nicht statisch abschließend benannt werden können.

Die Änderungen des Absatz 1 Nummer 5 und Absatz 2 Satz 1 am Ende dienen der sprachlichen Vereinheitlichung der Warteschleifenregelung im Hinblick auf die Nummern 1 bis 4, die bereits jeweils an den Anruf anknüpfen.

Die Ergänzung in Absatz 2 Satz 2 verhindert, dass die Bearbeitung eines Anruferanliegens im Interesse des Anrufers nicht durch eine noch nicht vollständige Ansage der Kostenfreiheit der Warteschleife verzögert wird. Hierdurch werden sowohl unnötige Wartezeiten auf Seiten der Verbraucher als auch unnötige Kosten auf Seiten der Angerufenen vermieden.

Zur Durchsetzung der Warteschleifenregelung greift eine Vielzahl von Instrumenten – Wegfall der Entgeltzahlungspflicht nach § 66h Nr. 8, zwangsgeldbewehrte Unterlassungsanordnungen nach § 126, Rufnummernentzug nach § 67 Abs. 1 und Verhängung von Bußgeldern bis zu hunderttausend Euro.

Zu Artikel 1 Nummer 72 (§ 68 Grundsatz der Benutzung öffentlicher Wege)

Mit der ergänzenden Regelung erhalten die Unternehmen die Möglichkeit, Glasfaserleitungen einschließlich Kabelkanäle in Abweichung der Allgemeinen Technischen Bestimmungen für die Benutzung von Straßen durch Leitungen und Telekommunikationslinien (ATB) mit einer geringeren Verlegetiefe zu verlegen. Mit Blick auf das Ziel, den Auf- und Ausbau der Netze der nächsten Generation voranzutreiben, ermöglicht die Regelung eine kostengünstigere und zügigere Verlegung moderner Glasfasernetze. Bei den Verlegetechniken Microtrenching bzw. Minitrenching wird ein Graben in den Asphalt gefräst und das Kabel mit einer Tiefe von 30 cm (Microtrenching) verlegt. Mit den übrigen Kriterien wird sichergestellt, dass die Verringerung der Verlegetiefe nicht zu einer Beeinträchtigung des Schutzniveaus und zu einer Erhöhung des Erhaltungsaufwands führen darf, es sei denn das Unternehmen trägt die entsprechenden Folgekosten. Die Ausnahmeregelung gilt nicht für Bundesautobahnen und autobahnähnlich ausgebaute Bundesfernstraßen.

Zu Artikel 1 Nummer 73 (§ 69 Übertragung des Wegerechts)

In § 69 Abs. 1 wird der Kreis derer, auf die eine Berechtigung zur Nutzung bestimmter öffentlicher Infrastrukturen übertragen werden kann, auf „Eigentümer“ öffentlicher Telekommunikationsnetze erweitert. Mit der Änderung wird eine Empfehlung des Bundesrates übernommen. Die Einbeziehung von Eigentümern von Telekommunikationsnetzen in die Regelung über die kostenlose Nutzung öffentlicher Wege, Plätze und Brücken sowie öffentlicher Gewässer berücksichtigt Fallgestaltungen, bei denen Infrastruktureigentümer Netze nicht selbst betreiben, sondern verpachtet haben. Die Erweiterung des Anwendungsbereiches erleichtert den Auf- und Ausbau neuer Breitbandnetze.

Zu Artikel 1 Nummer 74 (§ 76 Beeinträchtigung von Grundstücken und Gebäuden)

Nach der bisherigen Rechtslage in § 76 Abs. 1 kann der Eigentümer die Errichtung, den Betrieb und die Erneuerung von Telekommunikationslinien auf seinem Grundstück in bestimmten Fällen nicht verbieten. Das für einen zügigen flächendeckenden Ausbau von neuen Hochgeschwindigkeitsnetzen sehr wichtige Anliegen, auch Privatgrundstücke für einen so genannten „Hausstich“ nutzen zu können, wird durch eine Ergänzung der bereits geltenden Regelung zur Nutzung privater Grundstücke umgesetzt. Danach darf ein Grundstück bzw. Gebäude an ein hochleistungsfähiges Telekommunikationsnetz auch gegen den Willen des Eigentümers auf Kosten des Telekommunikationsunternehmens angeschlossen werden. Der Duldungsanspruch ist dann ausgeschlossen, wenn die Maßnahmen eine unzumutbare Beeinträchtigung der Eigentumsrechte darstellen. Die Erweiterung der Regelung ermöglicht es den Unternehmen, im Rahmen einer Baumaßnahme alle anliegenden Häuser eines Straßenzuges an Glasfaserleitungen anzuschließen und damit die Ausbaurkosten zu reduzieren. Eine Grenze der Duldungspflicht bildet die Zumutbarkeit. Der Grundstücks- und Gebäudeeigentümer, der durch die Maßnahmen mit keinerlei Kosten belastet werden darf, hat unter den Voraussetzungen des § 76 Abs. 2 in bestimmten Fällen einen Anspruch auf einen angemessenen Ausgleich in Geld. Im Übrigen hat der Nutzungsberechtigte nach Abschluss der Arbeiten den früheren Zustand des Grundstücks bzw. des Gebäudes unverzüglich auf seine Kosten wiederherzustellen. Damit wird den Belangen des Artikels 14 Grundgesetz Rechnung getragen.

Zu Artikel 1 Nummer 75 (§ 77a Gemeinsame Nutzung von Infrastrukturen durch Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze; § 77b Alternative Infrastrukturen); § 77c Mitnutzung von Bundesfernstraßen in der Baulast des Bundes; § 77d Mitnutzung von Bundeswasserstraßen; § 77e Mitnutzung von Eisenbahninfrastruktur)

§ 77a:

Mit der Ergänzung in § 77a wird ein Vorschlag des Bundesrates aufgegriffen, wonach der Mitbenutzungsanspruch sich nicht nur auf „Verkabelungen“, sondern auch auf „Kabelkanäle“ bezieht. Mit der Ergänzung werden der Regelungszweck und das Ziel der Vorschrift klarer gefasst, nämlich Synergieeffekte bei der Inhouse-Verkabelung zu erzielen und mit den daraus möglichen Kosteneinsparungen den angestrebten Breitbandausbau zu fördern.

Die Einfügung des Wortes „die“ in § 77a Abs. 1 S. 3 erfolgt aus redaktionellen Gründen.

Die Ersetzung des Begriffs „Kosten“ durch „angemessene Entgelte“ in § 77a Abs. 2 dient der Klarstellung, dass der Eigentümer der Infrastruktur nicht nur einen Kostenausgleich sondern ggf. ein Entgelt für die Mitbenutzung seiner Infrastruktur erhalten muss.

In § 77a Abs. 3 S. 1 wird der Kreis der Informationsverpflichteten auf „juristische Personen des öffentlichen Rechts“ erweitert. Damit wird einer Empfehlung des Bundesrats gefolgt. Mit der Einbeziehung der Infrastruktureinrichtungen von Bund, Länder und Kommunen (z.B. Abwasserkanäle) in den Datenpool kann der von der BNetzA bereitgestellte Infrastrukturatlas weiter optimiert werden. Ziel ist es, bestehende Infrastrukturen besser und optimal für den Breitbandausbau nutzen zu können.

Die Änderung in § 77a Abs. 3 S. 4 dient der Klarstellung.

§ 77b:

§ 77b wird neu in das Telekommunikationsgesetz eingefügt. Das für den Breitbandausbau wichtige Anliegen, alternative Infrastrukturen (kommunale Abwasserkanäle, Energieleitungen, Kabelkanäle in Strassen usw.) für Zwecke des Auf- und Ausbaus von Netzen der nächsten Generation zu öffnen, wird zu den bereits im Gesetzentwurf enthaltenen einschlägigen Bestimmungen durch die Einführung eines Schlichtungsverfahrens bei der BNetzA ergänzt. Mit der neuen Regelung soll der Zugang zu alternativen Infrastrukturen wie Wasserleitungen und Abwasserkanälen im Interesse eines beschleunigten und kostengünstigen Breitbandausbaus erleichtert werden. Danach werden alle Infrastrukturihaber verpflichtet, auf Nachfrage über eine Mitbenutzung ihrer Infrastrukturen zu verhandeln. Kommt keine Einigung zustande, unterbreitet die BNetzA einen Einigungsvorschlag. Mit Blick auf die europäischen Vorgaben, die eine netzübergreifende, alle Infrastrukturen erfassende einheitliche Zugangsregulierung unabhängig vom Vorliegen marktmächtiger Stellungen in diesem Umfang nicht zulassen, ist der Schlichterspruch für die Beteiligten unverbindlich. Dennoch ist

davon auszugehen, dass allein die Verhandlungspflicht und das Vorliegen eines Einigungsvorschlags dazu führen wird, dass alternative Infrastrukturen in größerem Umfang als bisher für die Breitbandnutzung geöffnet werden können. Die wesentlichen Elemente des danach möglichen Schlichtungsverfahrens werden in § 77b genannt; ergänzend dazu gilt die Schlichtungsordnung der Bundesnetzagentur nach § 47a Abs. 4.

§ 77c:

In Ergänzung zum allgemeinen Wegerecht, welches der Bund an die Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze übertragen kann, erhalten die Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen durch § 77c Absatz 1 Satz 1 für alle Bundesfernstraßen, die in der Baulast des Bundes stehen, einen umfassenden Mitnutzungsanspruch. Der Mitnutzungsanspruch umfasst die Teile einer Bundesfernstraße, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Das Ziel der Regelung ist es, die schnelle und unbürokratische Mitnutzung insbesondere von bestehenden Leerrohrsystemen zu ermöglichen bzw. bei Neu- und Ausbaumaßnahmen entsprechende Mitnutzungsmöglichkeiten bereits bei der Planung mit zu berücksichtigen. Damit werden unter Einbeziehung aller Ebenen der Bundesverwaltung die Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau der Netze der nächsten Generation u. a. durch eine Reduzierung der Grabungskosten weiter verbessert.

In Anlehnung an die vergleichbaren Regelungen zum Wegerecht ist die Mitnutzung so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt (Absatz 1 Satz 2). Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Trägers der Straßenbaulast (Absatz 1 Satz 3). Die Zustimmung kann – soweit zwingend erforderlich – mit Nebenbestimmungen versehen werden, die jedoch diskriminierungsfrei auszugestalten sind (Absatz 1 Satz 4). Diskriminierungsfrei sind etwaige Nebenbestimmungen zunächst, wenn bei mehreren Antragsstellern oder vergleichbaren Sachverhalten dem allgemeinen Gleichheitssatz Rechnung getragen wird. Im Falle des Absatzes 1 Satz 4 ist jedoch zusätzlich das der Regelung zugrunde liegende übergeordnete Ziel einer nachhaltigen und zügigen Förderung des Auf- und Ausbaus der Netze der nächsten Generation zu beachten. Damit ist neben den Interessen des Trägers der Straßenbaulast insbesondere auch das Interesse des Betreibers öffentlicher Telekommunikationsnetze an einem zügigen Aus- und Aufbau der Netze der nächsten Generation und damit das Interesse der Bundesregierung an einem effizienten Breitbandausbau bei der diskriminierungsfreien Ausgestaltung etwaiger Nebenbestimmungen zu berücksichtigen. Inhaltlich ist darüber hinaus der Regelungsbereich etwaiger Nebenbestimmungen auf die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten begrenzt (Absatz 1 Satz 5). Mit Absatz 1 Satz 6 wird klargestellt, dass für bauliche Anlagen wie z. B. Sendemasten eine Sondernutzungserlaubnis nach § 8 Bundesfernstraßengesetz notwendig sein kann. Durch Absatz 1 Satz 7 wird klargestellt, dass etwaige Entgelte für die Mitnutzung kostendeckend sein müssen.

Mit Absatz 2 wird vorgesehen, dass das in § 133 zunächst für Streitigkeiten zwischen Telekommunikationsunternehmen vorgesehene Streitschlichtungsverfahren auch entsprechend auf etwaige Konfliktfälle zwischen dem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und dem Träger der Straßenbaulast Anwendung finden kann. Damit kann in die Lösung etwaiger Konfliktfälle zwischen Straßenbaulastträger und Telekommunikationsnetzbetreiber das gesamte Fachwissen der Bundesnetzagentur als zuständige Fachbehörde für die Regulierung des Telekommunikationsmarktes eingebracht werden. Außerdem wird durch die nach § 133 Absatz 1 Satz 1 vorgesehene verbindliche Entscheidung gleichzeitig eine für vergleichbare Fälle bundesweit einheitliche Regelung erreicht. Dieses erhöht für alle am Markt tätigen Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen die Rechts- und Planungssicherheit beim Aus- und Aufbau von Netzen der nächsten Generation. Gleiches gilt für die etwaige gerichtliche Überprüfung durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Mit Blick auf die originäre und umfassende Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die „Benutzung und Mitbenutzung öffentlicher und privater Wege, Grundstücke und Gewässer für Telekommunikationszwecke“ (vgl. u.a. Abschnitt 3 des TKG) bzw. des Zugangs zu Infrastrukturen wird eine verpflichtende Anordnungsbefugnis der Bundesnetzagentur gegenüber Hoheitsträgern für zulässig erachtet. Insoweit gilt das gleiche wie in anderen Rechtsbereichen.

Mit Absatz 3 wird gewährleistet, dass alle Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen eine zentrale Übersicht über die für die Bearbeitung von Mitnutzungsanträgen zuständigen Stellen erhalten.

§ 77d:

Ebenso wie in § 77c wird auch mit § 77d Absatz 1 Satz 1 ein umfassender Mitnutzungsanspruch der Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen gegenüber dem Bund als Eigentümer der Bundeswasserstraßen vorgesehen. Der Mitnutzungsanspruch umfasst die Teile aller im Bundeseigentum stehenden Wasserstraßen, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Das Ziel der Regelung ist es, die schnelle und unbürokratische Mitnutzung insbesondere von bestehenden Leerrohrsystemen zu ermöglichen bzw. bei Neu- und Ausbaumaßnahmen entsprechende Mitnutzungsmöglichkeiten bereits bei der Planung mit zu berücksichtigen. Damit werden unter Einbeziehung aller Ebenen der Bundesverwaltung die Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau der Netze der nächsten Generation u. a. durch eine Reduzierung der Grabungskosten weiter verbessert.

Ebenso wie bei der Mitnutzung der Bundesfernstraßen (§ 77d) ist die Mitnutzung so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt (Absatz 1 Satz 2). Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Eigentümers der Wasserstraße (Absatz 1 Satz 3). Die Zustimmung kann – soweit zwingend erforderlich – mit Nebenbestimmungen versehen werden, die jedoch diskriminierungsfrei auszugestalten sind (Absatz 1 Satz 4). Diskriminierungsfrei sind etwaige Nebenbestimmungen zunächst, wenn bei mehreren Antragsstellern oder vergleichbaren Sachverhalten dem allgemeinen Gleichheitssatz Rechnung getragen wird. Im Falle

des Absatzes 1 Satz 4 ist jedoch zusätzlich das der Regelung zugrunde liegende übergeordnete Ziel einer nachhaltigen und zügigen Förderung des Aus- und Ausbaus der Netze der nächsten Generation zu beachten. Damit ist neben den Interessen des Bundes als Eigentümer der Wasserstraße insbesondere auch das Interesse des Betreibers öffentlicher Telekommunikationsnetze an einem zügigen Aus- und Aufbau der Netze der nächsten Generation und damit das Interesse des Bundes an einem effizienten Breitbandausbau bei der diskriminierungsfreien Ausgestaltung etwaiger Nebenbestimmungen zu berücksichtigen. Inhaltlich ist darüber hinaus der Regelungsbereich etwaiger Nebenbestimmungen auf die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten begrenzt. Hiervon kann bspw. auch der für die Schifffahrt erforderliche Zustand der Bundeswasserstraße berührt sein (Absatz 1 Satz 5). Durch Absatz 1 Satz 6 wird klargestellt, dass etwaige Entgelte für die Mitnutzung kostendeckend sein müssen.

Mit Absatz 2 wird vorgesehen, dass das in § 133 zunächst für Streitigkeiten zwischen Telekommunikationsunternehmen vorgesehene Streitschlichtungsverfahren auch entsprechend auf etwaige Konfliktfälle zwischen dem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes Anwendung finden kann. Damit kann – ebenso wie bei der Mitnutzung von Bundesfernstraßen (§ 77c) – in die Lösung etwaiger Konfliktfälle zwischen der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes und Telekommunikationsnetzbetreibern das gesamte Fachwissen der Bundesnetzagentur als zuständige Fachbehörde für die Regulierung des Telekommunikationsmarktes eingebracht werden. Außerdem wird durch die nach § 133 Absatz 1 Satz 1 vorgesehene verbindliche Entscheidung gleichzeitig eine für vergleichbare Fälle bundesweit einheitliche Regelung erreicht. Dieses erhöht für alle am Markt tätigen Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen die Rechts- und Planungssicherheit beim Auf- und Aufbau von Netzen der nächsten Generation. Gleiches gilt für die etwaige gerichtliche Überprüfung durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Mit Blick auf die originäre und umfassende Zuständigkeit der Bundesnetzagentur für die „Benutzung und Mitbenutzung öffentlicher und privater Wege, Grundstücke und Gewässer für Telekommunikationszwecke“ (vgl. u.a. Abschnitt 3 des TKG) bzw. des Zugangs zu Infrastrukturen wird eine verpflichtende Anordnungsbefugnis der Bundesnetzagentur gegenüber Hoheitsträgern für zulässig erachtet. Insoweit gilt das gleiche wie in anderen Rechtsbereichen.

Mit Absatz 3 wird gewährleistet, dass alle Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen eine zentrale Übersicht über die für die Bearbeitung von Mitnutzungsanträgen zuständigen Stellen erhalten.

§ 77e:

Ebenso wie in § 77c (Bundesfernstraßen) und § 77d (Bundeswasserstraßen) wird mit § 77e Absatz 1 Satz 1 ein umfassender Mitnutzungsanspruch der Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen gegenüber

Eisenbahninfrastrukturunternehmen, die sich überwiegend in der Hand des Bundes oder eines mehrheitlich dem Bund gehörenden Unternehmens befinden, vorgesehen. Der Mitnutzungsanspruch umfasst die Teile der Eisenbahninfrastruktur, die zum Auf- und Ausbau von Netzen der nächsten Generation genutzt werden können. Das Ziel der Regelung ist es, die schnelle und unbürokratische Mitnutzung insbesondere von bestehenden Leerrohrsystemen zu ermöglichen bzw. bei Neu- und Ausbaumaßnahmen entsprechende Mitnutzungsmöglichkeiten bereits bei der Planung mit zu berücksichtigen. Damit werden unter Einbeziehung aller Ebenen der Bundesverwaltung und der Infrastrukturen im Einflussbereich des Bundes die Rahmenbedingungen für den Auf- und Ausbau der Netze der nächsten Generation u. a. durch eine Reduzierung der Grabungskosten weiter verbessert.

Ebenso wie bei der Mitnutzung der Bundesfernstraßen (§ 77d) und Bundeswasserstraßen (§ 77e) ist die Mitnutzung der Eisenbahninfrastruktur so auszugestalten, dass sie den Anforderungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie den anerkannten Regeln der Technik genügt (Absatz 1 Satz 2). Die Mitnutzung und deren Abänderung bedürfen der schriftlichen Zustimmung des Eisenbahninfrastrukturunternehmens (Absatz 1 Satz 3). Die Zustimmung kann – soweit zwingend erforderlich – mit zusätzlichen Bedingungen versehen werden, die jedoch diskriminierungsfrei auszugestalten sind (Absatz 1 Satz 4). Diskriminierungsfrei sind etwaige Nebenbestimmungen zunächst, wenn bei mehreren Antragsstellern oder vergleichbaren Sachverhalten dem allgemeinen Gleichheitssatz Rechnung getragen wird. Im Fall des Absatzes 1 Satz 4 ist jedoch zusätzlich das der Regelung zugrunde liegende übergeordnete Ziel einer nachhaltigen und zügigen Förderung des Aus- und Ausbaus der Netze der nächsten Generation zu beachten. Damit ist neben den Interessen des Eisenbahninfrastrukturunternehmens insbesondere auch das Interesse des Betreibers öffentlicher Telekommunikationsnetze an einem zügigen Auf- und Aufbau der Netze der nächsten Generation und damit das Interesse des Bundes an einem effizienten Breitbandausbau bei der diskriminierungsfreien Ausgestaltung etwaiger Bedingungen zu berücksichtigen. Inhaltlich ist darüber hinaus der Regelungsbereich etwaiger Bedingungen auf die Art und Weise der Errichtung der Mitnutzung sowie die dabei zu beachtenden Regeln der Technik und die Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und die Verkehrssicherungspflichten begrenzt, um die Beeinträchtigung des Eisenbahnbetriebs weitestgehend zu reduzieren (Absatz 1 Satz 5). Durch Absatz 1 Satz 6 wird klargestellt, dass etwaige Entgelte für die Mitnutzung kostendeckend sein müssen.

Mit Absatz 2 wird vorgesehen, dass das in § 133 zunächst für Streitigkeiten zwischen Telekommunikationsunternehmen vorgesehene Streitschlichtungsverfahren auch entsprechend auf etwaige Konfliktfälle zwischen dem Betreiber öffentlicher Telekommunikationsnetze und dem Eisenbahninfrastrukturunternehmen Anwendung finden kann. Damit kann – ebenso wie bei der Mitnutzung von Bundesfernstraßen (§ 77c) und Bundeswasserstraßen (§ 77e) – in die Lösung etwaiger Konfliktfälle zwischen dem Eisenbahninfrastrukturunternehmen und Telekommunikationsnetzbetreibern das gesamte Fachwissen der Bundesnetzagentur als zuständige Fachbehörde für die Regulierung des Telekommunikationsmarktes eingebracht werden. Mit Absatz 2 S. 2 wird die zuständige Eisenbahnaufsichtsbehörde ebenfalls Beteiligte in diesem Verfahren, so dass auch den sicherheitlichen Bedenken entsprechend Rechnung getragen werden kann. Durch die nach § 133 Absatz 1

Satz 1 vorgesehene verbindliche Entscheidung wird gleichzeitig eine für vergleichbare Fälle bundesweit einheitliche Regelung erreicht. Dieses erhöht für alle am Markt tätigen Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen die Rechts- und Planungssicherheit beim Aus- und Aufbau von Netzen der nächsten Generation. Gleiches gilt für die etwaige gerichtliche Überprüfung durch die Verwaltungsgerichtsbarkeit.

Mit Absatz 3 wird gewährleistet, dass alle Betreiber von öffentlichen Telekommunikationsnetzen eine zentrale Übersicht über die für die Bearbeitung von Mitnutzungsanträgen zuständigen Stellen erhalten.

Zu Artikel 1 Nummer 76 (§ 78 Universaldienstleistungen)

Redaktionelle Anpassung der Änderung in 108 Abs. 1.

Zu Artikel 1 Nummer 79 (§ 88 Fernmeldegeheimnis)

Die Vorschrift des § 88 enthält eine Sonderregelung für Telekommunikationsanlagen an Bord von Fahrzeugen der See- und Luftfahrt; auf diesen Fahrzeugen besteht gegenüber dem Kapitän nicht die Pflicht zur Wahrung des Fernmeldegeheimnisses. Mit der Änderung in § 88 Abs. 4 wird eine Regelungslücke geschlossen. Die Formulierung „Wasser- oder Luftfahrzeug“ umfasst neben den in der Schifffahrt und in der Luftfahrt als Beförderungsmittel verwendeten Fahrzeugen auch solche der Binnenschifffahrt. Auch im Bereich der Binnenschifffahrt muss der Schiffsführer ohne jede Beschränkung über jedes Vorkommnis unterrichtet werden können, da er nur so seine Alleinverantwortung wahrnehmen kann. Da es insoweit keinen Unterschied zwischen der Seeschifffahrt und der Binnenschifffahrt gibt, ist es geboten, diese Regelungslücke zu schließen.

Zu Artikel 1 Nummer 86 (§ 97 Entgeltermittlung und Entgeltabrechnung)

Absatz 4 Satz 2:

Die Vorgabe im Regierungsentwurf, dass die Daten, die für Zwecke der gegenseitigen Abrechnung zwischen den einzelnen Diensteanbietern verwendet werden dürfen, drei Monate nach Versendung der Rechnung zu löschen sind, wird gestrichen. Es bleibt insoweit bei der geltenden flexiblen Regelung, wonach die Daten solange verwendet werden dürfen, wie dies aus Abrechnungszwecken erforderlich ist.

Zu Artikel 1 Nummer 87 Buchstabe b (§ 98 Absatz 3 Standortdaten) und Nummer 89 (§ 102 Absatz 8 Rufnummernanzeige und -unterdrückung)

Die Änderungen des § 98 Abs. 3 und des § 102 Abs. 8 TKG zielen darauf ab, in Fällen, in denen bei einem Anruf bei der neuen bundeseinheitlichen Rufnummer des ärztlichen Bereitschaftsdienstes erkannt wird, dass eine lebensbedrohlichen Situationen vorliegt, schnell die örtlich zuständige Notrufabfragestelle einschalten

zu können. Damit wird dem Anliegen der Kassenärztlichen Bundesvereinigung (KVB) in vergleichbarer Weise Rechnung getragen wie dies schon bei der Rufnummer 124 124 für die Seenotrettung der Fall ist. Nach den Erfahrungen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes, der grundsätzlich für ärztliche Hilfe in nicht lebensbedrohenden Situationen kontaktiert werden kann, betreffen drei bis sechs Prozent der insgesamt etwa acht Millionen jährlich eingehenden Anrufe lebensbedrohliche Situationen, sei es, dass die Anrufer die Situation falsch einschätzen, sie in der Aufregung nicht die eigentliche Notrufnummer wählen oder nicht (mehr) in der Lage sind, sachdienliche Angaben zum Ort des Geschehens zu machen. Derartige Anrufe bedürfen der sofortigen Weiterleitung an die örtlich zuständige Notrufabfragestelle. Dazu ist aber die Kenntnis des Standortes und der Rufnummer des Anrufers unumgänglich. In der Vergangenheit war es in Folge der regional unterschiedlichen Rufnummern nicht möglich, den Abfragestellen des ärztlichen Bereitschaftsdienstes entsprechende Informationen über den Anrufer bereitzustellen. Die Situation des ärztlichen Bereitschaftsdienstes hat sich jedoch durch die EU-Festlegung der Rufnummer 116 117 im Rahmen der harmonisierten Dienste von sozialem Wert und mit der auf Antrag der KVB beantragten Zuteilung dieser Rufnummer durch die Bundesnetzagentur grundlegend verbessert.

Zu Artikel 1 Nummer 88 (§ 100 Störungen von Telekommunikationsanlagen und Missbrauch von Telekommunikationsdiensten)

Die Änderungen in § 100 Abs. 3 TKG dienen der redaktionellen Klarstellung. Die Aufnahme von zwei Regelbeispielen – Leistungserschleichung und Betrug – konkretisieren den Anwendungsbereich, ohne den materiellen Gehalt der Vorschrift einzugrenzen. Die übrigen Änderungen sind redaktioneller Natur.

Zu Artikel 1 Nummer 89 (§ 102 Rufnummernanzeige und -unterdrückung)

Bereits nach § 66j Abs. 1 ist grundsätzlich vorgesehen, dass nur zugeteilte Rufnummern übermittelt werden. Die Ergänzung in § 102 Abs. 2 dient der Klarstellung, um aufgetretenen Missbrauchsfällen im Bereich der unlauteren Telefonwerbung begegnen zu können.

Zu Artikel 1 Nummer 91 (§ 108 Notruf)

Buchstabe a und c:

Die Änderungen in Absatz 1 Satz 3 wurden erforderlich, weil die Vertreter der Länder in der Expertengruppe Notrufe in Gesprächen nach Erstellung des Regierungsentwurfs deutlich gemacht haben, dass sie auf Umsetzung der deutschen Fassung des Artikels 26 der Universaldienstrichtlinie bestehen. Sie fordern, dass ihnen die Informationen zum Standort des Anrufenden übermittelt werden und lehnen eine Bereitstellung dieser Informationen an einem „Abholpunkt“ ab.

Die Ergänzung in Absatz 1 Satz 7 dient der Klarstellung der Kostentragung im Innenverhältnis zwischen verschiedenen Anbietern. Das Erfordernis dieser Klarstellung stellte sich erst in Diskussionen heraus, die auf der Basis des Regierungsentwurfs geführt wurden.

Die Änderungen in Absatz 3 Satz 1 Nummer 3 Buchstabe a und b sind Folgeänderungen zu der Änderung in Absatz 1 Satz 3.

Die Bundesregierung ist bestrebt, für sprach- und hörgeschädigte Menschen weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, um den Zugang zum Notruf zu erleichtern.

Zu Artikel 1 Nummer 93 (§ 109a Datensicherheit)

Mit der Änderung wird eine vergleichbare Regelung des Bundesdatenschutzgesetzes übernommen. Nach der bisherigen Regelung in § 109a Abs. 1 steht die Person, die eine Datenpanne der zuständigen Behörde mitzuteilen hat, in einem Interessenkonflikt. Erfährt nämlich die zuständige Behörde durch die Meldung erst von der Datenpanne, könnte sie die Information etwa für ein Bußgeldverfahren zum Nachteil des Meldepflichtigen verwenden. Dies widerspricht jedoch dem rechtlichen Grundsatz „nemo tenetur“, wonach niemand verpflichtet ist, sich selbst zu belasten. Deshalb ist in § 109a Abs. 1 auf § 42a S. 6 BDSG Bezug zu nehmen. Dort wird der Interessenkonflikt dahingehend gelöst, dass die von der Behörde erlangte Information einem Beweisverwertungsverbot unterliegt.

Zu Artikel 1 Nummer 108 (§ 142 Gebühren und Auslagen)

Die im Regierungsentwurf enthaltene Regelung des § 142 Abs. 3 Nr. 3 entfällt wegen europarechtlicher Bedenken. So ist nach Artikel 12 der Genehmigungsrichtlinie zu beachten, dass die Kosten als Obergrenze dienen. Maßstab bei der Gebührenbemessung sollte daher nicht die Ermittlung des Gegenstandswertes sein.

Zu Artikel 1 Nummer 111 (§ 149 Bußgeldvorschriften)

Die Änderungen in § 149 Abs. 1 sind im Wesentlichen redaktioneller Art und folgen aus der Einführung einer Rahmenregelung zur Netzneutralität in § 41a.

Mit Absatz 1 Nummer 7a werden Verstöße gegen eine Rechtsverordnung zur Netzneutralität nach § 41a Abs. 1 oder gegen vollziehbare Anordnungen der BNetzA aufgrund einer solchen Rechtsverordnung bußgeldbewehrt, soweit die Rechtsverordnung für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.

Mit Absatz 1 Nummer 7f und e werden die Fälle bußgeldbewehrt, die entgegen § 45p eine Information nicht, nicht richtig oder nicht vollständig zur Verfügung gestellt wird.

Die Anpassungen der Nummerierung sind redaktioneller Art.

Zu Artikel 1 Nummer 112 (§ 150 Übergangsvorschriften)

Die vorgenommenen Änderungen des Absatzes 7 Nummer 2 und 5 dienen der Anpassung der Übergangsregelung an die geänderten Fallkonstellationen des § 66g.

Wie in § 66g Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 3 kann die Bundesnetzagentur Rufnummern den Ortsrufnummern gleichstellen und somit den Einsatz von Warteschleifen bereits in der Übergangsphase ermöglichen. Die Bezugnahme in § 150 Abs. 7 Nr. 2 stellt insofern eine Rechtsgrundverweisung dar.

Die Änderungen des Absatz 7 Nr. 5 dient der sprachlichen Vereinheitlichung der Warteschleifenregelung im Sinne der bereits in § 66g Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 2 S. 1 vorgenommenen Änderungen, die allesamt auf den Anruf abstellen.

Artikel 2 (Änderung der Verordnung über Notrufverbindungen)

Zu Artikel 2 Nummer 2 (§ 2 Begriffsbestimmungen)

Bei der Änderung am Ende der Nummer 6 handelt es sich um die Korrektur eines redaktionellen Versehens.

Zu Artikel 2 Nummer 4 (§ 4 Notrufverbindungen)

Buchstabe d und f:

Die Änderungen in Absatz 4 Satz 1 und 3 NotrufV sind Folgeänderungen zu der Änderung in § 108 Abs. 1 S. 3 TKG.

Die Änderung in § 4 Abs. 8 Nr. 3 S. 4 und 5 NotrufV, die in der neuen Fassung zu einem neuen Satz 4 zusammengefasst sind, erfolgt auf Vorschlag der Länder (Expertengruppe Notrufe). Aufgrund von Messungen wurde erkannt, dass die Angabe von theoretisch bestimmten Zellenschwerpunkten stark von der tatsächlichen Netzversorgung abweichen kann. Diese Angabe wird daher als irreführend betrachtet und soll künftig nicht mehr zulässig sein. Die Änderungen in dem neuen Satz 5 dienen der Klarstellung, dass die Angaben zu Lage, Größe und Form der Mobilfunkzellen unabhängig von einer Notrufverbindung bereitzustellen sind.

Die Ergänzung in § 4 Abs. 8 Nr. 5 dient der Anpassung an die aktuelle Wortwahl der europäischen Kommission, die die bisher als „eCall“ bezeichnete Notrufmöglichkeit unter Verwendung der europaeinheitlichen Notrufnummer 112 zur Unterscheidung gegenüber privat angebotenen Diensten nunmehr mit „pan-europäischer eCall“ bezeichnet.

Zu Artikel 2 Nummer 7 (§ 7 Übergangsvorschriften)

Buchstabe b und e:

Bei der Ergänzung in § 7 Abs. 4 NotrufV handelt es sich um die Korrektur eines redaktionellen Versehens. § 7 Abs. 7 NotrufV räumt mit Blick auf § 4 Abs. 8 Nr. 3 S. 4 NotrufV einen Übergangszeitraum ein, in dem die technischen Systeme der Mobilfunknetze an die neue Vorschriftenlage anzupassen sind, da die aktuell eingesetzte Technikversionen die Daten noch nicht in der geforderten Weise liefern kann.

Zu Artikel 3 (Bekanntmachungserlaubnis)

Anpassung des Datums an den zeitlichen Ablauf des Gesetzgebungsverfahrens.

Zu Artikel 4 (Betriebskostenverordnung)

Die geltende Betriebskostenverordnung ermöglicht mit § 2 Nr. 15 die Umlage von Kosten für eine TV-Grundversorgung, die über Breitbandkabelnetze angeboten werden. Mit der Änderung wird klargestellt, dass die Umlagefähigkeit der Kosten für den Betrieb, die Wartung und die monatlichen Entgelte für die Grundversorgung mit Fernsehen und Hörfunk alle leitungsgebundenen Breitbandinfrastrukturen erfasst. Die technologie neutrale Ausgestaltung der Regelung erfolgt mit Blick auf die technische Fortentwicklung, die entsprechende Angebote sowohl über herkömmliche klassische Telekommunikationsnetze als auch über neue moderne Breitbandinfrastrukturen wie zum Beispiel Glasfasernetze ermöglicht.

Zu Artikel 5 (Inkrafttreten)

Ebenso wie bei § 45d Abs. 2 kann im Falle des Erlasses einer Rechtsverordnung, die sich auf § 45n Abs. 6 S. 1 Nr. 2 stützt, auch die Regelung nach § 45d Abs. 3 in diese Rechtsverordnung übernommen werden (vgl. Art. 4 i. d. F. des Gesetzentwurfes der Bundesregierung).